

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Jahresabonnement 3,30 M., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 2,70 M., für das Postamt. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigend) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Das freisinnig-nationalliberal-konservative Steuerkompromiß.

Der Freisinn ist der Belastungsprobe, der ihn die konservativ-reichstagsfraktion unterworfen hat, schmächtig unterlegen. Der Drohung der Konservativen, daß sie es auf eine Sprengung des Blocks ankommen lassen und mit dem Zentrum eine Verständigung suchen würden, hat die liberale Ueberzeugungstreue der freisinnigen Augenblickspolitiker nicht zu widerstehen vermocht. Allen Einwänden, allen Bedenken zum Trotz, die noch in den letzten Tagen ihre eigene Presse gegen die Camp-Weberische Problemlösung geäußert hat, haben sie mit dem bekannten „schweren Herzen“ und unter den üblichen nichtsagenden Verwahrungen und Vorbehalten sich dem konservativ-reichstagsparteilichen Kompromiß angeschlossen. Die Wiener und Müller-Meinungen haben über die freisinnige Vereinigung und die süddeutschen Volksparteier gesiegt. Bereits in der vorgestern Abend nach der Plenarsitzung des Reichstages abgehaltenen Beratung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft wurde auf energische Fürsprache der führenden Politiker der freisinnigen Volkspartei, besonders des Herrn Wiener, beschlossen, den Entwurf betr. die Besitzsteuer als Grundlage zu weiteren Verhandlungen über direkte Reichssteuern in der Finanzkommission in erster Lesung unter ausdrücklichen Vorbehalt der späteren Entschliessungen vorläufig anzunehmen.

Demnach gestofte sich denn auch, da alsbald die Leiter der anderen Blockparteien von diesem Beschluß verständigt wurden, die geistige Abstimmung in der Finanzkommission sehr einfach. Als die Mitglieder der Kommission eintraten, fanden sie bereits einen von den Abgeordneten Freiherrn v. Camp und Dr. Arendt unterzeichneten gedruckten Kompromißantrag in folgender Fassung vor:

§ 1. Die Bundesstaaten haben nach Maßgabe dieses Gesetzes an das Reich eine Abgabe zu entrichten, die von dem Besitze erhoben wird (Besitzsteuer) und in den vom Bundesrat zu bestimmenden Grenzen abzulösen ist.

§ 2. Der Gesamtbetrag der zu entrichtenden Abgabe wird alljährlich durch den Reichshaushaltsetat bestimmt; er darf bis zum 1. April 1914 die Summe von 100 Millionen Mark nicht überschreiten. Zu dem bezeichneten Zeitpunkt und weiter von fünf zu fünf Jahren kann der Höchstbetrag erhöht werden, jedoch um nicht mehr als fünf vom Hundert des für den vorhergehenden Zeitraum bestimmten Höchstbetrages.

Für eine Änderung dieser Bestimmungen gilt die Vorschrift des Artikels 78 Abs. 1 der Reichsverfassung.

§ 3. Der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag ist auf Grund der Ergebnisse der Veranlagung zu Einkommen-, Vermögens- und sonstigen Besitzsteuern vom Bundesrat nach einheitlichen Grundrissen festzustellen. Die Unterlagen hierzu sind von den Bundesstaaten nach näherer Anordnung des Bundesrats zu beschaffen. Alle fünf Jahre findet eine neue Feststellung statt.

§ 4. Die auf die einzelnen Bundesstaaten entfallenden Beträge dürfen nur durch allgemeine Steuern auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaften aufgebracht werden. In den Staaten, in denen weder eine allgemeine Einkommensteuer noch eine allgemeine Vermögenssteuer besteht, sind als Vermögenssteuer auch Ertragssteuern von Grund- und Gebäudebesitz sowie vom Kapital anzusehen, sofern sie in Verbindung mit einander erhoben werden.

§ 5. Einkommen bis zu 3000 M. sowie solche Vermögen, die nach Abzug der Schulden den Betrag von 20000 M. nicht erreichen, sind von der Steuer freizulassen. Die Besteuerung der Erbschaften darf nur nach Maßgabe der §§ 50, 60 des Erbschaftsteuergesetzes vom 8. Juni 1906 erfolgen.

§ 6. Soweit die Beiträge nicht durch neue Steuern der im § 4 bezeichneten Art erhoben werden, sind sie durch Zuschläge zu bestehenden Steuern dieser Art aufzubringen. Für Bundesstaaten, in denen Landbesitzsteuer, die eine solche Regelung sicherstellen, nicht rechtzeitig erlassen werden, bestimmt der Bundesrat, daß und in welcher Weise Zuschläge zu den bestehenden Steuern der im § 4 bezeichneten Art erhoben werden müssen.

§ 7. Von den Beschlüssen des Bundesrats (§§ 3, 5) ist dem Reichstag alsbald Mitteilung zu machen.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft, mit der Maßgabe, daß die Erhebung der Besitzsteuer spätestens vom 1. April 1911 ab erfolgt.

Nachdem die Wortführer der Freisinnigen und Nationalliberalen die Erklärung abgegeben hatten, daß sie nur „vorläufig“ unter Vorbehalt späterer gegenseitiger Entschliessung für die Kompromißfassung stimmen würden, und nachdem ferner Reichssekretär Sydow sowie der Vertreter Bayerns im Bundesrat hervorgehoben hatten, daß sie noch keine Stellung zu dem Kompromißbeschluß zu nehmen vermöchten, da der Bundesrat sich darüber noch nicht schlüssig geworden sei, wurde nach kurzer Debatte die obige Fassung angenommen. Für § 1 stimmten mit dem Block vier von den sieben Zentrumsmitgliedern der Kommission. Der erste Satz des § 2 wurde mit 21 gegen 7 Stimmen angenommen, während die Blockmehrheit 15 gegen 13 beträgt. Auch für § 3 stimmten die vier Zentrumsleute, für den § 6 ein Zentrumsabgeordneter. Schließlich stimmte in der Gesamtabstimmung der Block einheitlich für den ganzen Antrag.

Damit kann das Steuerkompromiß als gerettet angesehen werden; denn der Vorbehalt der Freisinnigen und Nationalliberalen, daß sie ihre jegliche Zustimmung nicht als für sich bindend betrachten, hat nicht den geringsten Wert. Er hat für sie keinen anderen Zweck, als daß sie nun ihren Wählern, die an ihrem Verhalten Anstoß nehmen, zu sagen vermöchten, sie wären noch keineswegs zu späterer Gutheißung des Kompromisses verpflichtet, sondern vermöchten, falls die Beratung der übrigen Steuervorschläge nicht in ihrem Sinne verlief, jederzeit wieder zurückzutreten.

Selbstverständlich wird dieser Rücktritt vom Kompromiß nie erfolgen; denn nachdem die Freisinnigen in dieser für sie wichtigsten prinzipiellen Steuerfrage sich dem Diktum der Konservativen unterworfen haben, um den äußeren Schein ihrer Macht zu retten und weiter Regierungspartei spielen zu können, werden sie es noch viel weniger bei der Beratung der Verbrauchssteuern zur Sprengung des Blocks kommen lassen. Durch ihre gestrige Abstimmung haben sie befundet, daß sie, um das Blockverhältnis zu erhalten, zu jedem Opfer des Intellekts und der Gesinnung bereit sind; und die Konservativen werden diese Geloten-Unterdürftigkeit rückwärts ausnutzen. Halbspöttisch schreibt bereits die „Deutsche Tageszeitung“, das Bündlerblatt, über die verschiedenen Vorbehalte: „Die Vertreter fast aller Blockparteien haben ihr Votum unter Vorbehalt abgegeben. Das ändert aber nichts daran, daß die grundsätzliche Einigung nun doch zustande gekommen ist; oder daß doch wenigstens für die endgültige Fügung der Blockparteien eine anerkannte Basis und anerkannte Richtlinien gefunden und festgestellt worden sind. Damit ist dieser Teil der Reform anscheinend doch über den Berg, wenn auch Rückschlüsse noch nicht ausgeschlossen sein mögen.“

Wahrscheinlich wird die liberale Presse in den nächsten Tagen unter Ausbietung aller möglichen Sophismen zu beweisen suchen, daß das Kompromiß tatsächlich auf eine Besitz- oder Vermögenssteuer hinausläuft, die für die von den Agrarkonservativen zu Fall gebrachte Nachlasssteuer einen wertvollen Ersatz bietet. Die „Freisinnige Zeitung“, das Organ des Herrn Wiener, macht mit dieser verlogenen Taktik bereits den Anfang. In ihrer letzten Nachtausgabe bringt sie bereits einen „Besitzsteuer“ betitelten Leitartikel, in dem sie nachzuweisen sucht, durch das Kompromiß werde tatsächlich die Forderung der Liberalen, daß ein erheblicher Teil der erforderlichen Neubelastung durch direkte Steuern auf Vermögen und Besitz aufgebracht werden müsse, erfüllt werde. Denn, so meint sie, „ob die Aufbringung durch das Reich direkt erfolgt, oder ob sie von den Einzelstaaten vorgenommen und der entsprechende Betrag an das Reich abgeführt wird, ist eine sekundäre Frage, vorausgesetzt, daß die Hauptforderung erfüllt und Vorzüge getroffen wird, daß auf diesem Wege in der Tat die bestehenden Volksschichten in angemessener Weise zu den Lasten des Reichs herangezogen werden.“

Selbst wenn tatsächlich die 100 Millionen Mark allein von den Vermögenden aufgebracht würden, vermag nur erbärmliche Sophisterei von einer angemessenen Belastung des Vermögens und einer den Grundrissen der Billigkeit entsprechenden Steuerverteilung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zu sprechen, denn die Verbrauchssteuern, die man der breiten werktätigen Masse des Volkes aufbürden will, sollen mit Einschluß des erhöhten Kaffeegolles 400 Millionen Mark bringen, während die sogen. „Besitzsteuer“ nur auf 100 Millionen Mark festgelegt ist. Immerhin würde also die Volksmasse noch vier mal so hoch belastet als die Schaar der Vermögenden. Aber in Wirklichkeit trifft die von den Freisinnigen und Nationalliberalen angenommene „Besitzsteuer“ keineswegs nur die Besitzenden oder Vermögenden. Außer den Besitzern eines schuldenfreien Vermögens von mindestens 20000 M. sollen, damit die großen Vermögensbesitzer nicht zu sehr belastet werden, auch die Einkommen von 3000 M. an zu dieser kuriosen „Besitzsteuer“ herangezogen werden, und schließlich soll gar diese sonderbare Besitzsteuer auch noch durch „Zuschläge“ zu bestehenden Steuern aufgebracht werden können, die der Bundesrat nach seinem Belieben festzusetzen befugt sein soll. Daß er diese ihm eingeräumte Befugnis allzuscharf gegen die Wohlhabenden anwenden wird, ist schwerlich zu erwarten.

Der liberalen Vorkriegslogik entkleidet, kauft das freisinnig-nationalliberal-konservative Steuerkompromiß auf nichts anderes als auf eine einfache Grundaufraubung der Matrikularbeiträge hinaus; aber auf eine Erhöhung, die für die einzelnen Bundesstaaten verhältnismäßig günstig ist; denn durch die Kompromißfassung werden die Beiträge auf Jahrzehnte hinaus kontingentiert. Wohl erhält die Reichsregierung das Recht, wenn sie durch andere, indirekte Steuern ihre Ausgaben zu decken vermag, weniger als 100 Millionen Mark von den Einzelstaaten einzufordern, mehr als 100 Millionen Mark darf sie aber bis zum Jahre 1914 nicht verlangen, und auch dann steigt der Betrag nur von fünf zu fünf Jahren um 5 Proz., also in geringerem Grade als die Bevölkerungsziffer steigt. Es ist deshalb auch kaum anzunehmen, daß sich trotz ihrer eigenen Finanznöte die Bundesregierungen ernstlich sträuben werden, das Kompromiß zu akzeptieren. Und selbst wenn einige Staaten Protest gegen die Erhöhung der Matrikularbeiträge

einlegen sollten, wird die große Stimmmehrheit des Bundesrats unter Preußens Führung gegen sie entscheiden.

Die Steuerberatungen haben den Weg genommen, den wir vorausgesehen haben und den sie, entsprechend dem Charakter der Blockparteien, nehmen mußten. Als im Spätherbst vorigen Jahres die Syndowischen Steuervorschläge erschienen, da tadelten Freisinnige und Liberale, daß die Hauptmasse der Steuern der schwer um ihre Existenz kämpfenden Masse aufgebracht und der wohlhabende Teil der Bevölkerung geschont werden solle. Heute stimmen diese selben Parteien einem Kompromiß zu, das die Reichen bis auf ein Minimum ganz entlastet und die Gesamtsumme der neuen Steuern allein den schwachen Schultern aufbürdet.

Aus der Kommission geht uns folgender Bericht über die Sitzung zu:

In der Finanzkommission bildete am Donnerstag nicht der abgeänderte Zentrumsantrag, sondern das Anstaltsprodukt der Blockparteien die Grundlage der Beratung. Der früher schon mitgeteilte Antrag Camp hat durch die Blockkommission die oben im Leitartikel mitgeteilte Fassung erhalten.

Genosse Dr. David bestreitet, daß mit Annahme dieses Antrags der Besitz getroffen werde in dem Sinne, wie er nach aller Redner Versicherung getroffen werden sollte, denn er laufe nur auf Zuschläge zur Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen hinaus. Dadurch, daß man die Minimalgrenze auf 3000 M. hinaufsetze, werde ganz besonders der Mittelstand, kleine Landwirte, Handwerker usw. getroffen. Das sei keine Besitz- oder Vermögenssteuer, sondern Schonung des Vermögens und Vermögens. Demgegenüber sei der jetzige Zustand, wo die Einzelstaaten für das Reichsdefizit aufzukommen haben, noch besser. Die Nationalliberalen und Freisinnigen, die erst für die reine Vermögenssteuer eintraten, seien umgewandelt

und vor den vom Zentrum adoptierten Forderungen des Bundes der Landwirte zu Kreuze gezogen. Die Freisinnigen besonders seien bisher Gegner der Bindung des Budgetrechts des Reichstages gewesen, haben aber durch Annahme des Kompromißantrages diesen Standpunkt aufgegeben, wenn auch angeblich nur „vorläufig“. Dem Reiche wird dadurch, der Boden entzogen, seine Angelegenheiten selbständig zu ordnen, und diese Aufgabe wird in die Hand der Landtage der Einzelstaaten gelegt. Dagegen haben die Bundesratsvertreter der Mittel- und Kleinstaaten sich aus guten Gründen gewehrt, seien aber vom Reichssekretär und dem preussischen Finanzminister in recht unzulänglicher Weise unterstützt worden. Das lasse darauf schließen, daß Preußen, in dessen Landtag die um Camp und Genossen die entscheidende Mehrheit bilden, mit dem Kompromiß so ziemlich einverstanden sei. Der schwerste Vorwurf wegen des Zustandekommens des Kompromisses treffe das Zentrum, das alle direkten Besitzsteuern zu Fall gebracht hat.

Der Reichssekretär erklärt, daß er sich im Namen des Bundesrats nicht zu dem Antrage äußern könne. Recht sei es ihm persönlich, wenn die Kommission den Antrag zunächst annehme, um dann auf der Grundlage der 100 Millionen direkter Steuern in die Beratung der indirekten Steuervorlagen einzutreten zu können.

Camp tritt für seinen Antrag ein, und Richterhofen erklärt, daß die Konservativen dem Kompromiß in der ersten Lesung unter Vorbehalt zustimmen. Die gleiche Erklärung wird von Dr. Wiener für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft abgegeben. Gegen David polemisierend bestreitet Wiener die Bindung des Budgetrechts des Reichstags und hält die in dem Antrage enthaltenen Garantien für ausreichend. Von einem Unfall oder Zukunftszeiten könne gar keine Rede sein. Auch Dr. Weber und Raab wollen dem Antrage vorläufig unter Vorbehalt in erster Lesung zustimmen.

Der Reichssekretär und der Bundesratsbevollmächtigte für Bayern äußern sich nochmals in vorläufig eingeschränkter Weise in dem Sinne, wie ersterer zuvor schon, unter Vorbehalt der Stellungnahme des Bundesrats nach Annahme des Antrages.

Müller-Kulda ist nach all den Erklärungen der Meinung, daß mit Annahme des Antrages gar nichts entschieden sei, sondern alles genau so in der Schwebe bleibe wie bisher, da ihm alle nur unter Vorbehalt zustimmen wollen. Das Zentrum werde den §§ 1-3 und 6-7 zustimmen, aber nicht den §§ 4 und 5, die es für sehr bedenklich hält und deshalb in einer Resolution zusammenzufassen vorschläge.

Dr. Müller-Meinungen lehnt diesen Vorschlag entschieden ab. Der Antrag würde alsdann für die Freisinnigen unannehmbar werden, weil sie gerade darin die erforderlichen Garantien sähen, die sie zur unabwiesbaren Bedingung für das Kompromiß gemacht hätten. Daß der Mittelstand besonders schwer getroffen werde, bestreitet er unter Hinweis auf die preussische Einkommensteuer-Statistik.

Genosse Geher erklärt: da der neue Antrag nur in der Form sich von den früheren unterscheidet, das Prinzip der Schonung der großen Vermögen aber unangefastet bleibe, müßten wir ihn ablehnen. Er bestreitet, daß der Antrag irgend welche Garantien biete und ist der Ansicht, daß die Freisinnigen ihm diese nur andichten,

um ihren Unfall besser modifizieren zu können.

Sie sind eingeschwenkt, um nicht aus dem Block ausgeschlossen zu werden. Die wesentlich abgeschwächten Erklärungen der Bundesratsvertreter lassen darauf schließen, daß die Regierung nur Zeit gewinnen wolle, um sich hinter den Kulissen mit den Parteien zu verständigen. Alle Bedenken, die früher von den Finanzministern und gestern von ihm gegen die Anträge Camp und Herold geltend gemacht seien, treffen auch auf den vorliegenden Antrag zu. Es

wird damit in die Finanzhoheit der Einzelstaaten genau so eingegriffen wie mit dem abgelehnten Vermögenssteuerantrage der Nationalliberalen, der keinen großen Eingriff bedeute.

Durch diese Ablehnung und durch die Zustimmung zu dem Kompromißantrage werde seine und seiner Freunde Behauptung, daß man nur die großen Vermögen möglichst vor jeder Steuerbelastung schützen wolle, vollständig bestätigt. Alles Streiten dagegen sei Spiegelreflexerei! Darum habe man es auch jetzt plötzlich so eilig mit der Beratung der indirekten Steuern, weil man die heimliche Hoffnung hege, damit so viel zu beschaffen, daß die Belastung des Reiches wenn nicht ganz verhindert, so doch möglichst verringert wird.

Nachdem noch Sped und Herold sich im Sinne ihres fraktionskollegen Müller-Fulda geäußert und ihren etwas veränderten Antrag als besser denn den anderen bezeichnet hatten, wurde zur

Abstimmung über den Kompromißantrag paragrafenweise geschritten. Das Gesamtergebnis der Abstimmung über den ganzen Antrag war dessen

**Annahme mit 15 gegen 13 Stimmen.**

Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Polen.

## Der Kieler Wahlrechtsraub.

Die ungeheure Aufregung, die die Kieler Bevölkerung über das beabsichtigte Attentat auf das Wahlrecht befeuert, kam in den drei Versammlungen zum Ausdruck, die am Mittwochabend von der sozialdemokratischen Partei in drei der größten Lokale, im Gewerkschaftshaus, Kolosseum und Kaiseraal veranstaltet worden waren. Alle Lokale waren überfüllt, wohl gegen 7-8000 Personen waren auf den Beinen, das Kolosseum und das Gewerkschaftshaus waren polizeilich abgesperrt. Im Gewerkschaftshaus referierten die sozialdemokratischen Stadtverordneten Niendorf und Lindfleisch, im Kolosseum Stadtverordneter Adler, im Kaiseraal die Stadtverordneten Kuhn, Cappel und Grünig. Alle Redner beurteilten scharf das Vorgehen des Kieler Magistrats und stellten der Forderung auf Einführung des Dreiklassenwahlrechts die sozialdemokratische Forderung auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und gehebelten Wahlrechts gegenüber. Ein ungeheurer Entrüstungssturm brauste durch die Versammlungssäle, als die sauberen Pläne des Magistrats von den Referenten besprochen wurden. Diese Entrüstung ist schon deshalb begreiflich, weil alle diese Männer durch ihre Wahlbeteiligung erst Leben und Bewegung in das kommunale Leben der Stadt Kiel gebracht haben, wo früher, als die Sozialdemokraten sich nicht an der Wahl beteiligten, im Bürgertum die größte kommunalpolitische Gleichgültigkeit herrschte. Und für diese hohe kommunalpolitische Einsicht, die das Bürgertum tief beschämen müßte, soll jetzt die Kieler Arbeiterschaft durch Einführung des Klassenwahlrechts bestraft werden. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige von Kieler Bürgern und Einwohnern besuchte Versammlung stimmt den Ausführungen der Referenten zu. Sie erklärt es für Unbesehrtes und Schande zugleich, wenn man in der Zeit, da ganz Preußen sich gegen die Dreiklassenwahlrecht erhebt, den Versuch macht, dieses elende Wahlrecht in seiner jämmerlichsten Form in einer Provinz einzuführen, in der seit Jahrzehnten eine leidliche Selbstverwaltung besteht. Die Versammlung erklärt, daß, ganz gleich ob der Minister des Innern oder der Oberbürgermeister von Kiel sich noch etwas abhandeln lassen oder nicht, die Annahme dieser Vorlage oder von Teilen derselben eine Vergewaltigung der Rechte von ganz Schleswig-Holstein und einen Rechtsraub an 97 Proz. der Kieler Einwohner bedeutet. Sie betont ferner, daß jeder Stadtverordnete, jedes Magistratsmitglied, das es wagt, die Vorlage anzunehmen, ist allezeit das Brandmal des Wahlrechtsräubers trägt. Es ist selbstverständlich, daß keiner dieser Leute auf dem Rathaus bleiben darf.“

Die Resolution soll dem Magistrat und den Stadtverordneten zugestellt werden. Mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen. Die sämtlichen in der Nähe der Versammlungslöcher liegenden Polizeiwachen waren mit starken, bis an die Zähne bewaffneten Polizeiabteilungen besetzt. Auch die Befehle Allee, die Straße in der der Oberbürgermeister Fuß wohnt, war von zahlreichen Polizeibeamten, die den Revolver umgeschultert halten, besetzt. Die Polizei hielt wahrscheinlich die Vorlage des Magistrats für so aufreizend, daß sie für die Sicherheit des Schülers des Klassenwahlrechts fürchtete. Ein schönes Kompliment für ihn und seine Vorlage. Die bürgerlichen Zeitungen hatten nämlich Straßendemonstrationen abgesetzt, die Sozialdemokratie sah aber aus taktischen Gründen davon ab.

Heute Donnerstag, wird die Deputation, bestehend aus dem Oberbürgermeister Fuß, dem Bürgermeister Lindemann und den Stadtverordneten Dr. Wilmann und Jürgensen, nach Berlin reisen und am Freitag von dem Minister empfangen werden. Wie schon mitgeteilt worden ist, wird die Deputation wenig anrichten. Dagegen liegen die Aussichten für die Annahme der Magistratsvorlage! Der „Liberale Verein“, die politische Organisation der Kieler Freisinnigen, hat am Montag in seiner Versammlung beschlossen, alle Stadtverordneten, die Mitglieder des Vereins sind, unter Androhung des Ausschlusses aus dem Verein, auf die Ablehnung der Vorlage des Magistrats zu verpflichten. Jetzt haben acht von den zwölf Stadtverordneten, die Mitglieder des Liberalen Vereins sind, ihren Austritt aus dem Verein erklärt, mit der eigenhändigen Begründung, daß sie als Stadtverordnete keine Politik betreiben wollen! Es wiederholt sich hier der freisinnige Jammer, der schon so oft in der Kieler Wahlrechtsfrage zutage getreten ist. Schon 1891 haben freisinnige Stadtverordnete für die Hebung der Hebung gestimmt, und bei den späteren Anträgen auf Herabsetzung des Zensus haben die Freisinnigen samt und sonders mit einer Ausnahme gegen den Antrag gestimmt! Es können also augenblicklich neben den 10 sozialdemokratischen Stadtverordneten nur 4 bürgerliche mit einiger Sicherheit als Gegner der Vorlage bezeichnet werden und das bei augenblicklich 29 Stadtverordneten insgesamt. Die Entscheidung wird also auf des Meeres Sande stehen. Wahrscheinlich wird am Montag die Entscheidung fallen.

Kiel, 4. März. (Privatbesprechungen des Vorwärts.)

Soeben wird bekannt, daß die städtischen Kollegien (gemeinsame Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten) zu Dienstag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, zu einer Sitzung eingeladen sind, in der der Antrag auf Einführung der Dreiklassenwahl zur Entscheidung kommen soll. Daran wird sich gleich die Beratung des Etats anschließen. Für die Verhandlung ist ein größeres Lokal als das gewöhnliche Sitzungszimmer des alten Rathauses in Aussicht genommen, nämlich die Aula des Reformgymnasiums.

## Gleiches Wahlrecht für Elsaß-Lothringen.

Aus dem Reichslande wird uns geschrieben:

„Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Grundlage des Verhältniswahlrechts zum Landesauswahls für Elsaß-Lothringen für alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Einwohner Elsaß-Lothringens.“

Da die verschiedenen Petitionen, die in den letzten drei Jahren an den Landesauswahls gerichteten worden sind, ohne jeden Erfolg geblieben oder unter den wichtigsten Vorwänden ad acta befördert wurden, so sieht sich die Versammlung veranlaßt, mit ihrer Forderung nunmehr an den deutschen Reichstag heranzutreten.

Sie erwartet von dem Reichstag, als einem der gesetzgebenden Faktoren für die Reichslande, eine energische Initiative in der für die Entwicklung der Elsaß-Lothringischen Politik und Kultur so tief einschneidenden und bedeutungsvollen Wahlrechtsfrage.

Sie erachtet es als eine moralische Pflicht des deutschen Volkes und seiner Vertretung, den wiedergewonnenen Brüdern, wie es so oft im Regierungsjargon heißt, das Selbstbestimmungsrecht wieder zu verschaffen.

Weil bisher die anderen gesetzgebenden Faktoren, Landesauswahls, Bundesrat und Kaiser, in der Wahlrechtsfrage die Pflichten dem Elsaß-Lothringischen Volke gegenüber vernachlässigt haben, deshalb fordert die Versammlung den deutschen Reichstag, die Vertretung des gesamten deutschen Volkes, auf, dem Elsaß-Lothringischen Volke zu dem ihm zustehenden Rechte zu verhelfen.“

Vorstehende Resolution wurde in allen Wahlrechtsversammlungen, die in den letzten Monaten im Reichslande Elsaß-Lothringen stattfanden, angenommen und wird in Form einer Petition demnächst dem Reichstage zugehen.

Die Wahlrechtsfrage in Elsaß-Lothringen ist eine Sache des ganzen deutschen Volkes. Seit der Zeit, wo sich das Elsaß-Lothringische Volk infolge der Kuppe der Diktatur und Verbesserung des Versammlungsgesetzes politisch etwas freier bewegen kann, kämpft es unter der Führung der Sozialdemokratie planmäßig um das allgemeine Wahlrecht zum Landesparlament. Freilich, als das Volk noch unter dem Diktaturparagrafen, unter einem Monstrum von Vereins- und Versammlungsgesetz seufzte, da rief man auch im Landesauswahls und in den Kreisen der Elsaß-Lothringischen Notabeln nach einem anderen Wahlrecht. Heute ist es für ein reichsständisches Parlament geworden. Heute weicht man den Forderungen des Volkes aus. Man meint, es sei genug geschehen.

Seit dem Jahre 1906 hat die sozialdemokratische Partei in Elsaß-Lothringen wiederholt Petitionen an den Landesauswahls gerichteten um Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Bis heute ohne jeden Erfolg. Im Jahre 1908 gingen die Landesväter über die Wahlrechtspetition zur Tagesordnung über mit der bequemen Begründung, man habe ja schon vor einigen Jahren einen Beschluß in dieser Richtung gefaßt. Auch der Ton der Petition, die von einem realistischen Parlament sprach, gefiel den Landesvätern nicht. Die Petition im Jahre 1907 wurde überhaupt nicht erledigt; man ließ sie einfach in den Papierkorb fallen. Im Jahre 1908 hatte es den empfindlichen „Vollvertretern“ im Landesauswahls abermals der „schlechte Ton“ der scharfen Petition angetan. Eine gute Auerede, um auch über diese Petition zur Tagesordnung übergehen zu können.

Diese Nichtachtung der Forderung des Volkes ist es, die die Versammlungen des reichsständischen Volkes veranlaßt hat, sich dieses Jahr an das Parlament des deutschen Volkes, an den Reichstag zu wenden. Der Reichstag ist einer der gesetzgebenden Faktoren für Elsaß-Lothringen. Mit dem Bundesrat zusammen kann er unter Umgehung des Landesauswahls für das Reichsland Gesetze, auch Verfassungsänderungen, beschließen.

Der Reichstag hat sich schon verschiedene Male mit dem Wahlrecht für das Parlament des Reichslandes beschäftigt, aber noch immer geschah dies aus der eigenen Initiative von Mitgliedern oder Parteien des Hauses. Noch niemals hat sich das Elsaß-Lothringische Volk direkt an den Reichstag mit seiner Forderung gewandt. Besonders die Sozialdemokratie hat sich im Reichstage für die Wahlrechtsforderungen der Elsaß-Lothringer bemüht. Schon im Jahre 1893/94 stellte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, selbstverständlich auch in Elsaß-Lothringen. Der Antrag kam jedoch nicht zur Beratung.

Im Jahre 1894/95 gaben die Vorgänge bei der sächsischen Wahlrechtsveränderung den Anstoß, die Landtagswahlrechtsverhältnisse vor den Reichstag zu bringen. Der wiederholte Antrag der Sozialdemokraten lautete:

Zulageantrag zu Artikel 3 der Reichsverfassung: In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über zwanzig Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich.

Der Antrag wurde wieder nicht erledigt.

Im Jahre 1900/01 kam ein Antrag des Elßers Rißlich zur Verhandlung, der verlangte, den Elsaß-Lothringischen Landesauswahls aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen zu lassen. Er hatte keine Wirkung.

Gelegentlich der Debatte über das Gesetz betreffend die Aufhebung des Diktaturparagrafen im Reichslande während der Session 1901/02 ließ die Sozialdemokratie durch ihren Redner im Reichstage erklären, daß von dem Ausnahmezustand in den Reichslanden noch immer genug bestehen blieb, was aufgehoben zu werden verdiene. Als nächstes Ziel bezeichnete unser Redner ein wirkliches Wahlrecht zum Landesauswahls.

In der Session 1904/05 lag beim Etat des Reichskanzlers eine Resolution des Zentrums vor, Elsaß-Lothringen endlich die Stellung unter den deutschen Bundesstaaten einzuräumen, die es zu fordern berechtigt sei. Die Sozialdemokraten stimmten dafür. Im nächsten Jahre wiederholten die Sozialdemokraten ihren Antrag vom Jahre 1894/95. Die aus Nationalliberalen, Konservativen und Zentrum gebildete Mehrheit lehnte den Antrag ab.

Zwei weitere Anträge der Sozialdemokraten in den Sessionen 1906/07 und 1907/08 wurden ebenfalls kurzweg abgelehnt.

Einmal nach der Annexion sagte Bismarck: „Nicht aus Westsicht nach Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühl, altes Unrecht sühnen zu wollen, sondern in der bitteren Notwendigkeit und auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, haben wir die Forderung auf Landesabstimmung so weit ausgedehnt, wie geschehen ist.“

Und der Ministerialrat Herr du Prel sagt in dem auf Veranlassung des ehemaligen Statthalters von Elsaß-Lothringen des Fürsten von Hohenlohe-Schillingensfeld, in den Jahren 1898-1901 hergestelltem Werke „Das Reichsland Elsaß-Lothringen“: „Wegen

der Zukunft des Deutschen Reiches, nicht wegen der deutschen Vergangenheit der Gebiete, zum Schutze der Reiches im Südwesten, nicht wegen der Nationalität, und ohne Rücksicht auf die Sprache der Bewohner wurde das Reichsland als Glied vor dem Rhein mit Deutschland vereinigt. Die deutsche Vergangenheit des Landes und die deutsche Sprache der Bewohner haben nur den nicht zu verkennenden Wert, dem Deutschen Reich die Erfüllung der Pflicht zu erleichtern, die Bevölkerung an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen, in das neue staatliche Leben und in die Gemeinschaft mit dem Reich einzuführen.“

Zu dieser Gewöhnung Elsaß-Lothringens an die neuen staatlichen Verhältnisse und seiner „Gemeinschaft mit dem Reich“ ist vor allem nötig, daß dem Volke der Reichslande nicht jenes Maß von Selbstständigkeit von Selbstbestimmung und Vertretung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen vorenthalten wird, dessen sich fast alle anderen Teile des Deutschen Reiches erfreuen. Es ist daher die Pflicht des gesamten deutschen Volkes, an der freizeitlichen und volkrechtlichen Ausgestaltung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen mit allen Kräften mitzuarbeiten. Es muß mithelfen, daß das Selbstbestimmungsrecht, das allgemeine Wahlrecht zum Landesparlament endlich auch dem Elsaß-Lothringischen Volke gegeben wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März 1909.

Gegen die Postreaktion.

Aus dem Reichstag, 4. März. Bezeichnend für die nicht nur politische und soziale, sondern auch wirtschaftspolitische Reaktionsperiode, in der wir leben, ist es, daß der verknöcherte Bureaucratismus und Formalismus gerade in den Verwaltungen sich breit macht, die dem Verkehrsinteresse dienen sollen; in der preussischen Eisenbahnverwaltung und in der Reichspostverwaltung. Angeblich leben wir im Zeichen des „Verkehrs“, in Wirklichkeit stehen die Verkehrsverwaltungen im Zeichen der Verkehrtheit. So oft der Etat der Reichspost an die Reihe kommt, tritt die Rückständigkeit der Anschauungen bei den Leitern dieses wichtigen Verkehrsinstanz zutage. So auch diesmal. Mit dem Postetat war die neue Gebührenordnung für den Fernsprecher verknüpft worden. Es ist das wieder einmal eine „Reform“, die auf eine Verteuerung hinauskommt. Das Publikum soll mehr zahlen als bisher, der Fiskus wird mehr einnehmen, — die richtige Verkehrsverbesserung im Zeichen der Verkehrtheit! Zur Rechtfertigung seiner „Reform“ hatte der Staatssekretär Kraetke geltend gemacht, das 65 Proz. des Publikums davon Vorteil, 35 Proz. davon Nachteil haben würden. Bei Nacht befehen, bilden die Hauptmasse der Benachteiligten die eblen Herrn von Lande, denen auf Kosten der Hauptbenutzer von Telephons in den Städten Vorteile zugesandt werden. So begrüßen denn auch das Zentrum und die Konservativen diese neue Liebesgabe an die Agrarier natürlich mit Wohlwollen.

Genosse Singer, der namens der Sozialdemokratie heute zum Wort kam, unterzog die Bestimmungen des Entwurfs einer scharfen Kritik und empfahl seinerseits die Bezahlung der Telephonbenutzung nicht nach dem Einzelgebräuch, sondern nach Pauschalen, die verschiedenen abzustufen wären. Er konnte sich darauf berufen, daß die Vertreter von Handel und Verkehr sich einstimmig gegen die Kraetke'sche Vorlage ausgesprochen hätten. Von dem reichhaltigen Material an Postbeschwerden, das ihm zur Verfügung steht, brachte er nur einen kleinen Teil zum Vortrag. Aber auch daraus ergab sich wieder das gewohnte Bild: ungenügende Berücksichtigung der Interessen der Unterbeamten, politische Bedrückung aller Beamten. Für letztere Erscheinung berief sich Singer auch zum Beispiel auf Kiel, wo die Oberpostdirektion eine Umfrage wegen der Beteiligung ihrer Beamten an den Kommunalwahlen veranstaltet hatte. Herr Kraetke meinte nachher, die Nachfrage sei nur ergangen, ob die Beamten sich überhaupt an den Wahlen beteiligt hätten, nicht aber darüber, wie sie gestimmt hätten. Auch so wäre die Maßregel ungenügend. Sie bedarf auch jedenfalls noch der näheren Aufklärung.

Einen alten Mißstand schnitt Singer an, als er sich gegen die Postfreiheit der Bundesfürsten wandte. An sich sei sie nicht zu billigen, und wenn die Herren nicht freiwillig darauf verzichten wollten, dann solle man dies Vorrecht lieber mit einer Pauschalsumme ablösen. Das schlimmste dabei sei, daß die fürstliche Postfreiheit auch zu allerhand geschäftlichen Sendungen mißbraucht werde. Herr Kraetke war selbstverständlich sehr entrüstet, daß man ein Privileg so hochgeborenen Herren antasten wolle, und meinte, an dem Mißbrauch seien die Fürsten selbst nicht schuld. Er übersah dabei nur, daß die Herren dann um so mehr ein Interesse daran hätten, daß dieses Privileg beseitigt wird.

Morgen Fortsetzung des Postetats.

Der schweigende Minister.

Der Minister des Innern hatte am letzten Sonnabend auf die Beschwerden des Genossen Girsh über die Polizeiprivilegien mit einer unverfrorenen Scharfmacherrede geantwortet, in der er ganz in der Tonart des Julius Busch der Sozialdemokratie damit drohte, daß bei lästigen Straßendemonstrationen die Polizei eventuell von der Waffe Gebrauch machen würde. Darauf, und auf die echt reichsverbändlerische Anklage gegen die Sozialdemokratie, sie sei in Wirklichkeit gar nicht so harmlos, sondern erstrebe den gewalttätigen Umsturz, antwortete am Donnerstag Genosse Ströbel energisch bei der Begründung des Antrags, den Geheimfonds der Polizei in Höhe von 800 000 M. zu streichen. Bevor Ströbel zu einer Kennzeichnung der jungerlich besetzten Scharfmacherreden des Ministers des Innern überging, bewies er an der Hand historischer Dokumente, daß nicht nur sämtliche bürgerliche Oppositionsparteien den Spitzfonds früher als verächtliche und verwerfliche Institution abgelehnt haben, sondern daß auch in neuerer Zeit durch die Fälle Haupt-Schöder, Rederi-Ligow-Lausch und Schöno-Brodhufen erwiesen worden ist, daß das System der Polizei stets zur verbrecherischen Spitzerei, zur polizeilichen „Propaganda der Tat“ und anderen Richtswürdigkeiten führen muß. Ramentlich die aus dem Lausich-Prozess wieder ausgeschärften Aussagen des Staatssekretärs Marschall v. Dieberstein über das ebenso infame wie groteske System der polizeilichen Spitzerei bereiteten der Rechten viel Unbehagen.

Dann rechnete Ströbel mit dem Heringen der Julius-Busch-Leute, Herrn v. Wolke, und seinem Schidnapfen Stroffer ab. Die abgemachten Versuche, die Sozialdemokratie der Absicht des gewalttätigen Umsturzes zu bezähnen, weil die Sozialdemokratie damit rechne, daß es bei der brutalen Rechtsverweigerung der privilegierten Klasse zu Konflikten kommen könne, konnte der sozialdemokratische Redner sogar durch Verlesung eines Gerichtsurteils zurückweisen. Natürlich dürften

sich die Junker nicht einbilden, daß die Weltgeschichte stillstehe, weil sie, die 20000 Eigner von mehr als dem dritten Teil des ganzen preussischen Grundbesitzes, von ihrer Vorherrschaft kein Tütchen preisgeben wollten! Ebenso wenig verzichte die Sozialdemokratie auf das gleiche Recht auf Strahendemonstrationen. Denn wenn sich auch die Regierung und selbst die Krone unter das Joch der Junker beuge: die Sozialdemokratie kämpfe trotz aller Drohungen ministerieller Junkerprophete unerschrocken weiter.

Zwei konservative Redner, darunter der in der Sozialistenbelämpfung unermüdliche Herr Stroffer, gingen alsbald gegen den Genossen Ströbel ins Zeug. Herr Stroffer mit weniger Glanz als Eifer. Am Eifer ließ er's nicht fehlen, redete er sich doch ganz frischbraun und hat an einen Ordnungsruf heran.

Der Minister des Innern schwieg! Ob aus Verlegenheit oder Scham vermögen wir nicht zu entscheiden.

Der Vorsitzende wurde schließlich gegen die Stimmen der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten bewilligt!

### Adolf Wagner über Junkeransand.

Herr v. Kirchbach-Sorauitten, der Vorsitzende der agrarischen Steuerreformer, die unlängst die größte lebende wissenschaftliche Kapazität des Konservatismus, Professor Adolf Wagner, durch Hohngeklächter und Schlußkruse angepöbeln hatten, weil er in der Nachlasssteuerfrage wider den agrarischen Stachel löste, hatte in der „Kreuz-Ztg.“ Herrn Professor Wagner selbst aufgefordert, ihm zu bestätigen, daß die Verichte über die agrarische Anpöbelung Wagners unrichtig seien. Als nun Professor Wagner in einem Briefe an die „Kreuz-Ztg.“ darlegte, daß er leider Herrn v. Kirchbach den Gefallen nicht tun, vielmehr nur bestätigen könne, daß der Bericht über die agrarischen Anpöbelungen im wesentlichen richtig sei, verweigerte ihm die „Kreuz-Ztg.“ die Aufnahme dieser Zuschrift!

Der so behandelte konservative Gelehrte hat sich daraufhin an die „Tägl. Rundschau“ gewendet, die seine Entgegnung abdruckt. Darin heißt es:

„Gewiß sind die Vorgänge in der Versammlung mehrfach in der Presse et was übertrieben und für die politischen Zwecke von Gegnern der Agrarier aufgemischt worden. Aber nach meinem Eindruck, nach dem, was ich doch selbst gehört, waren die Verichte doch im wesentlichen richtig. Ich beschwere mich nicht über Ew. Hochgeborenen als Vorsitzenden. Aber Ihr Eingreifen zu meinem Schutz hatte doch keinen außerordentlichen Erfolg. Höhnisches und spöttisches Geklächer, wiederholte Schlußkruse und das ganze Gebahren konnten mir doch nicht unbemerkt bleiben. . . . Nicht überhebend habe ich mich als Mann der Wissenschaft und Theorie bezeichnet, sondern um damit zugestehen, daß ich ja allerdings nicht unmittelbar als Praktiker fungiere. Aber gerade mein Hinweis auf wissenschaftliche Ansichten wurde mehrfach deutlich verhöhnt.“

So behandeln unsere Junker ihre eigenen Theoretiker, sobald diese sich nicht der Praxis der agrarischen Steuerdrückbergerei bedingungslos fügen wollen! —

### Durchpfeifung des Branntweinsteuergesetzes.

Nachdem es den Agrariern gelungen ist, die Nachlasssteuer zu Falle zu bringen, heischen sie ihren Lohn. Das neue Branntweinsteuergesetz, das an Stelle des Monopolenentwurfes treten soll, ist noch schlimmer für die Verbraucher und noch weit vorteilhafter für die agrarischen Schnapsbrenner als die seitherige Liebesgabenwirtschaft es war. Es besteht die Absicht, das Gesetz einfach durchzupfeifen. Bis spätestens Sonnabend soll die Begründung der neuen Vorlage verteilt sein und dann wünscht man, daß das Gesetz noch vor dem 1. April verabschiedet werden soll. Die Agrarier haben ein Interesse daran, daß die Erledigung des Gesetzes nicht verzögert wird, weil sie befürchten müssen, daß bei den Steuernöten der Regierung das Gesetz schließlich doch noch eine für sie ungünstigere Gestalt erhalten würde. —

Vom Wiener-Fischbeck-Freisinn. Der bekannte Redner der neuen demokratischen Partei Bartholomäus Fischbeck, machte in Offen eine interessante, die Freisinnigen-Vollpartei charakterisierende Mitteilung. Er erzählte, daß unlängst Schritte unternommen worden seien, umwischen der Freisinnigen-Vollpartei und der Freisinnigen Vereinigung eine Fusion herbeizuführen. Von der Freisinnigen Vollpartei sei indessen der Vorschlag abgelehnt und erklärt worden, so lange die Abgeordneten Gotthein und Pothhoff der Freisinnigen Vereinigung angehörten, sei an ein engeres Zusammengehen nicht zu denken.

### Die Republik der Geldsäcke.

In der Bürgerschaft Hamburgs wurden am Mittwoch Anträge der Sozialdemokraten und Vereinigten Liberalen auf Aufhebung der Wahlrechtsverschlechterung von 1906 zur Verhandlung gebracht. Die Fraktionen der Rechten, des Zentrums und der Linken weigerten sich dessen jedoch ganz entschieden. In der sehr heftigen und erregten Debatte erklärten die Herren Wahlrechtsänderer immer wieder, daß sie Hamburg „vor dem sozialdemokratischen Terrorismus“ bewahren möchten. Alle Redeweise der Vereinigten Liberalen, daß auch unter dem alten, verschlechterten Wahlrecht eine starke sozialdemokratische Minderheit, geschweige denn gar eine sozialdemokratische Mehrheit nach Aufweis der letzten Wahlergebnisse nicht hätte zustande kommen können, halfen nichts, die Herren trauen dem Frieden nicht und fürchten, daß die Sozialdemokratie in der Zukunft doch noch viel härter wird. Sehr hübsch war, daß einer der Wahlrechtsänderer von der Linken entsetzt beteuerte, er und seine Freunde seien „auch liberal“. Mit scharf pointierten Ausführungen ging Genosse Stollen dem Wahlrecht zuleibe. Das Resultat war, daß die Anträge mit 81 gegen 44 Stimmen abgelehnt wurden! In dem „Freistaat“ Hamburg bleibt die Klassenwahl bestehen! —

### Ein Magdeburger Wahlrechtsdemonstrationsprozess.

Das Schöffengericht zu Magdeburg verurteilte den Genossen Wilhelm Koch wegen Schußmannsbeleidigung zu einem Tage Gefängnis, weil er am 24. Januar bei den Wahlrechtsdemonstrationen, empört über das Vorgehen der Schulze, gerufen haben sollte: „Guch Muthunden, Guch wollen wir es schon beweisen!“ In der Urteilsbegründung hieß es, daß derjenige, der die Politik auf die Straße trüge, auch die Konsequenzen zu tragen habe.

### Arbeitslosennot.

Bei einer von der städtischen Wohlfahrtspolizei in Dresden veranstalteten Arbeitslosenzählung, wobei nur die Unglücklichen ermittelt wurden, die sich selbst meldeten, wurde festgestellt, daß am 26. Februar in Dresden 5472 beschäftigungslose Personen vorhanden waren, darunter 147 weibliche. Von den Arbeitslosen waren 312 verheiratet, 2783 waren schon seit Anfang Dezember ohne jede Beschäftigung. Daraus geht hervor, daß auch in Dresden das schreckliche aller sozialen Uebel, die Arbeitslosigkeit, ausgebreitet herrscht. Drastisch wird das aus diesen Zahlen sprachende Glend durch die Tatsache beleuchtet, daß die bürgerliche Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums in der städtischen Hauptstadt einen Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, 30000 M. zur

Milderung der Arbeitslosennot bereitzustellen und mehr Arbeitsgelegenheit durch Inangriffnahme städtischer Bauten zu schaffen, ablehnten, was mit einem lebhaften Pfui beantwortet wurde.

### Die Wahlrechtsvorlage im Großherzogtum Sachsen.

Wie schon gemeldet wurde, bewegt sich die wesentlichste Umänderung des Wahlgesetzes für den weimarischen Landtag darin, daß die Zahl der Abgeordneten, die von privilegierten Kreisen gewählt wird, sich von 10 auf 15 erhöht. Außer der Universität Jena, der man einen durch den Senat aus dessen Mitgliedern gewählten Abgeordneten zugesetzt, soll noch je ein Abgeordneter von der Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer gewählt werden. Da die Landwirtschafts- und Arbeiterkammer noch nicht besteht, wird in dem Entwurf darauf hingewiesen, daß so lange die eine oder die andere dieser Ständevertretungen noch nicht vorhanden ist, die von diesen zu wählenden Abgeordneten nicht gewählt werden können. Ein Ersatz hierfür ist nicht vorgesehen. Die weitere wesentliche Umänderung besteht darin, daß die in den 23 Wahlbezirken gewählten 23 Abgeordneten direkt gewählt werden. Das Wahlmännersystem fällt also weg. Nach wie vor soll jeder volljährige (also über 21 Jahre alte) männliche Staatsangehörige, der in einer Gemeinde des Landes das Ortsbürgerrecht erworben hat, wahlberechtigt sein. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Wahlberechtigte, sofern er das 30. Lebensjahr überschritten hat. Eine Abänderung der Wahlperiode ist im Wahlgesetz deshalb ausgeschlossen, weil die dreijährigen Wahlperioden durch die Verfassung festgelegt sind. — An den allgemeinen Wahlen können — wie bisher — die Privilegierten noch einmal teilnehmen! Diese Kreise, Großgrundbesitzer, Höchstbesteuerte, Senat der Universität Jena, Mitglieder der vier Ständekammern haben also ein zwei- beziehungsweise dreifaches Wahlrecht. Als Neuerung ist vorgesehen, daß die Wahlzeit vom Ministerium zu einer bestimmten Zeit einheitlich im ganzen Lande für die allgemeinen Wahlen vorgegeben ist. Eine größere Garantie des Wahlsheimnisses durch Benutzung von Umhängen usw. ist nicht vorgesehen. Im Entwurf wird in einer besonderen Kennzeichnung noch angeführt, was nicht als Armenunterstützung zu betrachten ist. Wer nämlich eine solche bezieht, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen hat, ist nicht wahlberechtigt. Als eine Armenunterstützung soll nicht gelten: 1. Die Krankenunterstützung; 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege; 3. Unterstützung zu Erziehungszwecken; 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind; 5. Unterstützungen, die erstatet sind.

Die vier größeren Städte: Weimar, Eisenach, Jena und Weimarsjura und Apolda sind je als ein Wahlbezirk festgelegt. Die Abgrenzung der übrigen 19 Wahlkreise soll dem Ministerium überlassen bleiben. Gespannt darf man darauf sein, ob die Agrarier und Konservativen von den Nationalliberalen Unterstützung erhalten, wenn von jener Seite die Verschlechterungsanträge gestellt werden, die in der Verengung von Zusatzstimmen und längerer Anwesenheit an einem Orte gipfeln. — Für die arbeitende Bevölkerung gibt es noch wie vor nur die Forderung in der Erziehung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts! —

### Landratsorgen.

Der „Deutschen Volkszeitung“ in Hannover liegt ein Briefumschlag vor, welcher auf der Vorderseite die Adresse des Empfängers und den Stempel: „Frei lt. Avers Rr. 21, Königlich Preussischer Landrat“ trägt und auf der Rückseite: „Königlich Preussischer Landrat des Kreises . . .“ Mit der Nennung des Namens dieses Kreises hält das Blatt vor der Hand noch zurück. Der Inhalt des beschlossenen gerichtlichen Briefumschlages war ein Aufruf der nationalliberalen Partei zum Abonnement auf die „National-Zeitung“. Ihm lagen sechs Bestellscheine auf die „National-Zeitung“ bei. Der Landrat tritt also als Abonnentensammler für ein nationalliberales Blatt auf! Und magt dabei mißbräuchlich die Postfreiheit, die ihm für amtliche Sendungen zusteht, für die Zwecke der nationalliberalen Partei! Wie wär's mit einer Anklage wegen Porto hinterziehung?

### Ein hartes Urteil.

Ein Sergeant vom Feldartillerieregiment in Neustadt (Ober-Sachsen) wurde vom Kriegsgericht in Reife zu zwei Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt, weil er an Kaisers Geburtstag in der Tranttheit ein Bierglas nach einem Leutnant geworfen hatte, so daß derselbe eine Schramme am Arm davontrug. — Der Anklagevertreter hatte fünf Jahre Gefängnis beantragt. —

### Militärjustiz.

Eine ungemein harte Strafe wegen einiger geringfügiger Verfehlungen gegen die Disziplin verhängte das Kriegsgericht in Dresden gegen den Faber Müller vom Artillerie-Regiment Nr. 48. Der Angeklagte erhielt eines Sonntags während des Stabsdienstes vom Unteroffizier Pfeiffer den Befehl, Schwefel und Wähe seines Pferdes zu bürsten. Weil dem Angeklagten die Bürste abhanden gekommen war, konnte er diesen Befehl auch nach nochmaliger Wiederholung nicht ausführen. Darüber zur Rede gestellt, hat der Angeklagte geantwortet: „Kurze Zeit danach ging er durch den Stall und soll dabei, als er an den oben genannten Unteroffizier vorbeiging, nicht ausgewichen sein und den Vorgesetzten angelacht haben. Als der Unteroffizier vorüber war, äußerte der Angeklagte: „Von dem lassen wir uns nicht verfluchen!“ Schließlich wird der Angeklagte noch eines Ungehorsams, wodurch die Befehle eines erheblichen Nachteils herbeigeführt worden ist, beschuldigt. Er hatte sein Pferd anzubinden vergessen! Der Anklagevertreter meinte, das Verhalten des Angeklagten zeuge von einer Disziplinlosigkeit, wie man sie schließlich nicht finden könne! Die Disziplin sei das höchste Gut der Armee und deshalb strenge Strafe am Plage! Das Urteil lautete dem Antrage gemäß auf 5 Monate 2 Wochen Gefängnis. Von der Untersuchungshaft wurde nichts angerechnet! —

### Die Balkankrise.

#### Eine friedliche Wendung.

Die serbische Regierung hat die Forderungen der Mächte endlich erfüllt und ihre territorialen Forderungen zurückgezogen. Aus Petersburg wird telegraphiert:

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die serbische Regierung nach Beratung des russischen Vorschlages die Antwort erteilt, Serbien habe weder die Absicht, Anlaß zu einem Kriege mit Oesterreich-Ungarn zu geben, noch seine freundschaftlichen normalen Beziehungen zu diesem Staate zu ändern. Ebensovornig verlange Serbien im Zusammenhang mit der bosnisch-herzegowinischen Frage von Oesterreich-Ungarn territoriale, politische oder wirtschaftliche Entschädigungen, sondern es verlasse sich, indem es sich jeglicher Einmischung in die Frage, welche der Entscheidung der Signatarmächte unterliegt, enthalte, vollständig auf deren Weisheit und großes Gerechtigkeitsgefühl. Die serbische Regierung beabsichtigt nunmehr, an die Großmächte eine Protestnote im erwähnten Sinne zu richten.

Diese Meldung wird auch durch ein offizielles Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ auf das Bestimmteste bestätigt. Die Depesche lautet:

„Auf den Ratiklon Rußlands, Frankreichs, Englands und

Italiens erklärte Ministerpräsident Rowakowitsch, Serbien halte die territorialen Forderungen nicht aufrecht und unterlasse jede Provokation Oesterreich-Ungarns. Die Autonomie Bosniens und der Herzegowina betrachte Serbien durch das russisch-österreichisch-ungarische Abkommen in einer Weise geregelt, daß Serbien sich nicht mehr damit befassen könne.“

Die gleichen Nachrichten kommen aus Wien und Paris. Man darf also eine Wendung zum Besseren konstatieren, wenn man auch sicherlich diese nicht überschätzen wird. Denn Serbien verzichtet zwar auf die selbständige Geltendmachung seiner Forderungen und überläßt die Vertretung seiner Interessen völlig den Großmächten. Aber gerade dadurch verzögert es den Abschluß der Krise. Wäre es Serbien mit seiner Friedfertigkeit wirklich ernst, so hätte es dem Verzicht auf die territorialen Forderungen noch seine Bereitwilligkeit hinzuzufügen müssen, über die wirtschaftlichen Konzessionen in direkte Verhandlungen mit Oesterreich einzutreten. Gerade dies aber unterläßt es und weckt dadurch den Verdacht, daß es Oesterreich, das so oft erklärt hat, die Verhandlungen über wirtschaftliche Zugeständnisse könnten ohne jede Intervention fremder Mächte begonnen und durchgeführt werden, neue Schwierigkeiten dadurch bereiten will, daß es eben diese Intervention anruft. Daß aber diese Schwierigkeiten unüberwindlich sein werden, ist nicht zu erwarten. Wenn Serbien seine Verpflichtungen, die es durch die Antwort auf sich genommen hat, einhält, dann darf die Gefahr eines Krieges wohl doch als überwunden gelten.

### Frankreich.

#### Gegen die königstreuen Gassenjungen.

Paris, 4. März. Die radikalen Blätter verlangen unter Hinweis auf die von den Camelots du Roy angezettelten Aufstürzungen und besonders auch auf die von ihnen verübten Verwüstungen der Denkmäler der Senatoren Trarieu und Scheurer-Nestner, daß endlich entschiedene Maßnahmen gegen die royalistischen Streiberien ergriffen werden. Wenn diese auch keineswegs die Republik irgendwie bedrohen könnten, so dürfe die Republik sich doch nicht zu langmütig und geduldig zeigen.

### Türkei.

#### Das Versammlungsgesetz.

Konstantinopel, 3. März. Die Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der vom Minister des Innern erlassenen Verordnung betreffend Anzeigepflicht öffentlicher Versammlungen. Jemal Kemal (liberal) griff die Regierung wegen dieser Verordnung an und beantragte, eine Interpellation an den Minister des Innern zu richten. Jungtürkische Redner vertheidigten dagegen die Maßregel der Regierung. Nach lebhafter, teilweise sogar stürmischer Debatte wurde der Antrag Kemal mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein weiterer Antrag, Ermäßigung der Post- und Telegraphengebühren für die Presse einzuführen, wurde einer Kommission überwiesen.

### Amerika.

#### Der Präsidentenwechsel.

Washington, 4. März. Heute mittag erfolgte die feierliche Amtseinführung des 25. Präsidenten der Vereinigten Staaten William Howard Taft. Die gesamte Zeremonie ging infolge des Schneesturmes im Senatssaale vor sich. Die Parade hat trotz der Ungunst des Wetters stattgefunden. Oberrichter Fuller vom Oberbundesgericht nahm dem Präsidenten den Eid ab. Taft wiederholte die Eidesformel mit lauter Stimme und lächelte die ihm entgegengehaltene Bibel. Abdann nahm der Präsident die Glückwünsche der Nachstehenden, zuerst die Fullers und Roosevelts entgegen. Hierauf hielt er seine Antrittsrede. Der Amtseinführung Tafts ging unmittelbar die des Vizepräsidenten James Sherman voraus. Sodann erfolgte die Vereidigung von 31 neuen oder wiedergewählten Bundes senatoren. Die Straßen der Stadt, deren reiches Flaggenschmuck, Klunen und Girlanden wegen des Unwetters nicht zur Geltung kam, waren trotzdem mit dichten Menschenmassen angefüllt, die dem scheidenden und dem kommenden Präsidenten auf ihrem gemeinsamen Wege vom Weißen Hause zum Kapitol lebhaftes Huldigungen bereiteten. Nach der Zeremonie begab sich Roosevelt mit seiner Gattin unter Ehrenworte sogleich zum Bahnhof, um die Fahrt nach seinem Landhause anzutreten. Taft kehrte zur Abnahme der Parade zum Weißen Hause zurück.

#### Tafts Antrittsrede.

Washington, 4. März. In seiner Antrittsrede als Präsident der Vereinigten Staaten führte Taft unter anderem aus: Die Aufgabe einer Antrittsrede ist es, die hauptsächlichsten Umrisse derjenigen Politik zu geben, von der die neue Regierung geleitet sein wird. Ich habe die Ehre gehabt, einer der Ratgeber meines amgezeichneten Vorgängers gewesen zu sein und habe als Soldat für die von ihm geleiteten Reformen gewirkt. Ich würde mir selbst, meinen Verpfändungen und den in der Plattform meiner Partei abgegebenen Erklärungen, auf Grund deren ich gewählt wurde, untreu sein, wenn ich die Aufrechterhaltung und Durchführung jener Reformen nicht für das bedeutendste Verbleib meiner Verwaltung halten würde. Diese Reformen waren darauf gerichtet, die Fugellosigkeit und den Mißbrauch der Macht seitens der großen Kapitalassoziationen auf dem Gebiete der Eisenbahnen, der Industrie und des zwischenstaatlichen Handels zu unterdrücken. Die Maßnahmen meines Vorgängers, die auch von der Gesetzgebung gut geheißen wurden, haben jenem verderblichen, das Volk beunruhigenden Verfahren Halt geboten und in den betreffenden geschäftlichen Kreisen eine größere Beachtung des bestehenden Gesetzes bewirkt. Um aber die Reformen dauernd zu gestalten und um gleichzeitig diejenigen, welche ankündigte und fortschrittliche Geschäftsmethoden anwenden, nicht zu beunruhigen, ist ein weiteres gesetzgeberisches und exekutives Vorgehen nötig; so eine Erleichterung der Eisenbahnen hinsichtlich gewisser, durch die Antitrustgesetze geschaffenen Beschränkungen, andererseits soll eine gebörige bundesstaatliche Überwachung verhindern, daß eine übermäßige Ausgabe von Bonds und Aktien von seiten solcher Gesellschaften erfolge, welche die am zwischenstaatlichen Handel beteiligten Eisenbahnen besitzen und betreiben. Ich hoffe in der Session des bevorstehenden Kongresses im nächsten Dezember bestimmte Vorschläge machen zu können, die sich auf die nötigen Änderungen der Antitrust- und den zwischenstaatlichen Handel betreffenden Gesetzgebung beziehen werden.

Eine Angelegenheit von höchst dringlicher Bedeutung ist die Reduktion des Zolltarifs. Gemäß den in meiner Plattform abgegebenen Erklärungen werde ich den Kongreß zu einer außerordentlichen Session auf den 15. März einberufen, um die Revision des Dingley-Tarifs zu beraten. Die Zölle sollten so beschaffen sein, daß sie jenseitigen Arbeit, sei es auf dem Felde, im Bergwerk oder in der Fabrik, einen Tarifschutz gewähren, der dem Unterschiede zwischen den Erzeugnissen des Auslandes und denjenigen des Inlandes gleichkommt. Es soll aber auch Besorgnis getroffen sein dafür, daß ein höherer oder der Maximum-Tarif gegen jene Länder in Anwendung kommen soll, deren Handelspolitik und gegenüber gedächterweise eine solche Unterscheidung erfordert. Um die erforderliche Beschleunigung bezüglich der Tarifrevision zu sichern, wäre es ratsam, in der außerordentlichen Session kein anderes gesetzgeberisches Werk in Angriff zu nehmen.

# Aus der Partei.

## Gemeindefachverfahren.

In Eisen fand am Mittwoch eine Stadtverordnetenwahl statt infolge Ablebens eines Zentrumsmanns, der den Bezirk 16 Jahre lang vertreten hatte. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen gegen das Vorjahr von 889 auf 1308. Das Zentrum erhielt 1604, die Liberalen erhielten 981 Stimmen. Der sozialdemokratische Kandidat ist also mit dem Zentrumskandidaten in die Stichwahl gelangt.

## Parteiliteratur.

Im Verlage von J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Das theoretische System von Karl Marx. Von L. V. Boudin. Aus dem Englischen übersetzt von Luise Kautsky. Mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Karl Kautsky. XX und 278 Seiten. (Band 48 der Internationalen Bibliothek.) Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

Die vorliegende Schrift war bestimmt, das Englisch sprechende Publikum über das Wesen des Marxismus und der an ihm geübten Kritik aufzuklären. „Als eine deutsche Uebersetzung fertiggestellt wurde“, schreibt Karl Kautsky in der Vorrede, „habe ich sie freudig begrüßt. . . . Eine zusammenfassende Darstellung, die die springenden Punkte des Marxismus Systems kurz entwickelt und im Anschluß daran die wichtigsten Einwände der hervorragendsten seiner neueren Kritiker unterzucht, wird vielen als Einführung in das Studium der Marzkritik und des Marxismus selbst willkommen sein.“

## Im selben Verlage erschien:

Zur Reform der Strafprozedur. Von Dr. Hugo Heine mann, Rechtsanwalt. Preis broschiert 75 Pf.

Die vorliegende Arbeit ist in Abschnitten in der „Neuen Zeit“ erschienen. Der Autor hat, den Anregungen aus Fachkreisen folgend, sich zu einer Separat Ausgabe entschlossen, die er den zahlreichen Interessenten unterbreitet.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor: Einschränkung der Kompetenz der Schöffengerichte. — Verurteilung. — Kollisionshaft. — Fluchtverbot. — Die Hauptverhandlung. — Anklagezwang und Vorverfahren.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Von der objektiven Justiz.

Die Verschärfung der politischen Kämpfe, auch in Süddeutschland, geht aus zwei Prozessen hervor, die unsere Genossen in Offenbach a. M. zu führen hatten.

Im ersten Prozeß klagte der Landtagsabgeordnete für Offenbach-Land, Genosse Orb, gegen den politischen Redakteur der reichsverbändlerischen „Offenbacher Zeitung“ — Grasswurm — wegen Beleidigung. Vor der letzten Landtagswahl hatte die „Offenbacher Zeitung“ Orb vorgeworfen, er habe sein Stadtverordnetenmandat benutzt, um politische Gegner, die als Arbeiter bei der Stadt beschäftigt waren, aus Lohn und Brot zu bringen. Die Beleidigungen waren in Verbindung mit „Schamlosigkeit“, „Rachgierigkeit“ erhoben worden. In der Verhandlung wurde die absolute Grundlosigkeit der Anschuldigungen einwandfrei festgestellt, der „Wahrheitsbeweis“ mißlang dem Herrn vollständig. Redakteur Grasswurm wurde zu 800 Mark Strafe, eventuell 50 Tage Gefängnis und zur Ertragung der Kosten, neben Publikationsbesugnis des Urteils verurteilt.

Die zweite Verhandlung endete zwar mit der moralischen Vernichtung des Klägers, aber trotzdem wurde der Redakteur unseres Offenbacher Parteiblattes wegen „formaler“ Beleidigung zu zwei Wochen Haft verurteilt. Der Kläger „Reporter“ Jakob Brand, der — obgleich Zentrumsmann — sich in Parteikreisen drängte, sogar Mitglied der Sozialdemokratie wurde, spielte dabei eine wenig beneidenswerte Rolle. Er hatte sich dem sozialdemokratischen Wahlkomitee als „katholischer Arbeiter“ angeboten, um für Ulrich zu agitieren, war aber abgewiesen worden. Um sich zu rächen, suchte er die Sozialdemokratie auf jede Art zu schädigen. Er ging zur Frau des Haupteiters Knöchel, der in der Klinik lag, stellte sich als Reporter vor und verlangte Antwort auf sechs über alle Maßen unterschämte Fragen. Die angeblichen Antworten veröffentlichte er. Unser Offenbacher Parteiblatt gestellte das Verhalten Brands mit aller Schärfe. Brand stellte Straf antrag gegen den Genossen Girsch. Im Termin stellte er sich heraus, daß die Frau dem Brand überhaupt keinerlei Mitteilung gemacht hatte. Brand hatte der Öffentlichkeit einfach Unwahrheiten erzählt.

Das Gericht konstatierte im Urteil das „nicht einwandfreie, Mangel an Kaltgefühl zeigende Verhalten“ des Brand, es attestierte dem Angeklagten politisch anständiges Verhalten, aber wegen der „vielen und schweren formalen Beleidigungen“ mußte es doch auf eine Freiheitsstrafe erkennen!

Das Fazit ist also: zwei Wochen Haft für den sozialdemokratischen Redakteur, der eine nichtswürdige Handlungsweise so charakterisierte, wie sie es verdiente und dabei — nach Ansicht der Richter — lediglich in der Wahl der Ausdrücke etwas zu weit ging, und Geldstrafe für den bürgerlichen Redakteur, der einen Ehrenmann, der allerdings Sozialdemokrat ist, fälschlich einer ehrsüchtigen Handlung bezichtigte und dabei die formalen Beleidigungen nicht sparte!

Aber Massenjustiz gibt's natürlich nicht!

Vom Strafsentz der Presse. Wegen formaler Beleidigung eines Tischlermeisters wurde am Donnerstag Genosse Emil Müller von der „Düsseldorfer Volkszeitung“ zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um die Kritik von Werkstattmännern. Der Wahrheitsbeweis wurde als erbracht angesehen; der Angeklagte sei aber in der Form zu weit gegangen.

## Gewerkchaftliches.

### Junungs-Terror.

Einen heftigen Kampf führen die Fleischer in München mit der Junung der Schweine Metzger (Chorkutiers). Seit dem vorigen Jahre, wo erst die junge Organisation in München einsetzte, ist die Organisationsleitung bestrebt, die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Berufe zu bessern. Mit einigen größeren Firmen wurden auch Tarifverträge abgeschlossen, dagegen weigerte sich die Junung, nicht nur mit der Organisation zu unterhandeln, sondern sie verbot ihren Mitgliedern auch bei Vermeidung einer Konventionalstrafe ein Vertragsverhältnis einzugehen. Wegen dieses Verbot wurde selbstverständlich sofort von der Organisation Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde eingeleitet. Bei 6 Firmen wurde der Tarif eingeleitet, darauf wurden die sämtlichen Gehilfen dieser Firmen unter Ausbezahlung der Kündigungszeit sofort auf die Straße geworfen. Hierauf hat die Organisation über diese Firmen die Sperre und über diese Geschäfte samt ihren Filialen, die sich in der Hauptsache in Arbeitervierteln befinden, den Boykott verhängt. Diejenigen Meister, die sich geneigt zeigten, die bestehenden Forderungen der Gehilfen zu bewilligen, wurden von den Verantwortlichen: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil betannt. J. H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Junungsgöttern auf dem Schlachthof gräßlich insuliert und sogar angepöckelt. Bisher hat man noch nichts davon gehört, daß der Staatsanwalt gegen diese Junungsmeister auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung vorgegangen wäre. Dagegen tragen sich die Junungsgötter mit dem Gedanken, gegen den Verfasser eines Flugblattes (Hauptvorstehenden Henkel-Berlin), in dem mit Enthüllungen über die Geheimnisse des Wurstkessels gedroht wurde, wegen Erpreßung vorzugehen. Ob in diesem Falle der Staatsanwalt sich gefügiger zeigen wird?

## Berlin und Umgegend.

### Differenzen in der Ballschuhindustrie.

Eine öffentliche Versammlung der Ballschuhmacher, einberufen vom Schuhmacherverband, tagte am Montag bei Völer, Weberstraße 17. Die Vordifferenzen bei der Firma Senger u. Stockwald betraf der Hauptpunkt der Tagesordnung, Hildebrandt und andere berichteten darüber. Es handelte sich um den Versuch, den Lohnsatz für Platten, die mit der Hand angefertigt werden, von 15 Pf. auf 5 Pf. herabzubringen. Der Fabrikant Stockwald ist mit diesem Ansinnen an den Ausschuss herantretten. Seine Behauptung, anderweitig würde diese Arbeit schon zu dem niedrigen Preise gemacht, hat ihm der Ausschuss widerlegt. Auch ist man der Absicht Stockwalds energisch entgegen getreten. Die beteiligten Kollegen, die in Konferenzen zusammen kamen, waren darin einig, nicht unter die vor zwei Jahren vereinbarten 15 Pf. herabzugeben. Der Ausschuss behandelte mehrfach mit Stockwald. Dieser wollte schließlich 10 Pf. zugestehen. Eventuell schien er geneigt, die Platten mit der Maschine machen zu lassen. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht erfolgt. — Von verschiedenen Rednern wurde vermutet, daß hier ein Vorstoß gemacht werde, dem andere Abzüge folgen würden, auch in anderen Betrieben, wenn man ihn nicht zurückweise. Es wurde deshalb lebhaft bestritten, daß die Kollegen von Senger u. Stockwald nicht unter 15 Pf. heruntergehen, solange die Platten in der bisherigen Weise, das heißt, mit dem Hand gemacht werden. Montagabend findet eine Konferenz jener Kollegen statt. Sollte es aber am Sonntag zur Arbeitsniederlegung kommen, dann werden sie per Karte zu Montagvormittag zusammen berufen. — Man erörterte dann noch die Arbeitsverhältnisse in anderen Betrieben. Aus den ganzen Verhandlungen war zu entnehmen, wie dringend notwendig ein fester Zusammenschluß in der Organisation ist.

## Deutsches Reich.

### Ein Streit um längere (!) Arbeitszeit.

In der Steinplattenfabrik Vereinigte Gerbaidswerke in Ehrang bei Trier haben kürzlich die im katholischen Arbeiterverein (Fachabteilung Berlin Trierer Richtung) „organisierten“ Arbeiter gestreikt. Die Arbeit wurde aber ergebnislos wieder aufgenommen. In einer Versammlung beschloßen die Arbeiter, der Werkleitung ihre Wünsche vorzutragen. Einer dieser „Wünsche“ lautet gemäß dem Bericht der „Trierischen Landeszeitung“: „Die Arbeit soll nicht neun, sondern zwölf Stunden dauern, damit die Leute vollen Tagelohn hätten.“ So sehen die Früchte der kirchlichen „Aufklärung“ aus.

### Tariffbewegung der Münchener Bädergehilfen.

Die Münchener Bädergehilfen haben den im Jahre 1900 mit der Junung und der Seidlischen Hofbäderlei abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt. Eine vollständig besuchte Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Bäder hat am Mittwoch die an die Junung zu stellenden neuen Forderungen beraten. Die neue Tarifvorlage wird nächste Woche dem Einigungsamt unterbreitet. — Auswärtige Kollegen werden gut tun, zunächst in München keine Engagements anzunehmen.

Für die in den Münchener Jalousiefabriken beschäftigten Arbeiter (Schreiner, Schlosser, Spengler, Holzarbeiter) haben die einschlägigen Organisationen mit dem Arbeitgeberverbande einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Versuch der Unternehmer, mit Rücksicht auf die im nächsten Jahre ablaufenden Tarifverträge im deutschen Baugewerbe den Arbeitern einen einjährigen Tarifvertrag aufzuzwängen, scheiterte an dem Widerstande der Organisationsvertreter. Der Tarif wurde vielmehr auf vier Jahre abgeschlossen unter sofortiger Erhöhung der Löhne um 2 Pf. und im Jahre 1911 um weitere 2 Pf. Die Löhne der Arbeiterinnen wurden ebenfalls täglich um 20 Pf. erhöht.

## Ausland.

### Die Kämpfe um den Arbeitskontrakt in Niederland.

Von den gewerkschaftlichen Kämpfen in Niederland, die infolge des neuen Gesetzes über den Arbeitskontrakt ausgedroht sind, ist die schwerste und langwierigste, die Aussperrung in der Eisengießerei von Klop in Breda, nach 80-tägiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Der Unternehmer hat sich schließlich genötigt gesehen, mit einer vom Metallarbeiterverbande gewählten Kommission zu verhandeln und einen den Arbeitern annehmbaren Arbeitsvertrag anzuerkennen. Im übrigen war der Erfolg des Kampfes der, daß alle Arbeiter sich der Organisation angeschlossen haben. Daß, wenn die Arbeiter stark organisiert sind, das Unternehmertum nicht instande ist, seine Zwangsverträge zur Geltung zu bringen, hat sich auch im Buchdruckgewerbe in Haag gezeigt. Der Sekretär der Prinzipalorganisation hatte dort am vorigen Sonnabend an alle Mitglieder die Parole ausgegeben, daß sie ihr gesamtes Personal um 4 Uhr nachmittags entlassen sollten, wenn bis dahin die Kontrakte nicht unterzeichnet wären. Die Gehilfenschaft kam dem jedoch zuvor, und der Zufall wollte es, daß just in der Druckerei d'Alban, wo jener Sekretär der Prinzipale Direktor ist, die Arbeit zuerst niedergelegt wurde, und zwar schon morgens 10 Uhr und mit dem Erfolg, daß die Forderung des Personals auf einen anständigen Arbeitsvertrag hier zuerst bewilligt wurde. Mit demselben Erfolge war die Arbeit auch in einer anderen Druckerei niedergelegt worden. Als die übrigen Prinzipale hörten, daß ihr Organisationssekretär bewilligt hatte, verzichteten sie von vornherein auf die Aussperrung und fügten sich ebenfalls den Wünschen ihres Personals. Nur in den Druckereien, wo die „Christlichen“ dominieren, hatten die Prinzipale leichtes Spiel und erhielten ihre Kontrakte fast ohne Änderung unterzeichnet. Die christliche Gehilfenorganisation hatte es ihren Mitgliedern freigestellt zu unterzeichnen und damit wieder einmal Verrat gegen die Interessen der Arbeiterschaft geübt.

Im übrigen haben die Arbeiter in anderen Orten und Berufen noch tapfer zu kämpfen gegen die Zwangsverträge und namentlich die Maurer und die Maler in Zutphen, in Belp, Rheden und Lochem, die Stukkateure in Haarlem, Haag, Veendam und Rotterdam und die Textilarbeiter in Enschede. Dazu kommt eine Reihe kleinerer Kämpfe an verschiedenen Orten, und überdies kann jeder Tag neue Aussperrungen bringen.

## Gerichts-Zeitung.

### Der „Fall Hamann“

hat zu einer Privatklage geführt, die gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Als Privatkläger trat der Herausgeber der Korrespondenz „Hermes“, Schriftsteller Werner Steinhoff, unter Vorwand des Rechtsanwalts Springer auf, die Privatklage richtete sich gegen den Redakteur der „Staatsbürger Zeitung“, Billy Buch-Luhow, dem Rechtsanwalt Dr. Breberel als Verteidiger zur Seite stand. Die Vorgänge, die zu öffentlichen Anschuldigungen des Professor Schmitz gegen Wirtl. Geh. Legationsrat Hamann geführt haben, sind von dem Privatkläger Steinhoff in einer Broschüre „Der Fall Hamann“, zusammengefaßt und besprochen worden. Die Broschüre kam zu dem Schluss, daß die der Beamtschaft bisher zu

Teil gewordene Achtung Schaden leiden würde, wenn ein so schäblicher schuldiger Beamter, bis die Sache vollständig geklärt worden, ruhig im Amte verbliebe. — Gegen diese Broschüre veröffentlichte die „Staatsbürger Zeitung“ am 22. Dezember einen Artikel unter der Ueberschrift „Zum Prozeß Hamann, Oeffentlichkeit und Wahrheitsbeweis“. Der Artikel enthält eine Reihe scharfer Angriffe gegen den Verfasser der Broschüre, der als „völlig unbelasteter Pamphletist“ bezeichnet wird. Es wird gesagt: Der Verfasser der Broschüre habe ohne erkennbares öffentliches oder nationales Interesse eine große Menge Unrat und Schmutz gesammelt und in die Oeffentlichkeit gebracht, die Broschüre sei eine Schmutz- und Schmachschrift, der Verfasser sei mit seinen wiederholten Anträgen zur Aufnahme in den Schriftstellerverband „aus guten Gründen“ abgewiesen worden usw. — Der als Zeuge vernommene Chefredakteur Rippler bestritt, daß seines Wissens der Privatkläger nur einmal die Mitgliedschaft beim Schriftstellerverband nachgesucht, der Vorstand aber das Gesuch abgelehnt habe, weil Herr Steinhoff gegen ein Mitglied öffentliche Angriffe gerichtet habe und nach Ansicht des Vorstandes Angreifer und Angegriffener nicht in einem Klub sitzen können. Nach längeren lebhaften Ausführungen beider Parteien verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 300 M. Geldstrafe. Der Berichtshof nahm nicht für Erwähnung an, daß Herr Steinhoff vom Vorstande des Schriftstellerverbandes aus herabwürdigenden Notizen abgelehnt worden sei; er verneinte ferner, daß die Broschüre ein „Pamphlet“ darstelle, d. h. eine Schrift sei, die aus den niedrigsten Motiven heraus an sich belanglose Vorgänge aufbaue, um eine Person öffentlich bloßzustellen. Die Broschüre gebe nur ein objektives Bild der in Frage stehenden Vorgänge. Der Satz des § 153 siehe dem Angeklagten nicht zur Seite, die Höhe der Strafe rechtfertige sich aus der Schwere der Beleidigungen.

## Polizei und Sommerfest.

Auf die Anzeige eines Sommerfestes ging dem polnischen Arbeiterverein in Osten der Bescheid zu, es sei nichts einzuwenden unter der Bedingung, daß sich neben Mitgliedern und ihren Angehörigen eingeladene Gäste in einer Anzahl beteiligten, die nicht erheblich die Zahl der Mitglieder übersteige. Nach vergeblichen Verhandlungen klagte der Vorstand wegen dieser Beschränkung auf Aufhebung der polizeilichen Verfügung. Das Oberverwaltungsgericht gab der gegen den Oberpräsidenten gerichteten Klage statt und hob die Verfügung auf. Das Verbot, daß die eingeladenen Gäste die Zahl der Mitglieder nicht erheblich überschreiten dürften, sei viel zu unbestimmt, als daß sich der Vorstand danach richten könnte. Wegen dieser Unbestimmtheit müsse die Verfügung aufgehoben werden, so daß die Frage nach ihrer sonstigen Berechtigung nicht entschieden werden brauche.

## Verbreitung von Flugblättern am Sonntag.

Die mehr als überflüssigen Versuche, Flugblattverteilungen als öffentlich bemerkbare Arbeiten zu stigmatisieren, hören nicht auf und belassen fortwährend die Staatskasse mit erheblichen Ausgaben.

Am Mittwoch beschäftigte sich das Schöffengericht Hannover mit einem derartigen Fall. Der Arbeiter August Legniewer in Arnum, Mitglied des Textilarbeiterverbandes, war an einem Sonntag beim Austragen von Druckschriften seines Verbandes in der Weise tätig, daß er dem Austräger die Wohnung zeigte, nach der die Druckschriften gebracht werden sollten. Hierin war eine Uebertretung des Gesetzes über die äußere Heiligung des Sonntags gefunden und gegen L. Anklage erhoben. Das Gericht erkannte in voller Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Verteidigers Dr. Müller II auf Freisprechung und führte aus: Es sei festgestellt, daß die Druckschriften in einer Mappe und nur in 4 Häusern ausgegeben seien. Die Frage sei, ob dieses eine den Sonntag entheilende Tätigkeit sei oder nicht. Selbst wenn eine Arbeit mit einer gewissen Strafanstrennung geleistet sei, so könne man in der Tätigkeit des Angeklagten keine öffentlich bemerkbare Arbeit erblicken. Aber auch das Austragen von Druckschriften in der angegebenen Weise könne selbst nicht als eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne des Gesetzes erachtet werden. Daran ändere auch die Tatsache nichts, daß die Druckschriften gegen Entgelt von dem Träger bestellt wären, denn sowohl dieser Umstand, als auch das Austragen selbst in einer Mappe sei nur besonders eingeweihten Personen fundig gewesen. Aus beiden Gründen sei deshalb auf Freisprechung zu erkennen gewesen.

## Die Polizei auf dem Paulsoden.

Am 5. November klingelte in dem Bureau der Kriminalpolizei das Telephon und eine „tiefbetäubte Mutter, eine Frau Baummeister K., teilte mit, daß ihr Sohn gerade ein Duell in den „Königsjulen“ zu bestehen habe“. Der zuständige Kommissar wählte einen Beamten aus, der früher bei einem Handgemenge mit einem Einbrecher eine Verletzung im Gesicht erlitten hatte, die wie ein „Schmäh“ aussah. — In den „Königsjulen“ standen sich gerade zwei Angehörige der Verbindungen „Thuringia“ und „Frankonia“ mit den Schlägern in der Hand gegenüber, als ein junger Mann den Saal betrat und nach höflichen Verbeugungen nach allen Seiten auf die Hintertür zuschritt und die in dem „Königszimmer“ befindliche Tür abschloß. Hier sahen bereits etwa 15 Herren, die sich bereits blutige Köpfe geholt hatten. Daß der „Vertrieb“ hier ziemlich im Gehen ging, bewiesen außerdem große Blutlachen in der Saalmitte. Plötzlich ertönte der Ruf: „Meine Herren, ich bin Kriminalbeamter, machen Sie mir bitte keine Schwierigkeiten!“ Der Herr, den jeder für einen flotten Korpsstudenten gehalten hatte, war der Kriminalwachmeister Steffe. Als verschiedene der Herren nach der Hintertür stürzten und sie diese verschlossen fanden, machte man schließlich gute Miene zum bösen Spiel. Der Kriminalbeamte beschlagnahmte die zum Zweikampf benutzten Waffen, die förmlich vom Blut triefen. Die nähere Untersuchung der Verletzungen ergab noch, daß der Portier des Restaurants Wittmayer war und die Studenten durch ein elektrisches Klingelzeichen sofort warnte, sobald ein „Verdächtiger“ das Restaurant betrat. Ebenso war die Inhaberin des Restaurants wegen Beihilfe zum Zweikampfe schon einmal zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Gegen fünf der damaligen Pausanten wurde von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Vergehens gegen den § 205 des Strafgesetzbuches (Zweikampf mit tödlichen Waffen) eingeleitet. Es waren dies der stud. vet. Erich Werlach, der stud. vet. Joseph Wiffinger und die stud. good. Wilhelm Wöfener, Ernst Ruffsch und Wilhelm Reugebauer, gegen welche gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weibel verhandelte. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von je drei Monaten Gefängnis.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Royalistische Vandalen.

Paris, 4. März. (B. S.) Die Polizei verhaftete heute den 20-jährigen Studenten Oslin und den früheren Professor Robin unter dem Verdacht, öffentliche Monumente beschädigt zu haben. Eine in den Wohnungen der Verhafteten vorgenommene Hausdurchsuchung führte zur Entdeckung zahlreicher royalistischer Schriftstücke, welche beschlagnahmt wurden. Beide Verhafteten sind eifrige Royalisten und Anhänger der Liga der Camelots du Roi. Eine dritte Verhaftung erfolgte in der Lamarckstraße; es handelt sich um den Generalsekretär der katholischen Vereinigung Debovier. Derselbe wurde in dem Augenblick festgenommen, als er den Versuch machte, das Standbild des Mitters von Labarre zu beschädigen. Zwei ihn begleitende Personen ergriffen die Flucht.

Reichstag.

219. Sitzung vom Donnerstag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Krastke.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Stats der Postverwaltung in Verbindung mit der ersten Beratung eines Entwurfs einer Fernspreckgebühren-Ordnung.

Abg. Dr. Dröschner (L.): Unsere postalischen Einrichtungen sind die besten der Welt. Sie dürfen durch falsche Sparanfänge nicht leiden. Wir haben keineswegs im Postdienst zu viele Beamte; durch Einschränkung der Zahl der Beamten kann und darf bei der Post nicht gespart werden; verschiedentlich wurden sogar Klagen laut, daß nicht genügend Beamte vorhanden sind. Allerdings darf man nicht übersehen, daß die sozialen Erleichterungen seit dem Jahre 1902, die Herabsetzung der Dienststunden, die Vermehrung des Urlaubs usw. den größten Teil der Vermehrung der unteren und mittleren Beamten notwendig gemacht haben; diese sozialen Erleichterungen kosten der Postverwaltung jährlich achtzehn Millionen Mark, doch hat der Reichstag diese Erleichterungen verlangt und kann aus ihrer Einführung der Postverwaltung keinen Vorwurf machen. Auch die Zahl der höheren Beamten bei der Post ist keineswegs zu hoch. Meine Freunde wünschen, daß der Schluß für den Zugang zur höheren Postkarriere noch weiter aufrecht erhalten wird, damit die vorhandenen Antwärter keine Zurücksetzung erleiden. Der Antrag, die Postverwaltung solle eigene Betriebe einrichten, widerspricht der Redner; die Post dürfe nicht dazu beitragen, dem Mittelstand die Nahrung abzuzugreifen. — Mit der neu vorgeschlagenen Ordnung der Telegraphengebühren erklärt sich der Redner im allgemeinen einverstanden. Den Verkehr mit postlagernden Briefen hält der Redner für einen großen Unfug und empfiehlt, alle postlagernden Briefe als unbestellbar zurückzumeisen, wenn sie keine volle Adresse, sondern nur Chiffren enthalten!! (Dravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.):

Der Vorredner schloß mit einem Hymnus auf die Postverwaltung. Er kam am Ende seiner Rede wieder auf den Anfang zurück und gedachte mit besonderem Lobe der Tätigkeit des Staatssekretärs. Wenn Herr Dröschner hier als freiwilliger Postkommissar auftreten will (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so ist das seine Sache. Ich kann aber nicht zugeben, daß das, was er am Schluß gesagt hat, die Meinung derjenigen Kreise ist, die durch Handel und Verkehr in die nächste Verbindung mit der Postverwaltung kommen. Wenn man eine Befähigung des Herrn Staatssekretärs mit seinem Vorgänger konstatieren will, so liegt sie darin, daß er da einseht, wo Herr Stephan aufgehört hat, nämlich mit einem

Postbureaunkritikismus, der nicht zu ertragen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorträge, die gegen Herrn v. Stephan in den letzten acht Jahren seiner Amtsführung gerichtet wurden, gipfelten darin, daß er den Anforderungen des Verkehrs nicht mehr Rechnung trage. (Sehr richtig!) Der jetzige Herr Staatssekretär hat aber niemals angefangen, dem Handel und Verkehr die notwendige Rücksicht angedeihen zu lassen. Wenn er dafür sorgen wollte, daß der Verkehr nicht durch unsinnige Verteuerungen unterbunden würde, so könnte man zufrieden sein. Er ist allerdings der Chef eines großen Verkehrsinstituts, das aber sehr viel zu wünschen übrig läßt. (Zustimmung v. d. Sozialdemokraten.) Des weiteren hat der Vorredner eine Reihe von Wünschen geäußert, denen man zum Teil zustimmen kann. Namentlich sind wir damit einverstanden, daß mit der sozialen Fürsorge für die Unterbeamten nicht aufgehört wird. Dem Teil seiner Ausführungen aber, daß die notwendige Reform lediglich in einer Erhöhung der Gehälter bestehen soll, kann ich nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner hat es vermieden, einzelne Tatsachen über den jetzigen Zustand der Postverwaltung anzuführen. Er hat alles schön und gut gefunden und gemeint, es sei gar keine Veranlassung zu Klagen vorhanden. Er hat uns einen Vortrag aus der Poststatistik gehalten, welche ja aber alle die schon kannten, die sich mit diesen Dingen beschäftigen. Das, was er als Fortschritte der sozialen Fürsorge durch die Statistik erweisen wollte, ist ja durchaus richtig. Er hat nur das eine vergessen, das nicht alles, was auf dem Papier steht, auch in Wirklichkeit durchgeführt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon zu wiederholten Malen darauf aufmerksam machen müssen, daß wir aus den Kreisen der Beamten Mitteilungen haben, wonach die Erlasse des Staats-

sekretärs doch nicht in dem Umfange durchgeführt werden, wie man es wünschen sollte.

Der Vorredner ist dann auf

die Personalfrage

eingegangen und hat gemeint, die Postverwaltung habe keineswegs zu viele Beamte. Auch ich bin der Meinung, daß ihr die notwendige Zahl der Beamten zur Verfügung stehen muß, damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann. Ich habe aber die Auffassung, daß auf bestimmten Gebieten in der Tat zu viel Beamte vorhanden sind, nämlich zu viele Aufsichtsbearbeiter. (Leb. Zust. b. d. Soz.) Hier läßt sich sehr wohl eine Reform der Personalverwaltung einrichten. Im Gegensatz zu dem Vorredner, der es trotz seiner guten Information vermieiden hat, auf einzelne Beispiele einzugehen, werde ich dies tun. Ich werde das von ihm Veräumte nachholen, und zwar ebenfalls gestützt auf unanfechtbares Material. Da bin ich der Meinung, daß man nur deshalb eine so große Zahl von Aufsichtsbearbeitern geschaffen hat, um überhaupt höher besoldete Stellen zur Verfügung zu haben. Wenn im Reichstage seit längerer Zeit das Bestreben vorhanden ist, die Arbeiten, die die höheren Beamten machen, von den sogenannten gehobenen Unterbeamten ausführen zu lassen, die ja nach der Ansicht des Staatssekretärs einen besonderen Grad von Intelligenz besitzen sollen, so ist es um so verwunderlicher, daß man immer wieder Fälle erleben muß, die beweisen, wie absolut überflüssig diese vielen Aufsichtsbearbeiter sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich bei der Post der Brauch herausgebildet, daß

auf 4 bis 5 Beamte immer ein Aufsichtsbearbeiter

kommt! (Hört! hört! links.) Die Zahl der Aufsichtsbearbeiter ist im Verhältnis zur Zahl der Beamten überhaupt viel zu groß. Am trafensten ist dieses Verhältnis in der Oberpostdirektion Düsseldorf. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß durch dieses große Aufsichtspersonal ein wesentlicher Nutzen geschaffen wird. Aus Düsseldorf wird mir berichtet, daß durch die vermehrte Aufsicht dort Unregelmäßigkeiten im Amt deshalb nicht entdekt sind, weil jeder Aufsichtsbearbeiter geglaubt hat, der andere würde die Aufsicht darüber ausgeübt haben. (Weiterleitet und hört! hört! links.) Ich bin der Meinung, daß mit Einstellung so vieler Aufsichtsbearbeiter tatsächlich ein großer Luxus getrieben wird. Aus einem großen Telegraphenamte im Westen des Reiches wird mir mitgeteilt, daß von 25 Beamten nicht weniger als fünf Aufsichtsbearbeiter sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Geschäft müßte ich einmal sehen, das von 25 seiner Angestellten fünf Leute damit betraut, die anderen zu beaufsichtigen. Auch nach anderer Richtung scheinen mir die Zustände in Düsseldorf, von denen ich oben gesprochen habe, sehr merkwürdig zu liegen. Dort wird ein Haus auf Abbruch zum Verkauf angeboten, das erst vor einigen Jahren neu erbaut worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Abbruchartikel werden gerade deshalb besonders empfohlen, weil sie noch nicht stark abgenutzt sind! Wenn die Aufsichtsbearbeiter darauf ihr Augenmerk lenken würden, daß sie bei Neubauten auf die zu erwartende Zunahme des Verkehrs in absehbarer Zeit Rücksicht nehmen würden, so würde das eine sehr nützliche Tätigkeit sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist nicht kaufmännisch und nicht wirtschaftlich, wenn man fast noch neue Häuser nach kurzer Zeit abreißen muß. Auch das würde bei einem wirklich kaufmännisch geleiteten Betrieb nicht vorzukommen. (Sehr richtig! links.) Vom Berliner Haupttelegraphenamte wird mir gemeldet, daß jeder Abteilungsaufsichtsbearbeiter seine Arbeit regelmäßig damit beginnt, sich aus den Reihen der übrigen Beamten einen Stellvertreter zu nehmen. (Weiterleitet bei den Sozialdemokraten.) Es wird behauptet, daß durch diese vermehrte Aufsicht dem eigentlichen Dienst auf diesem Amt 32 Beamte entzogen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wird aus Frankfurt a. M. über die große Zahl von Aufsichtsbearbeitern geflagt.

Rum hat der Vorredner seine Verteidigung über

die „Herabsetzung der Arbeitszeit“

zum Ausdruck gebracht. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß im dortigen Haupttelegraphenamte unter Umständen wöchentlich 67 1/2 Stunden wöchentlich

gearbeitet werden muß! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überhaupt der Ansicht, daß die uns vorgelegte Statistik über die Arbeitszeit nur Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse wenig geeignet ist. Was sollen wir mit den Durchschnittszahlen anfangen? Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit soll 62 Stunden betragen. Was nützt es einem Beamten mit vielleicht 88 Stunden Dienstzeit, wenn dafür ein anderer Beamter nur 54 Stunden arbeitet? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darauf kommt es nicht an, zu

Erforschung der höheren Luftschichten. In der Pariser Akademie der Wissenschaften hat Zeislerence de Vert das Ergebnis seiner neuesten Forschungen über die Temperaturverhältnisse in den höheren Luftschichten vorgelegt. Schon früher hatte Zeislerence auf Grund der vom Observatorium in Trappes vorgenommenen Höhenbestimmungen festgestellt, daß die Verminderung der Temperatur in den Höhen, die oft — 50 bis — 80 Grad Celsius erreichen, bei etwa 11 000 Meter aufhört. Von hier ab sind zwar noch kleine Schwankungen zu verzeichnen, aber der Durchschnitt der Temperatur bleibt stets derselbe. Der Forscher hat jetzt diese Höhenmessungen weiter durchgeführt und mit Messungen verglichen, die sowohl in den Tropen als innerhalb des Polarkreises vorgenommen waren. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Höhenmessungen sich in allen Zonen wiederfinden; dagegen wechselt sie in der Höhe. Sie liegt in der gemäßigten Zone am niedrigsten und erhöht sich — um 3—4000 Meter —, je näher man dem Äquator kommt. Aber selbst in den einzelnen Zonen wechselt die Höhe der Luftregion, in der die Temperaturverminderung aufhört, mit den meteorologischen Bedingungen; bei Paris z. B. senkt sie sich bei barometrischer Depression und starkem Wetter bis zu 8000 Meter, um bei Hochdruck wiederum bis zu 14—15 000 Meter aufzusteigen.

Radioaktivität und Alter der Gesteine. Der Engländer R. J. Strutt beschäftigt sich seit langem mit der Untersuchung der Mineralien auf die neuen Erscheinungen der Radioaktivität hin. Seine Messungen haben ergeben, daß die von ihm untersuchten Gesteine in Mittel in 100 Tannen etwa 14 Milliontel Gramm Radium enthalten. Das ist schon 2mal so viel wie nach Rutherford's Schätzungen anzurechnen würde, um die Wärme, die die Erde durch Leitung und Strahlung verliert, zu ersetzen. Neuerdings hat Strutt zahlreiche Analysen (Stoffzerlegungen) angeführt, die in den meisten untersuchten Mineralien die Anwesenheit von Helium ergaben. Die Menge des Heliums stand zu der Radioaktivität in gewisser Beziehung und führte zu der Überzeugung, daß das Helium — bekanntlich das Endprodukt radioaktiver Umwandlungen — eine bestimmte Beziehung zum Alter der Gesteine haben muß. Strutt prüfte zu dem Zweck Mineralien, die sehr große Altersunterschiede hatten. Als die geeigneten Objekte dazu erwiesen sich die Phosphatnieren und phosphorisierten Knochen, die vom Nilotan an abwärts in großer Mannigfaltigkeit der Schichten angetroffen werden. Die Feststellung des Verhältnisses des Heliums zum Uranoxyd ergab zwar nicht genau die Reihenfolge der Schichten ihrem Alter nach, zeigt aber dennoch eine sehr gute Übereinstimmung mit dem Alter. Der Grund dafür ist wahrscheinlich in dem Entweichen des Heliums aus den Gesteinen zu suchen. Diese Feststellungen geben die Möglichkeit, eine absolute Altersbestimmung der Gesteine auszuführen. Um die in den Mineralien gefundene Heliummenge anzukläufen, waren für die Phosphatnieren 225 000 Jahre nötig, für die des oberen Grünlandes 3 080 000 Jahre, für die des unteren Grünlandes 3 050 000 Jahre und für den Himalaja, der den karbonischen Kalkstein überlagert, 141 000 000 Jahre. Genau sind diese Zahlen natürlich nicht; sie geben aber wenigstens an, in welchen Größenordnungen man

wissen, wieviel die Arbeitszeit im Durchschnitt beträgt, sondern wir müssen erfahren, wie lang die wirkliche Arbeitszeit in den einzelnen Kreisläufen ist. Und da wird mir aus Frankfurt a. M. mitgeteilt, daß dort betragen hat

die Arbeitszeit in einer Woche:

Sonntags von 1 bis 9 Uhr nachmittags, Montags von 7 bis 1 Uhr vormittags, Dienstags von 1 Uhr nachts bis 9 Uhr vormittags, Mittwochs von 9 bis 11 vormittags und von 4 1/2 bis 11 nachmittags, Donnerstags von 8 bis 2 Uhr vormittags, Freitags von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 9 Uhr abends bis 1 Uhr nachts und Sonnabends von 1 Uhr nachts bis 12 Uhr mittags. Das sind zusammen 67 1/2 Stunden, und da muß ich doch sagen, daß diese Arbeitszeit im Vergleich zu den Anforderungen, die an die Beamten gestellt werden, viel zu lang ist. Uebrigens scheint in Frankfurt a. M. ein außerordentlich gestrenger Herr das Regiment zu führen. Es hagelt Geldstrafen, und es besteht dort folgende wenig appetitliche Einrichtung: Alle Beamten und Beamtinnen müssen, wenn sie den Dienst für kurze Zeit verlassen wollen, dies dem Aufsichtsbearbeiter unter Angabe des Grundes mitteilen. (Weiterleitet.) Wo Damen beschäftigt sind, sollte man doch derartig neugierige Fragen nicht stellen. (Sehr richtig!) Ferner wird aus Frankfurt a. M. Klage geführt über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, über schlechte Ventilation, mangelhafte Beleuchtung usw. Von einer ganzen Reihe von Zentern sind mir Mitteilungen dahingehend zugegangen, daß die Arbeit, die während des Urlaubs nicht erledigt wird, in der anderen Zeit herausgeholt werden muß. Das nimmt doch dem Urlaub den Vorteil, den er für die Beamten haben soll. Entweder man steht auf dem Standpunkt, daß Urlaub zu gewähren ist, und dann darf das Arbeitspensum in der Urlaubszeit nicht erhöht werden, oder aber man darf sich nicht rühmen, durch den Urlaub eine große soziale Fürsorge bewiesen zu haben. (Sehr richtig! links.)

Rum

einige Wünsche der Unterbeamten:

Die Unterbeamten bitten dringend, daß das Institut der Post-Vertrauensärzte auch ihren Familien zugute kommt. Heute sind die Familien der Unterbeamten von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Der Wunsch der Unterbeamten könnte ohne große finanzielle Belastung des Poststats durchgeführt werden. Auf die Frage der Beförderung gehe ich nicht ein, sie wird uns bei Beratung der Besetzungsvorlage beschäftigen. Ich will nur sozial hervorheben, daß

die Tagelöhner der Postboten auf den Agenturen,

die

zwei Mark

betragen, zu niedrig sind. Man muß berücksichtigen, daß diese Postboten einen vollen Betrieb zu besorgen haben. Sie müssen Geld austragen, Einschreibebriefe bestellen und sogar Wechsel kassieren. Für diese Leistung ist ein Tagelohn von 2 M. ungenügend. (Sehr richtig! links.) Ebenso scheint mir durchaus notwendig, daß die Beamten, die an den Schaltern Marken verkaufen, höher besoldet werden. Darunter befinden sich Damen, die bereits zehn Jahre beschäftigt sind. Ich will bemerken, daß diese Damen auf Pension keinen Anspruch haben! Um so mehr wäre hier eine Erhöhung der Beförderung geboten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Gelegenheit will ich auch ein Wort für die auf den Postämtern beschäftigten

Scheuerfrauen

einlegen. Dieselben bekommen

für eine zehnstündige Arbeitszeit zwei Mark!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch kein Lohn, bei dem eine solche Frau auch nur einigermaßen instande ist, auszukommen, weder allein, noch mit Kindern, wenn es sich um eine verheiratete Frau, etwa eine Witwe, handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun noch zu einigen anderen Verhältnissen. In der Kommission und im Plenum ist zu wiederholten Malen die Rede von der

Portofreiheit der deutschen Landesfürsten

gewesen. Ich will im Augenblick keine Betrachtungen darüber anstellen, für wie nobel ich es halte, daß der Landesfürst dieses Privilegium in Anspruch nimmt trotz seines hohen Einkommens, zumal zu einer Zeit, wo das Volk vor neuem Belastet werden soll. Ich würde es für eine Anstands-pflicht ansehen, wenn die Landesfürsten hierauf verzichten. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ganz anders aber wird die Sache, wenn diese Herren dies persönliche Vorrecht

sich befindet, und stimmen mit den auf andere Weise geschätzten Zahlen verhältnismäßig recht gut überein.

Englische Schwindelgenies. In keinem Lande der Welt finden die schlaun Schwindler, die mit einiger Vorsicht zu Werke gehen und nicht unbedingt sind, ein bequemeres Auskommen und ein günstigeres Arbeitsfeld als in England. Die englische Wochenschrift „Truth“ erzählt eine Reihe von interessanten Beispielen, die zeigen, wie leicht es in England möglich ist, durch Schwindelarbeiten sich ein relativ sicheres Einkommen zu schaffen. Am günstigsten liegen die Dinge, wenn der Schwindler einen religiösen Titel führt; er gründet dann irgend ein Versorgungshaus für ausgelegte Kinder, arme Rekonvaleszenten, chinesische und afrikanische Christen und wendet sich an die öffentliche Mildtätigkeit. Einige Weisen werden wirklich aufgenommen, einige Unterstüzungen in der Tat ausbezahlt, aber der Löwenanteil der Einnahmen wird als „Unterstützung“ verwandt, die die Begründer sich selbst zudividieren. Vor Jahren gab es in London eine „Gesellschaft für die armen betrierten, hungerigen Kagen“; sie nahm im Jahre durchschnittlich 60 000 M. ein. Erst vier Jahre später stellte sich heraus, daß die mildtätige Gesellschaft den armen betrierten Kagen nichts anderes gab als eine Chloroformpille, die sie möglichst rasch ins Jenseits beförderte. Daneben erzielen Wunderärzte ausgezeichnete — Finanzserfolge. So gab es lange einen, der durch „Gedankenwellen“ kurierte, man bezahlte monatlich ein Pfund Sterling und dafür sah der Arzt zu Hause und dachte angestrengt an die armen Kranken. Ein anderer verschandte seine Heilmittel völlig kostenfrei und umsonst und forderte nur für den Fall der völligen Heilung Honorar. Dann aber „gedierte“ er seine Förderer an einen juristischen Komplizen, der dem Klienten mit Klage drohte; im Ruhe zu haben und die Scherereien eines Prozesses zu vermeiden, pflagten die meisten ruhig zu bezahlen. Eine andere Dame lebte jahrelang davon, junge Witwen aufzufuchen und durchzubilden zu lassen, daß sie mit dem soeben verstorbenen Gatten in nahen Beziehungen gestanden; das Ende war immer Unterstützung und Schweigegehalt, um einen Skandal zu vermeiden.

Humor und Satire.

Humor des Auslandes.

„Ich habe Sie nicht auf dem Kongreß der Mütter bemerkt.“ — „Kein“ entgegnete die Angeredete, „ich bin keine theoretische Mutter, wissen Sie. Ich habe sechs Kinder.“ (Philadelphia Ledger.)

Eliza: „Sagst Du nicht, Sam verdienet viel Geld mit seiner Stimme?“ — Cloc: „Zawohl, an der Oper.“ — Eliza: „An der Oper?“ — Cloc: „Ja, er ruft die Equipagen!“ (Peters Staatsman.)

Gerard: „Mein Hund weiß ebenso viel wie ich.“ — Geraldine: „Wie bescheiden Sie sind! Die meisten Menschen renommieren mit ihren Hunden.“ (Pis me up.)

Kleines feuilleton.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania hielt am Mittwoch der Direktor des meteorologischen Observatoriums zu Batavia (Java), Herr Dr. v. Bennemann, einen ganz schätzenswerten Vortrag, der die gewaltigen Erdbewegungen und Umwälzungen durch den im Sommer des Jahres 1883 erfolgten grandiosen Ausbruch des Vulkan Krakatau auf der gleichnamigen Insel in der Sundafraße zum Gegenstand hatte. Der Vortrag, dessen besten Teil zweifellos die reichlichen Projektionsbilder bildeten, führte in einer Reihe von Photographien und schematischen Darstellungen aus der Zeit vor und nach der Eruption die kolossale Ausdehnung und Gewalt jener Katastrophe vor Augen, die zu den furchtbarsten gehört, die wir aus der Geschichte der Erde kennen. Ganze Inseln hatten sich in der Umgebung neu gebildet, andere waren im Meergrund verschwunden. Auch der größere Teil der Insel Krakatau selbst war versunken und an seine Stelle Meerestiefen von mehreren hundert Metern getreten. Die Photographien vor der Katastrophe im Jahre 1883 und unmittelbar danach verdanken wir dem holländischen Forscher Verbeek, dessen Darstellungen dem Vortrag zugrunde lagen. Dazu projizierte der Referent eine ganze Reihe eigener Photographien, die den letzten Jahren (1906—1907) entstammten. Die deutsche Sprache wird demnächst, der ebenfalls holländische ist, im Laufe der Zeit wohl geläufiger werden. Man wird ihm also gern einige sprachliche Unbedenken zugute halten.

Die Lebensdauer der Tiere. Eine vergleichende Betrachtung der Lebensdauer der verschiedenen Tiere führt zu manchen unerwarteten Resultaten. Regenwürmer erreichen, wie „Prometheus“ einem Vortrage des Professors Korschel entnehmen, das für diese Tiergattung bemerkenswert hohe Alter von etwa zehn Jahren; in Marburger Zoologischen Institut wurde einer neun Jahre und elf Monate lang in der Gefangenenschaft beobachtet. Noch erstaunlicher ist das Alter verschiedener Moluskenarten. Die Tridacna soll 60 bis 100 Jahre, die Ruppertmuschel 50 bis 60 Jahre alt werden. Unter den Insekten sind die Weibchen einiger Ameisenarten die langlebtesten, da sie es bis auf fünfzehn Jahre bringen, während die Königinnen der Wienen und der Termiten nur fünf Jahre alt werden. Ein recht hohes Alter erreichen auch einige Arten von Coleopteren, wie beispielsweise die Seerosen, die im Aquarium zu Neapel bis 24 Jahre lang und im botanischen Garten zu Edinburgh sogar 67 Jahre lang beobachtet worden sind. Von den Säugetieren erreicht wohl der Elefant das höchste Alter von 150 bis 200 Jahren, unter den Vögeln werden Raben und Steinadler 100, Geier 118, Falken 164 Jahre alt, und Papageien sollen noch älter werden. Ein Laubfrosch lebte 10 1/2 Jahre, ein Alpensalamander 15 Jahre in der Gefangenenschaft. Die Kröten sollen bis zu 40 Jahre alt werden. Das höchste Alter dürften aber wohl die Schildkröten erreichen, von denen eine Testudo Daudini, deren Alter auf 300 Jahre geschätzt wird, über 150 Jahre in der Gefangenenschaft lebte.

für ihren geschäftlichen Verkehr auszuüben. Wie kommt der Landwirt dazu, für diejenige Person, der er bestimmte Geschäfte zu tun verpackt hat, die in seinem Interesse verpackt werden, von dem Privilegium der Postfreiheit Gebrauch zu machen? Wenn derartige Fälle von anderen als von Fürsten einem bürgerlichen Landwirt zur Beurteilung vorliegen, so würde dies wohl einen Anstoß anregen, der den betreffenden Fürsten nicht angenehm wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wiederholt haben wir hier darüber gesprochen, und der Herr Staatssekretär hat die peinliche Empörung über diese Ausübung der fürstlichen Postfreiheit im privaten geschäftlichen Interesse zum Ausdruck gebracht. Nach meiner Erinnerung hat er um Mitteilung von bestimmten Fällen gebeten, um ihnen nachgehen zu können. Wenn der Geldverkehrsbesitzer bei den deutschen Fürsten so ausgebildet ist, daß sie auch hier ein für sich herauszuschlagen möchten, so wäre es mir immer noch das Beste, der Staatssekretär verstände, zu einer Abklärung für die Zukunft zu kommen, damit die Postfreiheit ein für allemal beseitigt wird. Die Zustände, welche jetzt herrschen, schädigen nicht nur die Verwaltung, sondern müssen auch in der Bevölkerung ein lebhaftes Gefühl des Unrechts gegen die Fürsten hervorrufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen einige Fälle über die Ausübung dieser den Fürsten persönlich zustehenden Postfreiheit erzählen. In einer thüringischen Residenz hat eine Dame ein Modewarengeschäft. Dort tritt ein Hofmarschall ein, um einige Stoffe zu kaufen. Da sie in genügender Nähe nicht vorhanden sind, wird verabschiedet, die Dame solle einige Proben kommen lassen. Hierzu wurde ein Brief abgestempelt, Telegrammformulare mit dem Stempel des Hofmarschallamts überliefert, damit sie gebührenfrei an eine Anzahl von Fabriken telegraphieren könne. Die Heranschaffung von Stoffen an ein Geschäft, aus dem das Hofmarschallamt wieder kaufen will, ist also eine

#### „herzogliche Angelegenheit“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gehört wirklich ein hoher Grad von Interpretationskunst dazu, die Postfreiheit so auszuüben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter: Die Meierei des Großherzogs von Oldenburg liefert täglich unzählige Butterpakete, die auch portofrei befördert werden. Die Einladungen, welche die Jagdpächter des Großherzogs an ihre Freunde erlassen, werden ebenfalls als

#### „großherzogliche Angelegenheiten“

portofrei befördert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter: Auch das abgestempelte Bild wird unter dem Stempel „großherzogliche Angelegenheit“ portofrei verschickt. Die großherzoglichen Vöde kommen also portofrei an die Kaufleute, welche sie kaufen wollen. Ganz abgesehen von der Tatsache an sich, wird auch die Postverwaltung ganz erheblich geschädigt. Jeder andere würde diese Vöde doch mit der Bahn versenden. Da die Post den Versand gebührenfrei übernimmt, so werden die großherzoglichen Vöde mit der Post versandt. Dabei würde ein Stück Bild von 50 Kilo ein Porto von 9,95 M. erfordern! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr niedlich ist auch folgende Sache: Wiederholt haben wir uns hier über die Hofkammer unterhalten. Kurz vor der Einweihung tauchte die Kadriest auf, daß die alten Gemälde der Burg sich gefunden hätten und es hätte sich dabei herausgestellt, daß der Vorsteher gar nicht den alten Zustand wieder hergestellt habe. Das geht und ja weiter nichts an. Aber Herr Bodo Ebbart fühlte sich in seinem Künstlerstolz beleidigt und veranlaßte an die Zeitungen Berichtigungen. Und diese Berichtigungen sind an verschiedene Zeitungen portofrei als

#### „kaiserliche Angelegenheit“

gegangen! (Lebhaftes Hört! hört!) Man könnte diese Vöde noch unzählige vermehren. Mir scheint in der Tat, daß dieser Unfug derartigen Umfang angenommen hat, daß der Staatssekretär die Pflicht hat, damit aufzuräumen. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Soviel Einfluß sollte er doch auf den Reichskanzler haben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nun noch mit einer weiteren Mitteilung etwas Wasser in den Wein des Kollegen Dröschler gießen. Der Reichstag hat im vorigen Jahre eine Resolution gefaßt, welche verlangte, daß für die Annahme von Paketen die Schalterstunden am Sonnabend um 6 Uhr geschlossen werden sollen. Ich verweise bis jetzt jede Neuierung des Staatssekretärs darüber und möchte ihn bitten, wenigstens heute eine Mitteilung zu machen, ob und inwieweit Vorkehrungen getroffen sind, um diesen Wunsch des Reichstages zu erfüllen.

Noch eine andere Tatsache will ich mitteilen, welche die „soziale Fürsorge“ der Postverwaltung in einem eigentümlichen Lichte zeigt. In Posen werden

#### „schulspflichtige Kinder in der Paketannahme beschäftigt!“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Oberpostdirektion und dem Polizeipräsidium ist darüber Beschwerde erhoben worden. Die Oberpostdirektion hat erklärt, die Sache untersuchen zu wollen. Das Posener Polizeipräsidium gibt die Tatsache zu, bestreitet aber, daß ein Verstoß gegen das Kinderschutzgesetz vorliege. Also die Tatsache bleibt bestehen, daß auf einem kaiserlichen Postamt schulspflichtige Knaben mit der Annahme von Paketen beschäftigt werden. Der Verkehr leidet naturgemäß darunter, die Annahme der Pakete geht langsamer vonstatten, da die Kinder selbstredend nicht die Gewandtheit eingearbeiteter Kräfte besitzen.

Die beschäftigten Knaben sind übrigens die Kinder von Postbeamten!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Entweder zeigt das, daß die betreffenden Beamten völlig unzureichende Gehälter beziehen, so daß die Kinder mitterdienen müssen, oder aber das sozialpolitische Unverständnis der Posener Postverwaltung ist so groß, daß sie, um recht billige Arbeitskräfte zu haben, zur Kinderarbeit greift. Gegen diesen Mißbrauch sollten alle ernsthaften Sozialpolitiker ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit energisch protestieren. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### „Die oft gerügte Einflußnahme der Postverwaltung auf die politische Betätigung der Postbeamten“

dauert noch immer fort. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der Wichtigkeit des Hauses will ich nicht alle im letzten Jahre vorgekommenen Einzelfälle hier aufzählen. Ich verweise auch gar nicht daran, daß der Staatssekretär auf diese Beschwerden wieder mit den höchsten Funktionen der Ueberzeugung erklären wird: „Ich habe keine Sozialdemokraten“. Demgegenüber sei mir aller Kürze, aber auch mit aller Entschiedenheit betont, daß die Postverwaltung sich um die außerdienstliche Betätigung ihrer Beamten absolut nicht zu bekümmern hat. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Staatssekretär, ob er den Postbeamten das Recht zubilligt, der gemeinsamen Stimmabgabe der Beamten nachzuspielen? (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einer solchen Nachspielerei hat sich z. B. die Oberpostdirektion in Kiel schuldig gemacht. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als bei der Kieler Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratische Partei über die bürgerlichen Parteien siegte, plünderte die dortige Postdirektion aus, wie die Beamten gestimmt haben! (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem Hause gelang es auch, die Stimmabgabe eines Beamten festzustellen. Dies Vernehmen der Wahlbehörde ist frivol und unverschämlich. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer sich so benimmt, ist unwürdig des Amtes eines Vorgesetzten. (Erneute stürmische Zustimmung.) Er lerne lieber zwar, die Rechte und Bürgerrechte anderer respektieren. (Erneute Zustimmung.)

Das Postabkommen mit Amerika findet auch unsere Anerkennung. Wir freuen uns über die darin vorgesehene Postüberbilligung und wünschen nur, daß der Staatssekretär auf diesem Wege fortfahren möge, und zwar nicht nur gegenüber dem Ausland, sondern auch gegenüber dem Inlande, dem gegenüber der Staatssekretär bisher nicht gerade Verbilligungstüchtig gezeigt hat. (Sehr richtig! links.) Ich ermunere nur an

#### „die Erhöhung des Ortspostzins“

(Staatssekretär Kraetke winkt ab.) Sie haben gar keinen Grund abzuweichen, denn es ist alles eingetreten, was wir seinerzeit vorausgesehen haben. Auch beim

#### „Scheckverkehr“

haben sich die Befürchtungen, die ich über einzelne seiner Bestimmungen vorausgesehen habe, bewahrheitet. Ich kenne eine ganze Reihe von Leuten, die den Versuch machen wollten, sich dem Scheckverkehr anzuschließen, die aber davon Abstand nahmen, weil sie jede einzelne Auszahlung mit einer besonderen Gebühr von 5 Pfennig bezahlen mußten. Da sind sie lieber bei den Postanweisungen geblieben. Der Staatssekretär wird solange mit dem Scheckverkehr keine Geschäfte machen, als er sich nicht zur Einführung einer mäßigen Verzinsung der auf der Post liegenden Gelder entschließt. Heute ist der Scheckverkehr der Post ein reiner Ueberweilungsverkehr, der dem Staate nichts nützt. Der Staatssekretär wolle mit dem Postverkehr die Betriebsmittel verstärken. Das kann er doch aber nur, wenn die Gelder auf der Post bleiben. Heute aber hat jeder ein Interesse daran, den über 100 M. hinausgehenden Betrag schleunigst seiner Bank zu überweisen, wo das Geld verzinst wird.

Kun

#### „zur Telephonreform“

Da kann ich nur sagen, daß in ihr nicht der Geist zum Ausdruck kommt, der einem Verkehrsministerium wie es die Post ist, entspricht. Der Staatssekretär macht es sich leicht. Er sagt: ich habe ein Monopol und ich bestimme die Preise, wie ich will. Das ist aber nicht der Standpunkt eines weislichen Verkehrsministers. (Sehr richtig! links.) Ein Verkehrsminister muß immer darauf sehen, daß das ihm unterstellte Institut auch wirklich dem Verkehr nützt. (Sehr richtig! links.) Die Telephonvorlage aber enthält den echt bürokratischen Geist von der ersten bis zur letzten Zeile, den wir beim Staat schon so oft kennen gelernt haben. (Sehr richtig! links.) Das ist nicht der Geist, der die Hebung des Verkehrs sich zur höchsten Aufgabe gemacht hat. Ich will von vornherein seinen Zweifel darüber lassen, daß auch wir im Telephon ein wesentliches Kulturmittel sehen, das zur Förderung des Verkehrs beiträgt und das nicht nur den großen Städten, sondern auch dem platten Lande zugute kommen muß. Das platte Land hat ein volles Recht darauf, daß es an den Segnungen des Telephons teilnehmen kann. Aber das darf nicht auf Kosten der Großstädte geschehen, sondern nur auf Kosten der Allgemeinheit. (Sehr richtig! links.) Wenn zur Befriedigung dieses Bedürfnisses auf dem platten Lande Reichszuschüsse notwendig wären, so würden wir die ersten sein, die die Mittel dafür bewilligen würden, vorausgesetzt, daß die Quellen diejenigen sind, die wir billigen. Alles, was uns unter der Bezeichnung „Reform“ in den letzten Jahren von der Postverwaltung geboten wurde, war eine Vertierung des Verkehrs. (Sehr richtig! links.) Das ist auch bei der Telephonvorlage der Fall. Ein weiteres charakteristisches Beispiel der Zeitgeist liegt darin, daß wir keine Vorlage mehr bekommen, die nicht einseitig den Agrariern Nutzen zuschönt. Man kann sich das nur daraus erklären, daß die Reichsregierung unrettbar der Fälligkeit der Agrarier verfallen ist. (Sehr richtig! links.)

(Auch diese Vorlage bringt eine ganz besondere Verzinsung für das platte Land. Deshalb war ja auch der Abgeordnete Dröschler mit ihr vollständig einverstanden, denn ihm ist es gleichgültig, ob Handel und Industrie geschädigt werden. (Widerpruch rechts.) Wir sind der Meinung, daß die Wirkung der Telephonvorlage eine außerordentlich schädliche für die weite Zweige unseres Wirtschaftslebens sein wird, und die Hoffnungen des Staatssekretärs werden sich als außerordentlich trügerisch erweisen. Der jetzige Zustand ist bekanntlich der, daß entweder eine Pauschalgebühr oder eine Einzelgebühr für das Gespräch bezahlt wird. Wir haben in Deutschland 288 493 Anschlüsse gegen Pauschalgebühr und 204 723 Anschlüsse gegen Einzelgebühr. Bei der Pauschalgebühr fiel auf jeden Anschluss an Werktagen die allgemeine Durchschnittszahl von 9,25 Gesprächen. In Hamburg beträgt diese Zahl 17,50 und in Berlin 15,2. Bei der Einzelgesprächsgebühr betragen diese Zahlen in Hamburg 2,03 und in Berlin 1,96. Bei der Pauschalgebühr kostete jedes Gespräch durchschnittlich 4,5 Pf., bei der Einzelgesprächsgebühr 7,3 Pf. Bei täglich 16 Gesprächen würden in Berlin, wenn die Telephonvorlage Geleht wird, statt 180 M. Pauschalgebühr im Jahre 208 M. gezahlt werden. (Hört! hört! links.) Bei täglich 40 Gesprächen erhöht sich diese Zahl auf 600 M., und bei täglich 100 Gesprächen auf 1200 M. (Hört! hört! links.) Eine andere Rechnung ergibt, daß bei täglich 15 Gesprächen in Zukunft 280 M. zu zahlen wären, also 100 M. mehr als jetzt. (Hört! hört! links.) Ganz außerordentlich stark belastet wird durch die Telephonvorlage der Industriebetrieb des Westens. Im Stadt- und Landkreis Dortmund wurden 1906 8 748 000 Gespräche geführt, in Duisburg 6 Millionen, in Elberfeld 9 Millionen und in Essen 13 Millionen. Man kann sich denken, welche enorme Summen heranschlagen werden, wenn die Telephonvorlage in der jetzigen Form Geleht wird. Einzig und allein den Agrariern werden Vorteile eingeräumt. Dabei vergesse man doch nicht, daß die Anlagelosten auf dem Lande erheblich teurer sind als in der Stadt, wo fast in jedem Hause mehrere Anschlüsse sind. Wirte und Händlerviertel werden die Mehrkosten einfach auf die Kunden abwälzen, und eine Vertierung wichtiger Konsumartikel wird auch hier die Folge dieser Reform sein. (Sehr richtig! links.) Es muß auch hervorgehoben werden, daß kostspielige Reueinrichtungen notwendig waren, so vor allem die Zählapparate. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob diese Apparate so funktionieren werden, daß für eine richtige Wadung der geführten Gespräche garantiert ist. Es werden häufig genug Schwierigkeiten entstehen, wenn die Apparate nicht funktionieren, und Streitigkeiten zwischen den Teilnehmern und der Post werden an der Tagesordnung sein. Für die Kontrolle dieser Gespräche werden wiederum Beamte notwendig sein, so daß der Beamtenapparat sich nicht verringern, sondern vermehren wird. Auch das wird erhebliche Kosten verursachen. Andererseits stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß es unbillig wäre, zu verlangen, daß diejenigen, die in einem außerordentlich hohen Maße vom Telephon Gebrauch machen, auch nur so viel zu zahlen brauchen als die anderen, die das Telephon nur wenig benutzen. Aber wir können nicht zugeben, daß der Umstand, daß ein Teilnehmer an das Fernsprechnetz Berlin angeschlossen ist, ein Grund ist, die Gebühr für ihn zu erhöhen. Denn wenn auch dieser Teilnehmer an ein Gespräch mit von hunderttausend Teilnehmern angeschlossen ist, wird er immer nur mit den Leuten sprechen, mit denen er geschäftlich zu tun hat. Es nützt ihm gar nichts, wenn er — abgesehen von diesen hundert Leuten — auch noch mit 99 000 anderen sprechen kann. (Sehr richtig! links.) Es muß hier ein anderer Weg der Befriedigung gefunden werden. Vielleicht könnte man die Lösung in der Weise herbeiführen, daß man die Gebühr für das Einzelgespräch herabsetzt, wenn die Zahl der überhaupt geführten Gespräche eine gewisse Höhe überschreitet. Das ist ein Gedanke, den man vielleicht ausbauen kann. Für gangbarer halten wir den Weg der Erhebung eines Zuschlages auf der Pauschalgebühr, wenn eine gewisse Zahl von Gesprächen, sagen wir 6000 im Jahr, überschritten wird. Wenn man in der Kommission mit dem ersten Willen an die Arbeit geht, Handel und Industrie nicht zu schädigen und den Verkehr nicht zu unterbinden, dann wird schon etwas Brauchbares herauskommen. Dann wird auch das platte Land das bekommen, was ihm gebührt. Aber die Befriedigung der Wünsche des platten Landes darf nicht auf Kosten der Großstädte erfolgen. (Sehr richtig! links.) Hoffentlich erhält die Vorlage in der Kommission eine Gestalt, die einer wirklichen Reform entspricht. Wir halten es schließlich auch nicht für richtig, daß man z. B. Stetpliz, das doch wirklich zur wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlins gehört, nicht die Segnungen des Wortverkehrs zukommen lassen will. Auch nach dieser Richtung bedarf die Vorlage einer genaueren Prüfung. Der Staatssekretär hat hervorgehoben, die Vorlage habe ja nicht gemacht, sondern er habe eine Konferenz von Interessenten angeordnet. Er würde selbst zugeben, daß die Vertreter von Handel und Industrie sich einmütig gegen die Vorlage gewandt haben. Die einzige Aenderung, die übrigens die ursprüngliche Vorlage durch diese Konferenz erhalten hat, ist die Herabsetzung der Gebühr für das Einzelgespräch von 5 auf 4 Pf. Dafür hat sich

Handel, Industrie und Landwirtschaft einmütig ausgesprochen. Als aber Differenzen entstanden, hat sich der Staatssekretär immer den Wünschen der Agrarier gefügt. Er hat sich in dieser Beziehung getreu nach den Wünschen des Reichskanzlers gerichtet. Vielleicht hat auch er den Ehrgeiz, daß auf seinem Grabstein eins stehen soll: Hier liegt ein agrarischer Staatssekretär für das Reichspostamt begraben. (Heiterkeit und sehr gut! links.) So wie die Vorlage jetzt ist, ist sie nicht zu gebrauchen. Ob sie in der Kommission gebrauchsfähig wird, hängt davon ab, inwieweit Regierung und Parteien Verständnis für die Bedürfnisse von Handel und Verkehr zeigen werden. Wir werden es an unserer Pflicht nicht fehlen lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### „Staatssekretär Kraetke“

Es ist erfreulich, daß auch der Vordrucker eine Erhöhung der Gebühren für die desirierter hat, die das Telephon stark benutzen. Auf das entscheidende muß ich aber bestehen, daß es sich um eine Preisbegabe für das platte Land handelt. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Es ist durchaus nicht zu befürchten, daß die Telephonvertierung zur Vertierung der Waren führen wird. In Amerika ist das Telephonieren viel teurer. — Ich als Chef der Postverwaltung freue mich darüber, daß recht viel telephoniert wird und recht viele Briefe geschrieben werden, das ist sozusagen mein Geschäft (Große Heiterkeit); aber es muß auch anständig dafür bezahlt werden. (Erneute Heiterkeit; Beifall rechts.) Ich soll immer mehr Beamte anstellen und sie immer besser bezahlen; woher soll ich denn das Geld nehmen, wenn das Telephon nicht mehr einbringen darf? (Lebhafter Beifall rechts.) In der ihm eigenen lebhaften Weise hat der Herr Vordrucker von Eingriffen der Postverwaltung über das außerdienstliche Verhalten der Beamten gesprochen. Der Fall in Kiel liegt aber ganz anders. Die Oberpostdirektion hat sich nur danach erkundigt, ob die Postbeamten, die zum Zweck der Wahlbeteiligung Urlaub erhalten hatten, von ihrem Wahlfrecht auch Gebrauch gemacht haben. — Die Postfreiheit der regierenden Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen beruht auf Reichsgesetz. Der Vordrucker sollte doch vor dem Gesetz mehr Achtung haben. Es handelt sich bei der Postfreiheit der Fürsten nicht um materielle Vorteile, sondern um ideale Rechte. (Auch Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Den Zeitungsnachrichten über angeblichen Mißbrauch der Postfreiheit habe ich nachgelesen und sie in keinem Falle bestätigt gefunden. (Hört! hört! rechts.) Eine großherzogliche Meierei soll Butterpakete portofrei versenden. Eine großherzogliche Meierei existiert gar nicht in Oldenburg. Es existiert eine genossenschaftliche Meierei, der der Großherzog angehört, aber diese genießt keine Postfreiheit, sondern bezahlt das Porto für ihre Butterpakete. Auch in allen anderen Fällen, denen nachgegangen wurde, hat sich die Unrichtigkeit der Zeitungsmeldungen herausgestellt.

Der Vordrucker erwählte weiter, daß auf dem Postamt in Posen Schulmeister beschäftigt sind; mir ist davon nichts bekannt. Ferner fragte Herr Singer über zu viel Aufsichtsbearbeiter; er meinte, jeder fünfte Beamte sei ein Aufsichtsbearbeiter. In Wirklichkeit kommt auf etwa 25 Beamte ein Aufsichtsbearbeiter. Herrn Dröschler möchte ich zum Schluß noch erwidern, daß ich dem Wunsche auf Verrückung der Schalterstunden am Sonntag nicht Rechnung tragen kann; denn es gibt viele Leute, namentlich Arbeiter, die am Wochentag nicht Zeit haben, ihre Postsendungen zu erledigen.

Abg. Des-Heidelberg (natl.): In sozialpolitischer Beziehung steht die Postverwaltung durchaus auf der Höhe. Rechts hat man der Postverwaltung geraten, ihren Betrieb etwas moderner einzurichten, mehr Schreibmaschinen, mehr Automaten, mehr weibliche Hilfskräfte anzuwenden. Alle diese Vorschläge sind beachtenswert, aber ihre Tragweite muß sehr genau erwogen werden. (Sehr richtig! bei den Natl.) Der Redner tritt für Verbilligung der Sendungen an Kinder ein. Das etwaige finanzielle Risiko würde weitgemacht werden durch das ideale Plus. (Lebhaftes Bravo! links.) Bezüglich der neuen Gebührenordnung für Ferngespräche muß ich die Postverwaltung in Schutz nehmen; sie hat Interessenten aus allen Kreisen gehört. Die Vorlage geht auch nicht von der Tendenz aus, der Verwaltung größere Einnahmen zu verschaffen, sondern die Selbstkosten zu decken. Wenn man bei dieser Vorlage wieder von einer Vertierung vor den Agrariern spricht, so möchte ich doch fragen, wohnen denn auf dem platten Lande und in den kleinen Städten nur Agrarier? Bei der gegenwärtigen Regelung ist zweifellos das platte Land benachteiligt. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts und bei den National-liberalen.) Ob freilich die Vorschläge der Regierung das Richtige treffen, wird in der Kommission sorgfältig zu prüfen sein.

Abg. Dr. Doormann (fr. Sp.): Die Vorwürfe, welche gegen die neue Gebührenordnung erhoben sind, kann ich und der größte Teil meiner Freunde nicht für berechtigt halten. Agrarisch ist die Vorlage nicht; gleichmäßig sind plattes Land und agrarisch nicht identische Begriffe. Wir können allerdings nicht verkennen, daß die vorgeschlagene Progression eine sehr starke ist und in einzelnen Fällen zu starker Vertierung des Fernsprechens führen kann.

Abg. Schmidt-Altenburg (Sp.): Auch meine Freunde erkennen die Grundzüge der Vorlage der neuen Gebührenordnung als berechtigt an. Die man die Vorlage als agrarisch hat bezeichnen können, verstehe ich nicht. (Sehr richtig! rechts.) In den Anfängen des Telephonwesens mußte man naturgemäß das Hauptgewicht auf eine Pauschalgebühr zur Deckung der Anlagelosten legen, bei der gegenwärtigen Entwicklung aber ist es gerechtfertigt, das Prinzip der Bezahlung der einzelnen Gespräche stärker in den Vordergrund zu stellen; davon wird gerade der kleine Mann, der Handwerker und kleine Geschäftsmann, Vorteil haben. (Sehr richtig! rechts), während allerdings die mehr zu zahlen haben werden, die sehr viel sprechen. Aber das ist nur billig, denn deren Beitrag deckt bisher nicht die durch sie verursachten Kosten. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr. Schluß 9<sup>15</sup> Uhr.

## „Abgeordnetenhaus.“

45. Sitzung vom Donnerstag, den 4. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Nolffe.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Polizeidistriktskommisars in Posen“.

Abg. v. Gohler (konf.) wünscht Erhöhung der Dienstauswandsentschädigungen für diese Beamten.

Minister v. Nolffe erwidert, daß die Ermittlungen zur Prüfung dieser Frage noch nicht zum Abschluß gekommen wären.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Landgendarmarie“ tritt

Abg. Schulze-Pellum (konf.) für die Verrückung der Gendarmen ein.

Abg. Wamhoff (natl.) betont die Notwendigkeit, der Gendarmarie Polizeihunde zur Verfügung zu stellen.

Ein Regierungskommissar sagt Erwägung dieses Wunsches zu.

Zum Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei“ beantragen die Abgg. W o r g a n n (Soz.) und Genossen, den Titel

„Gemeine Ausgaben im Interesse der Polizei, 300 000 M. zu freieren.“

#### „Abg. Ströbel (Soz.)“

Die in diesem Titel vorgesehene Ausgabe dient nicht der Ermittlung von Verbrechern, sondern politischen Zwecken. In den 60er Jahren waren es auch sogar Nationalliberale, welche gegen diese Ausgabe wandten. Sie führten aus, daß die Regierung eines solchen Fonds nicht bedürfe, daß aber die Regierung, welche eines solchen Fonds bedürfe, nicht wert sei, zu existieren. Ich weiß nicht, ob das auch heute noch der Standpunkt der Nationalliberalen ist. Die Abstimmung wird es ja beweisen. Die Vorgänger des jetzigen Reichstages handelten selbstverständlich ebenfalls auf diesem Standpunkt. Baldeck erklärte diesen Fonds für unmoralisch und beschränkt, daß er einen wesentlichen Vorteil für den Staat bedeute. Auch Eugen Richter forderte die Strei-

Hung dieses Fonds, der damals erst 100 000 M. betrug. Vom Zentrum erklärte sich Reichensperger 1888 für diesen Fonds. Im Kulturkampf und veränderte sich die Haltung des Zentrums. (Hört! hört! bei den Soz.) Am 28. Januar 1874 erklärte Windthorst emphatisch, daß das Zentrum jeden Großen ablehne, für den die Regierung eine Rechenschaft zu geben nicht in der Lage sei. Die Regierung erklärte früher, daß der Fonds nötig sei zur Bekämpfung und Überwachung der Anarchisten. Diese Überwachung ist wirklich überflüssig. Bei uns in Deutschland gibt es gar keine Anarchisten im Sinne der Rechts- und der Regierung. Wir haben keine Gewaltanordnungen, höchstens einige Uebelthäter, die eine durchaus harmlose Erscheinung sind. Wenn man sie trotzdem beobachtet und bestraft, so gibt man ihnen nur ein Relief nach außen, eine Bedeutung, die sie nicht haben. Es scheint freilich, als ob man die Anarchisten künstlich großspinneln will, um sie gegen die Sozialdemokraten auszunutzen. Ebenso wenig braucht der ausländische Anarchismus überwacht zu werden, denn man in den letzten Jahren gar nichts mehr gehört hat. Man müßte denn an Rußland denken, wo aber der sogenannte Anarchismus einfach die selbstverständliche Begleiterscheinung der russischen Zustände ist. Diese Überwachung führt höchstens zu dem Unwesen der agents provocateurs. Ich erinnere an den

**Spiegel-Geldver in der Schweiz,**  
von dem nachgemessen wurde, daß er

von Berlin aus monatlich 200 bis 250 Mark erhielt! Bei ihm wurde Dynamit gefunden! Er hegte die Arbeiter durch Reden auf und empfahl ihnen als einziges Mittel der Rettung die Propaganda der Tat! Es ist auch bewiesen worden, daß dieser Spiegel die anarchistische „Freiheit“ bezahlte. (Hört! hört! bei den Soz.) Es ist klar, daß diese Polizeispiegel die allerbedenklichsten Elemente sind, die leicht dazu kommen, etwas in Szene zu setzen, wo nichts vorhanden ist, um sich die politische Subvention auf die Dauer zu sichern, und die vor dem strupellosesten Vorgehen nicht zurückweichen. Das hat ja auch

der Defert-Likow-Prozess im Jahre 1896 zur Genüge bewiesen. Damals sah sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr Raschall v. Dieberstein, vor den Klagenhörsälen dieser Spiegel genötigt, in die Offenlichkeit zu flüchten. Er wurde von ihnen verdächtigt, gegen andere Beamten-Gruppen konspiriert zu haben, es wurde aber gerichtlich festgestellt, daß diese Behauptungen von den Polizeispiegeln aus den Fingern gezogen worden waren. (Hört! hört! bei den Soz.) Interessant war auch die Entlassung des

**Kernmann Schumann,**  
der nach Leipzig geschickt wurde, um die Bewegung der antisemitischen Partei zu überwachen. Sie sehen, auch gegen diese Partei hat man Spiegel gebraucht! In welcher unerhörten Weise die Mittel aus diesem Fonds benutzt wurden, beweist auch der im Reichstag vorgebrachte Fall des russischen Kaufmanns in Schöneberg, der einen Ausweisungsbefehl erhielt und dem dann als Bedingung der Zurücknahme dieses Befehls der Antrag gemacht wurde,

**daß er landesverräterische Dienste gegen sein Vaterland, Rußland, leisten solle!**

(Hört! hört! bei den Soz.) Dazu wurde ihm

**von der Polizei ein falscher Paß ausgestellt!**

(Hört! hört!) Für solche Fälschungen sollen wir 300 000 M. bewilligen! Wie ein Teil dieser Summe in unsere Parteikasse fließt, hat ja mein Freund Dirsch dargelegt. Ihm gegenüber hat der Herr Minister die Spitzelerei für notwendig, zur Überwachung der Sozialdemokratie erklärt, die nicht so harmlos sei, wie sie sich hinzustellen pflege. Die von ihm und Herrn Stroffer verlesenen Zitate beweisen aber nicht im geringsten, daß die Sozialdemokratie eine gewalttätige Revolution beabsichtigt, sie zeigen nur, daß wir mit nüchternem Blick die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland und Preußen verfolgen. Dafür, daß die Sozialdemokratie beabsichtigt, in friedlicher, organischer Weise die Zustände zu reformieren, legen die theoretischen Schriften unserer Partei auf jedem Blatte Zeugnis ab. Wenn auf der anderen Seite von uns betont wird, daß die Sozialdemokratie eventuell mit Konspiration rechnen muß, so stellen wir damit nur fest, daß es allerdings nicht den Anschein hat, als ob die herrschenden Klassen auf ihre Privilegien freiwillig verzichten würden. Sie können doch nicht verlangen, daß im Interesse der erregbaren Junker die ganze Weltgeschichte still steht. Sie können nicht verlangen, daß die Masse des Volkes sich einfach dem Widerstand der 20 000 Junker fügt, die allerdings eine große wirtschaftliche Macht besitzen, die mehr als ein Drittel des gesamten Bodens ihr eigen nennen und als deren Gefongene sich selbst die Krone betrachten. Wir bekämpfen sie mit friedlichen, geistigen Mitteln. (Lachen rechts.) Kommen Sie doch in unsere Versammlungen! Aber Sie gehen es vor, und die Säle abzutreiben, und mit Polizeischikanen zu bekämpfen, weil Sie elend Schiffsbruch erleben würden, wenn Sie sich auf erbliche Diszussionen mit uns einlassen würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Herr Minister wies auch auf

**unsere Straßendemonstrationen**

hin, die ein Abweichen von den gesetzlichen Wegen seien. Wir verlangen auch auf diesem Wege nur gleiches Recht mit den bestehenden Klassen. Ich erinnere an die Straßendemonstrationen im Januar und Februar 1906, wo sogar in einer nicht angemeldeten Versammlung eine Rede zum Fenster hinaus von Wilhelm II. gehalten wurde.

Präs. v. Reuber: Soweit es irgend nötig ist, will ich Ihnen gestatten, Seine Majestät den Kaiser und König zu erwähnen. Wenn Sie es aber tun wollen, dann bitte ich Sie, es in passender Form zu tun. Diese Form halte ich nur dann für gewahrt, wenn außer dem Namen des Kaisers auch seine Würde bezeichnet wird. (Bravol rechts.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Also die Sozialdemokratie verlangt nur, daß ihr das gleiche Recht gewährt wird wie den bestehenden Klassen. In dem Gebrauch dieses Rechtes auf Straßendemonstrationen wird sie sich durch alle Drohungen vom Ministerial, daß die Polizei die Waffen habe, um sie zu gebrauchen, nicht einschüchtern lassen. Waren doch diese Drohungen nur

**das Gäh der Fehreden im Zirkus Busch.**

(Sehr gut! bei den Soz.) Was die Unruhen bei den letzten Demonstrationen anbelangt, auf die der Minister hinwies, so betone ich, daß diese Demonstrationen spontan entstanden sind. Niemand hat daran gedacht, daß sich an diese Versammlungen der Arbeiter, deren Termin lange vorher anberaumt war, ehe der Tag des Einzugs des Königs von England bekannt war, Demonstrationen anschließen würden. Der Herr Minister verlangte, wir sollten den Nachweis führen, daß Polizeibeamte bei den Demonstrationen als agents provocateurs gewirkt hätten. Wir wollten den Nachweis vor Gericht führen, aber den Polizeibeamten wurde vom Polizeipräsidenten die Anklage verboten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Lebtigens hat ja der Abg. Dr. Seyda den allemöglichen Beweis erbracht, daß in der Tat Spitzelwesen von Polizeibeamten geübt worden sind. Wir werden das nächste Mal den Rat des Polizeipräsidenten an die Berliner Bevölkerung befolgen und werden

**die Polizeispiegel mit Mehl bestreuen,**

damit sie jeder erkennen kann. (Sehr gut bei den Soz.) Ich bitte Sie, aus politischem Anstandesgefühl und im Interesse der moralischen Sauberkeit sowie aus der einfachsten politischen Klugheit heraus endlich mit dem Polizeispitzelwesen zu brechen. (Bravol! bei den Soz.)

Abg. v. Krümm (konj.): Wie lehnen den Antrag ab. Da in der Kommission der Titel einstimmig angenommen wurde, nehme ich an, daß auch die Nationalversammlung und Freisinnigen gegen den Antrag stimmen werden. Redner zitiert des weiteren Äußerungen von Bebel, Liebknecht und Singer, um zu beweisen, daß die Sozialdemokratie die gewalttätige Revolution wolle. Bestreiten muß ich, daß es in Preußen noch irgend eine Klasse gibt, die besonders

Privilegien hat. (Lachen bei den Soz.) Wir werden es stets für unsere vornehmste Pflicht halten, den Staat gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen, und wenn es auch auf der Straße geschehen muß. (Bravol rechts.)

Abg. Stroffer (konj.): Es hat noch nie eine Partei gegeben, die so wenig mit geistigen Waffen gekämpft hat wie die Sozialdemokratie und die brutale Macht so in den Vordergrund gestellt hat. (Zuruf bei den Soz.: Die haben wir ja gar nicht!) Ich habe oft versucht, sachlich in Ihren Versammlungen zu diskutieren, aber man hat es mir durch Gehül und Niederstufen unmöglich gemacht. Einmal wurde sogar während meiner Rede das elektrische Licht ausgeschaltet. (Weiterleil.) Wollen Sie etwa auf der Straße mit geistigen Waffen kämpfen? (Sehr gut! rechts.) Die letzten Demonstrationen sollen spontan entstanden sein. Wie kam es denn, daß schon zwei Tage vorher die Absicht davon in der Zeitung stand? (Hört! hört! rechts. — Lachen bei den Soz.) Meinem Vortrag, daß es auch in Ihrer Partei Vorhänge gibt, haben Sie nicht zurückweisen können. Es gehört Ihre Stimm dazu, um die von uns vorgebrachten Tatsachen abzuklären. (Bravol rechts.)

Präsident v. Reuber: Den Ausdruck: „Es gehört Ihre Stimm dazu“, auf ein Mitglied des Hauses angewandt, will ich nicht als direkt hausordnungswidrig bezeichnen, aber er gefällt mir nicht. (Weiterleil.)

Abg. Korfanti (Pole) kommt noch einmal auf den vom Abg. Dr. Seyda schon erörterten Fall der

**Entlassung eines provokatorisch tätig gewesenen Polizeispiegels** zurück. Er erklärt, daß die provokatorische Tätigkeit dieses Spiegels nach den in seinen Händen befindlichen Akten erwiesen sei. Wenn der Unterstaatssekretär im Ministerium des Inneren in seinen Akten diesen Beweis nicht gefunden hat, so müßten zweierlei Akten vorhanden sein. Redner und seine Fraktionsgenossen könnten sich nur an die Akten halten, die sie in Händen hätten. (Beifall bei den Polen.)

Der Antrag Borgmann wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt.

**„Zuschüsse an die Kommunalverbände zur Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes“**

Abg. Schmebing (Z.) die Wichtigkeit der Religion bei der Fürsorgeerziehung und bebauert, daß die Familien-Fürsorgeerziehung nicht in größerem Umfange Anwendung findet.

Abg. Ströbel (Soz.):

Der Bericht über die Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes lenkt unsere Aufmerksamkeit auf einige interessante Probleme. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bericht weist zunächst auf die Ungeheuerlichkeit hin, daß eine große Anzahl Kinder in schulpflichtigem Alter bereits bestraft sind. Er empfiehlt mit Recht, in solchen Fällen von der Erhebung der Anklage abzusehen und zunächst eine geschliche Regelung dahin, daß solche Kinder dem Vormundschaftsrichter überwiesen werden. Es wird

**festgestellt, daß 275 schulpflichtige Kinder bereits Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren erhalten haben**

und daß das doch ein Unbild sei. Kinder gehörten nicht in das Gefängnis, sondern in eine gutgeleitete Anstalt und in die Familie. Das ist ein Standpunkt, der gerade von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten mit aller Energie vertreten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen daraus, welche betrübenden Gedanken dem Sozialismus innewohnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bericht beweist aber auch, daß die Verwahrlosung vielfach eine Folge der sozialen Notlage ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Nachweis über die Vermögensverhältnisse der Eltern ergibt, daß 75 Proz. der Eltern weniger als 800 M. Einkommen hatten. Von den übrigen 25 Proz. hatten 24,4 Proz. der Eltern ein Einkommen von 900 bis 3000 M. Diese letztere Statistik ist nicht ganz durchsichtig. Hier hat man zu weiten Spielraum gelassen. Man hätte doch die Einkommen der Eltern in dieser Klasse etwas genauer angeben sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Immerhin enthält der Bericht das wichtige Zugeständnis, daß die wirtschaftliche Not die Erziehungsarbeit wesentlich erschwert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das nachgewiesen wird, müssen doch alle Mittel ergriffen werden, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Wenn wir nicht versuchen, die Ursachen des sozialen Stands zu verstopfen, können wir seine Wirkungen nicht beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In dem Bericht des Ministeriums wird auch von den sozialen Ursachen weiterhin gesprochen; sie werden meist in den häuslichen Verhältnissen und in der industriellen Entwicklung gefunden. Gerade aus diesem Grunde ist wiederum eine soziale Besserstellung notwendig, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, damit die Männer sich mehr um die Familie kümmern können und die Frauen nicht nötig haben, außerhalb des Hauses Arbeit zu suchen, sondern sich der Erziehung ihrer Kinder widmen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Verhältnisse darf man doch nicht durch Steuern und andere Dinge die Lage der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung noch weiter verschlechtern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist zweifellos, daß die Großstädte und die Industriezentren den größten Prozentsatz der Fürsorgeerziehung liefern. Aber es ist auch nicht zu übersehen, daß ein großer Teil derselben auch vorher im Handwerk beschäftigt war.

**Von den schulentlassenen weiblichen Fürsorgeerzöglingen** waren nicht weniger als 48 Proz. früher in häuslichen Diensten beschäftigt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schon 1906 ist ausgeführt worden, diese Tatsache biete einen Beweis dafür, daß das stiltliche Niveau der Industriearbeiterinnen ein höheres sei als das der Dienstmädchen. Dieser Gesichtspunkt tritt also auch hier wieder zutage. Es ist dabei auch zu berücksichtigen, daß das stiltliche Niveau der Dienstmädchen sehr anpassend ist, wenn man die Dienstherrschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vertreter der patriarchalischen Erziehungswissenschaften hätten also alle Ursache, sich mit dieser Statistik näher zu befassen. Nicht die Industrie an sich trägt also die Schuld an den Verhältnissen, sondern die schlechten Löhne und die schlechten Zustände in unserer Industrie. Auf der anderen Seite ist aber auch zu berücksichtigen, daß im Handwerk viel Verbesserungsfähigkeit ist. Schon 1903 sagt der ministerielle Bericht, daß der hohe Prozentsatz, den das Handwerk den Fürsorgeerziehungsanstalten liefert, ein Zeichen dafür sei, daß das Handwerk seinen Aufgaben gegen die Lehrlinge nicht im vollen Umfange gerecht werde. Der Bericht von 1907 konstatiert keine Besserung, sondern eine Verschlechterung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Schaffung von Besserung empfiehlt der ministerielle Bericht die Schaffung von Lehrlingsheimen, die Förderung des Sports und die Ausgestaltung des Unterrichts. Wir sind die letzten, die sich einer Förderung des Sports und der gesunden körperlichen Bewegung widersetzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man solche körperliche Bewegung aber für wünschenswert hält, sollte man auch den Arbeiterarbeitern und den Arbeiterportvereinen nicht lächerliche Schikanen bereiten, wie man das vielfach tut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Beseitigung ist es, daß gerade diejenigen Handwerker, in denen der Arbeitersinn die geringsten Fortschritte macht, in denen patriarchalische Wirt als wichtigsten durch Organisationen der Arbeitnehmer eingeschrankt ist, die Gewerbe der Bäcker, Konditoren, Kellner usw., das stärkste Kapitalisten stellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ein sehr interessanter Bild geben die statistischen Mitteilungen über den

**Prozentsatz der Geisteskranken bei der Fürsorgeerziehung.**

Psychiater haben überall so peinliche Untersuchungen anstellen, wie in Hannover und Weisbaden angestellt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ansicht verschließt sich

anscheinend jetzt auch der Minister nicht. Es wäre aber wünschenswert, daß diese Forderungen möglichst schon bis zum nächsten Jahre realisiert würden. Es liegt doch jetzt die Annahme sehr nahe, daß man einen großen Teil der geistig Anormalen jetzt in das Gefängnis steckt, während sie in die Erziehungsanstalt oder die Anstalt hätten kommen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es scheint mir, als ob die bisherige Erziehungsanstalt sehr viel zu wünschen übrig läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings, die Mitteilungen über die staatlichen Erziehungsanstalten enthalten mancherlei Anerkennenswertes. Ebenso wie in den staatlichen Anstalten müßte in den privaten Anstalten darauf Gewicht gelegt werden, daß den Neigungen der Zöglinge bei der Auswahl des Berufes Rechnung getragen wird, daß man nicht die Erziehungsanstalt als ein Institut zur Ausbildung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte ansieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch über die Disziplin finden sich in dem Bericht sehr vernünftige Grundzüge. Es ist dort ausgeführt, durch gütiges Zureden, Milde usw. solle das Vertrauen der Zöglinge errungen werden, nur im alleräußersten Falle solle zur Prügelstrafe die Zuflucht genommen werden. Ich will hoffen, daß in den staatlichen Fürsorgeanstalten nach diesem Prinzip verfahren wird. Leider scheint man in den privaten Anstalten diese Grundzüge nicht zu beachten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will auf den

**Glückstädter Fall**

nicht näher eingehen. Nennenswert ist, daß in der betreffenden Anstalt die Strafen an den Mädchen von einem jungen Manne verhängt worden sind, während vorgeschrieben ist, daß außer dem Arzt und dem Geistlichen keine männlichen Personen in solchen Anstalten die Aufsicht führen dürfen. Dieser Fall beweist auch die Notwendigkeit einer häufigeren und gründlicheren Revision der Privaterziehungsanstalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Fehler in dem Erziehungssystem ist, daß zu viel Gewicht gelegt wird auf die Pflege der Keuschheiten der Religion; weit wichtiger wäre die geistige und körperliche Ausbildung der Zöglinge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Leider gibt es noch viel zu wenig staatliche Erziehungsanstalten. Wird in solchen Anstalten von vernünftigen, humanen, der modernen Pädagogik entsprechenden Grundrissen ausgegangen, so sind zweifellos gute Erfolge zu erzielen. Die Hauptsache ist freilich, den sozialen Lebens, die die Fürsorgeerziehung notwendig machen, vorzubeugen. Das kann auch dadurch geschehen, daß man den Bestrebungen des arbeitenden Volkes auf Ausbau ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen möglichst Rechnung trägt. (Bravol! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Listz (fr. Sp.):

Nicht alle Hoffnungen, die wir auf das Fürsorgeerziehungsgesetz gesetzt haben, sind in Erfüllung gegangen. Die Schuld liegt daran, daß die Fürsorgeerziehung meist zu spät eintritt. (Sehr richtig! links.) Am besten wäre es, wenn Grundlinien für die Fürsorgeerziehung durch Reichsgesetz festgelegt würden. Der zweite Fehler des heutigen Systems liegt darin, daß eine ausreichende Überwachung, insbesondere der Privatanstalten, gar nicht durchführbar ist. (Sehr richtig! links.) Es sollten Untersuchungskommissionen eingesetzt werden, die vor allem auch Familienerziehung nach dem Muster des Pastor Mohr-Siedersdorf ausbauen hätten. (Bravol!)

Der Rest des Etats wird nach unmerklicher Debatte bewilligt. Der Antrag Dr. Szuman (Pole) u. Gen. auf Befreiung der Legationskassen für ausländische Saisonarbeiter wird der Agrarcommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Handelsetzt.)  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Widderle eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Vom Vorsteher ist ein dringlicher Antrag gestellt, monach für die Koffelenden im Ueberschweremungsbereich die Summe von 10 000 M. bewilligt und der Magistrat ersucht werden soll, diesem Beschluß beizutreten. Der Antrag wird einem fünfgliedrigen Ausschuss überwiesen, der noch im Laufe der Sitzung berichten soll.

Zur Verberkung des Bürgersteiges in der Neuen Königstraße vor dem „Grand Hotel Alexanderplatz“ soll der längs der Grundstücksfront belegene, vom Bürgersteig durch Ketten und Säulen getrennte 2 Meter breite Streifen hinzugenommen werden. Dazu ist die Befestigung einer neuen Fluchtlinie und die Erwerbung dieses 116 Quadratmeter großen Streifens erforderlich. Die Eigentümerin ist bereit, ihn für 60 000 M. abzutreten.

Nach kurzer Debatte, in welcher Stadtb. Jolly von der Allen Pfenk für Stadtb. Brunglow von derselben Fraktion gegen Ausschussberatung spricht, wird die Vorlage sofort angenommen.

Hierauf beginnt die Versammlung die Spezialberatung des Stadthaushaltsetats für 1909.

Stadtb. Cassenbach (Soz.) ist Referent des Gesundheitsausschusses für die Spezialkassen „Krankenhaus im Friedriehshain“, „Krankenhaus Moabit“, „Krankenhaus am Urban“, „Krankenhaus Gieselerstraße“, „Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus“, „Judo-Strich-Krankenhaus“.

Da auch in diesem Jahre eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen beantragt, die betreffende Vorlage aber noch nicht verabschiedet ist, soll die Bewilligung der bereits in den Etat eingeschätzten neuen Stellen wiederum unter dem üblichen Generalvorbehalt der Genehmigung jener Vorlage erfolgen.

Zum Etat der Krankenhäuser hat der Ausschuss eine von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Resolution:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, den Beschluß vom 5. Dezember 1908 rückgängig zu machen und den täglichen Kurkosten für zwar nicht in Berlin wohnende, aber den in Berlin domicilierenden Krankenkassen als Mitglieder angehörende Personen von 8 M. wieder auf 2,50 M. herabzusetzen.“

abgelehnt, dagegen einstimmig eine Resolution folgenden Wortlauts angenommen:

„Den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft zu Abweichungen von den etatsmäßigen Sätzen für Krankenhausbewerfung die Zustimmung der Versammlung durch besondere Vorlage einzuholen.“

Die vom Ausschuss abgelehnte Resolution ist zur heutigen Plenarberatung wieder eingebracht worden.

Stadtb. Koblentz (Soz.): Ende 1906 hatten wir einen Magistratsantrag zu beraten, die Kurkosten für außerhalb Berlins wohnende Kranke zu erhöhen. Im Frühjahr 1908 hat die Versammlung mit 70 gegen 49 Stimmen den Magistratsantrag verworfen. Man mußte die Sache für begraben halten. Da bekommen jetzt im Januar plötzlich die Berliner Krankenkassen eine Zuschuldung vom Einziehungsbureau, in der ihnen die neue Verfügung des Magistrats mitgeteilt wird. Wie war es möglich, daß gegenüber dem bestimmten damaligen Votum der Magistrat mit einem Male selbstherrlich so etwas und zwar schon von 1. Februar ab dekretierte? Im Gesundheitsausschuss hat der Magistrat behauptet, ganz richtig gehandelt zu haben, da ja seit 1900 die Kurkosten für außerhalb Berlins wohnende Kranke 8 M. betragen. Es ist doch sehr wunderbar, daß bis dato der Magistrat sich nicht danach gerichtet hat; er hätte dann doch schon früher diese Verpflichtung gehabt, man ist aber eben im Magistrat wie in der Versammlung der Meinung gewesen, daß die auswärtigen Mitglieder dieser Krankenkassen von diesem Magistratsbeschlusse von 1900 nicht getroffen werden. Und konnte sich der Magistrat für diese Verberung eine ungünstigere Zeit aussuchen als die jegliche des wirtschaftlichen Niederganges und der Krise, wo die Arbeiter und die Krankenkassen davon besonders hart getroffen werden müssen? Daß die Krankenkassen ganz gewaltig unter der heutigen Wirtschaftskrise zu leiden haben, zumal

...so gewissermaßen ein Mädchen für alles sind, auf die man alle möglichen Verpflichtungen der Armenpflege abwälzt. Denken Sie an das große Heer der tatsächlich dauernd arbeitsunfähigen Alkoholiker und Epileptiker. Die Invalidenrenten sind auch so knapp bemessen, daß niemand davon existieren kann; fast alle diese „Rentner“ müssen wieder arbeiten und kommen dann einfach auch wieder in die Krankenkassen. Zu der Kostenlast, die die Arbeitslosigkeit verursacht, haben die Krankenkassen nicht zum wenigsten beigetragen. Der Beschluß des Magistrats ist nicht von sozialem Verständnis getragen, gerade in einer Zeit der Depression muß er den denkbar schlechtesten Eindruck machen. Im Laufe der Zeit erst hat sich bei den Krankenkassen die vernünftige Ansicht herausgebildet, daß es sehr wünschenswert sei, daß die Kranken aus den ungesunden Wohnungen herauskommen und in die Krankenhäuser gehen, auch um die Ansteckungsgefahr für die Familienangehörigen zu vermindern. Diese Rücksicht und die Rücksicht auf das Wahlrecht haben dazu beigetragen, daß die Kassen dazu übergegangen sind, die Kosten zu bezahlen, womit die Stadtverwaltung von Jahr zu Jahr beträchtlicher entlastet worden ist und sonach alle Ursachen hätte, mit dieser Entwidlung sehr zufrieden zu sein. Die neue Verfügung wird aber dahin führen, daß die Kassen die Zahlung ablehnen werden; der Magistrat wird sich um die Verdrängung bemühen müssen und die Kranken werden Schuldner der Armenverwaltung ihres Heimatortes werden. Soll eine Stadtverwaltung aber nicht ein größeres Interesse daran haben, die 250 M. pünktlich zu bekommen, als einen Zustand herbeizuführen, wo sie immerfort überall als Exekutor hinter diesen 250 M. her sein muß? Die Wirkungen dieses Beschlusses werden den Leberden noch keiner Richtung Freude machen. Darum bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Stadtrat Weigert:** Der Antrag geht von ganz falschen Voraussetzungen aus. Der Beschluß, daß die betreffenden Krankenkassen nur 250 M. zu zahlen, ist 1900 vom Magistrat ohne Mitwirkung der Versammlung gefaßt worden. Wir haben den generellen Beschluß gefaßt, auswärtige Kranke überhaupt nicht mehr in unsere Krankenhäuser aufzunehmen; wir können da keinen Unterschied hinsichtlich der Krankenkassenzugehörigkeit machen. Die Selbstkosten haben sich so gesteigert, daß sie zurzeit für „Friedrichshain“ 4,67 M., für das „Bismarck-Krankenhaus“ sogar 6,33 M. betragen. Vielleicht werden wir demnächst eine generelle Erhöhung der Anstaltskosten beantragen müssen. Die Zahl der fraglichen Kranken ist nicht groß, 1 Proz. im „Bismarck-Krankenhaus“, 8 Proz. im „Urban-Krankenhaus“.

**Stadtrat Koblenzer:** An der Antwort des Magistratsvertreters ist zweierlei interessant; einmal die Anführung weiterer Anstaltskosten, dann die Tatsache, daß das Dekret im Gegensatz zum ausgesprochenen Willen der Versammlungsmehrheit jetzt plötzlich den Kampf gegen die Vororte eröffnet. Seine Gründe können uns auch heute nicht bestimmen, mit ihm zu gehen. Er hätte ja die Sache auf dem Wege des Antrages vor uns bringen können; das hat er nicht beliebt. Dazu kommt, daß der gewählte Augenblick der denkwürdigste ist.

**Kammerer Dr. Steiniger:** Die formelle Verdrängung des Magistrats befreit auch der Vorrede nicht; wir können also darüber, daß gegen den Willen der Versammlung gehandelt worden sei, zur Tagesordnung übergehen. Im Jahre 1908 handelte es sich um eine andere Sache, um die Erhöhung von 8 M. auf 3,50 M.; das wurde abgelehnt. Heute stellen wir lediglich das legale Verhältnis her.

Der Antrag Koblenzer wird abgelehnt; die Resolution des Etatsausschusses angenommen. Die Krankenkassensachen gelangen ohne Diskussion in bloc zur Annahme.

**Beim Etat des Bismarck-Krankenhauses richtet**  
**Stadtr. Nöbler (A. L.):** an den Magistrat die Anfrage, wie er sich zu der Ordnung der kirchlichen Verhältnisse dort stellt oder gestellt hat. Die Seelsorge in den Krankenhäusern ist eine durchaus freiwillige Übernahme seitens der Stadt; niemand hat der Stadt in diesem Punkte etwas zu befehlen. Im Etat stehen 1200 M. für die Leistung des betreffenden Seelsofizers; das Konsistorium wünscht 2400 M. Dem Konsistorium befehlen wir durchaus das Recht, uns Vorschläge über die Form der Ausübung der Seelsorge in den städtischen Krankenhäusern zu machen. Fast alle Geistlichen an unseren Anstalten gehören übrigens nicht zu dem Kirchenprengel, in dem die Anstalt liegt. (Beifall.)

**Stadtr. Nunge (A. L.):** wendet sich gleichfalls gegen das Verlangen des Konsistoriums.

**Stadtr. Borgmann (Soz.):** Innerhalb der evangelischen Kirche Berlins ist in den letzten 10—15 Jahren ein heftiger Kampf zwischen den Liberalen und den Positiven ausgebrochen. Dieser Kampf der beiden gläubigen Gruppen muß tief verlegend auf die Mitglieder der betreffenden Kirchengemeinden einwirken. Wenn man darüber noch hinweggehen kann, so ist es doch außerordentlich bedenklich, den Streit auch noch in unsere Krankenhäuser hineinzutragen. Nicht die Genesung wird unter solchen Umständen dadurch gefördert werden, sondern das Gegenteil. Mit Rücksicht auf unsere Kranken würden wir sehr gut tun, überhaupt jede Seelsorge fern zu halten und die Position zu streichen. Ich stelle namens meiner Freunde diesen Antrag.

**Stadtr. Nöbler:** Dieser Antrag scheint mir doch durchaus unangebracht. Die Mehrzahl wird überzeugt sein, daß geistliche Hilfe, geistlicher Rat und Trost in einem Krankenhause angebracht ist.

**Stadtr. Weigert:** Die Krankenkassendeputation hat dem Magistrat zu erkennen gegeben, daß der Geistliche dort verbleiben sollte, und ist überzeugt, daß der Magistrat das Konsistorium erlösen wird, ihn dort weiter amtierend zu lassen.

**Stadtr. Nöbler:** Dieses Ersuchen scheint mir auch unangebracht, denn der Magistrat hat das Recht, den Geistlichen dort amtierend zu lassen, nicht das Konsistorium.

**Kammerer Dr. Steiniger:** Einen Zwang können wir nicht ausüben. Gewiß brauchen wir uns um die ganze Sache nicht zu kümmern, aber wo kämen wir hin, wenn wir das an einem Krankenhause machen und es bei den anderen belassen wie es ist?

Der Antrag Borgmann wird abgelehnt.

Ueber den gesamten Unterrichtsetat referiert **Stadtr. Schulze (A. L.)**.

Im Etat für die Pflichtfortbildungsschulen sagt der Magistrat in den Erläuterungen: „Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß die Besuchszeit jeder Klasse mindestens 33 zu betragen hat, an deren Stelle nur vorübergehend wegen der noch obwaltenden (sittlichen und sonstigen) Schwierigkeiten 33 treten kann.“ Der Ausschuss beantragt, diesen Satz zu streichen, um einer Heraushebung der unteren Frequenzgrenze von 30 nach Möglichkeit vorzugeben.

Der Antrag des Ausschusses, zu beschließen, daß von 1910 ab für wissenschaftliche Abhandlungen in den Schulprogrammen keine Beiträge mehr zur Verfügung gestellt werden sollen.

**Stadtr. Gassel (A. L.):** Auf unseren Schulen sollte ganz allgemein der Bürgerkunde mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Im Lehrplan der höheren Schulen ist zurzeit dafür kein Raum. In den höheren Schulen wird zweckmäßig an den Geschichtsunterricht anzuknüpfen sein; auch in den Fortbildungsanstalten sollte man auf die Befestigung des in diesem Punkte in der Gemeindeschule erworbenen Wissens hinwirken.

**Stadtschulrat Michaelis:** Wir haben für die Anregung dieses Verstandes. Für die höheren Schulen können wir nichts anordnen, das ist Sache der Staatsbehörden.

**Stadtschulrat Dr. Fischer:** Für die Gemeindeschulen wird der Anregung auf Erweiterung der Bürgerkunde bei der bevorstehenden Revision wohl entsprochen werden können.

Der Etat der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen wird genehmigt.

Zu dem Ausschuhentwurf betreffend die wissenschaftlichen Abhandlungen bemerkt

**Stadtr. Walland (A. L.):** Im Ausschuss sind diese Abhandlungen als „alter Papp“ bezeichnet worden, den man schleunigst abschneiden müsse. Das zeugt von einem großen Mißverständnis. Diese Abhandlungen sind eine wissenschaftliche Anregung für die Allgemeinheit.

**Stadtr. Ritter (Dr. Dr.)** tritt namens seiner Fraktion ebenfalls dem Ausschuhentwurf entgegen.

**Stadtr. Direktor Hellwig** unterläßt die Ausführungen der Vorredner, wenn er auch zugeben muß, daß manchmal diese Abhandlungen sich an einen zu engen Kreis wenden.

Der Ausschuhentwurf wird darauf abgelehnt.

Der Etat der Gemeindeschulen passiert ohne jede Debatte, ebenso der Etat der Taubstummenschule und der der Blindenanstalt.

Zum Etat des Pflichtfortbildungsschulwesens bemerkt

**Stadtr. Hoffmann (Soz.):** Auf das Pflichtfortbildungsschulwesen will ich nicht eingehen. Es ist Ihnen ja nicht unbekannt, daß wir seit langem die Pflichtfortbildungsschule auch für Mädchen wünschen. Ich habe das Wort nur genommen, weil der Herr Stadtschulrat Michaelis und Herr Gassel wünschten, daß die Bürgerkunde in den Fortbildungsschulen mehr als bisher gepflegt werden soll. Wir haben nichts dagegen, wünschen es sogar von Herzen, aber es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die es unmöglich machen, in diese Bürgerkunde Parteipolitik hineinzutragen. Ein Lehrer Holz in der Fortbildungsschule in der Friedenstraße scheint, recht reichlich mit parteipolitischen Ansichten belagert, dorthin zu kommen. Er gibt z. B. zum besten, daß die Sozialdemokratie eine Partei von Kapitalisten sei, die Führer wären vom Kapitalismus bezahlt, die Drucker beim „Vorwärts“ würden schlechter bezahlt als irgendwo anders (Jurist: Sehr richtig!), während die Rebellente Reichsverbandesparapluen zuviel Ehre antun, wenn ich sie widerlegte. Er sagt weiter: „Die Rebellente am „Vorwärts“ sind grüne Jungen, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind; ich habe Einblick in die Verhältnisse der sozialdemokratischen Partei.“ Der Lehrer hat auch einen Jugendbund gegründet. (Jurist des Stadtr. Hammerstein: Sehr nett!) Sehr nett, ja, werden Sie das auch sagen, wenn Sie hören, daß in diesen Bund Juden nicht aufgenommen werden dürfen? (Große Heiterkeit.) Zugehörige dieses Bundes haben von ihm den Auftrag erhalten, die Arbeiterjugendvereine zu bespielen. Ich hätte vermutet, daß der pädagogische Einfluß des Lehrers sich in anderer Richtung geltend machen würde. (Sehr richtig!) Aber als Krönung des Ganzen will ich Ihnen aus dem Schreibbuch eines der Schüler dieses Lehrers etwas zum besten geben. Am 3. Februar 1908 läßt dieser Herr schreiben: „Die Verwaltung der Stadt Berlin ist die denkbar schlechteste. (Allseitige große Heiterkeit.)“ Der Grund ist darin zu suchen, weil in der Stadtverwaltung meist Vaterlandsverräter sitzen, welche die Antisemiten nicht zu Worte kommen lassen.“ (Erneute große Heiterkeit — Jurist.) Sagen Sie das nicht so, daß keine hier sind, es sind vielleicht verdrehte. Unter dieser Arbeit stand das Zeugnis: „Hast gut“; in der Wendung „meist Vaterlandsverräter“ war das Wort „meist“ durchgestrichen. Hätte der junge Reichs also nur geschrieben „Vaterlandsverräter“, so hätte er „Sehr gut“ erhalten! (Andauernde Heiterkeit.) Solche Lehrer müssen befehrt werden, daß sie ihre politischen Säule wo anders tummeln sollen. Mögen sie dahin gehen, wo sie hingehören, aber nicht in die Pflichtfortbildungsschule, wo der größte Teil der Eltern der Schüler Sozialdemokraten sind, die dadurch beschimpft werden. Da andererseits dadurch viele erst der Sozialdemokratie zugewandten werden, so kann uns ja das recht sein, aber anmagen müssen wir solches Verhalten doch. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Stadtschulrat Michaelis:** Der Fall ist mir und der Schuldeputation ganz unbekannt. Liegt er so, wie mitgeteilt, dann wird sofort Untersuchung eintreten. Die Bürgerkunde muß streng sachlich, ohne jede Parteirücksicht vorgelesen werden; wir werden streng darauf achten. Ehe der Fall aber nicht geprüft ist, halte ich ihn auch nicht für nachgewiesen.

**Stadtr. Hoffmann:** Selbstverständlich stelle ich das Material dem Stadtschulrat zur Verfügung. Die Bemerkung in den Erläuterungen über die Mindestzahl von 33 Schülern pro Klasse wird nach dem Ausschuhentwurf gestrichen. Die Etats geldungen zur Annahme.

**Stadtr. Jben (A. L.)** ist Referent für die Etats: „Grundstücke in der Stadt“, „Ländliche Grundstücke in und außerhalb“, sowie „Niedriggrundstücke außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Ruderdorf“, „Verrechnungen“.

Die Etats werden ohne Debatte genehmigt, ebenso diejenigen der Etats der Irrenanstalten Dalldorf, Herzberge und Buch, sowie der Anstalt für Epileptische „Waldgarten“ bei Biesdorf, wovon **Stadtr. Hellriegel (A. L.)** berichtet.

Ueber die Etats für das Armenwesen und die Hospitäler referiert **Stadtr. Liebenow (A. L.)** Der Ausschuss empfiehlt, in einer Resolution den Magistrat zu ersuchen, das Gehalt der Armenärzte von 1500 auf 1800 M. zu erhöhen.

**Stadtr. Sachs (A. L.):** Wir beantragen die Entscheidung über die Frage bis zum nächsten Etat zu vertagen. Die Analogie mit den Schulärzten, die 2000 M. erhalten, woran sich die Armenärzte immer hämmern, trifft nicht zu.

**Stadtr. Löfer (A. L.)** tritt dagegen für die Ausschuhmehrheit ein. Das große Angebot von Ärzten dürfe die Versammlung nicht irre machen.

**Stadtr. Rosenow (A. L.):** Die Aufbesserung muß endlich erfolgen, nicht sowohl im Interesse der Ärzte, als vielmehr der Armen. (Zustimmung.)

**Stadtr. Dr. Ritter:** Tatsache ist, daß die Armenärzte sehr schlecht und nicht mehr zeitgemäß bezahlt werden. Von Jahr zu Jahr ist ihnen die Erhöhung versprochen worden. Ich möchte beantragen, die Erwartung auszusprechen, daß die Neueinteilung der Bezirke baldigst beendet und das Gehalt der Armenärzte auf mindestens 1600 M. erhöht wird.

**Stadtr. Borgmann:** Herr Löfer werde ich an den letzten Satz seiner Ausführungen erinnern, wenn es sich um Arbeiterlöhne handeln wird. Nachdem wir schon 4—5 Jahre vergeblich auf die Neuregelung gewartet haben, können wir jetzt die Ausschuhresolution nicht verleugnen. Die Bezüge der Armenärzte entsprechen den heutigen Verhältnissen nicht mehr.

**Stadtr. Sachs:** Wir wollen die Erhöhung nicht ablehnen, sondern die Entscheidung nur bis zur Neufeststellung der Bezirke vertagen. Die soll in diesem Jahre erfolgen.

**Oberbürgermeister Kirchner:** Der Magistrat hegt ebenfalls den Wunsch, die Befoldung der Armenärzte zu verbessern. Mit der Annahme der Resolution würden Sie aber die Regelung nicht erleichtern, sondern erschweren. Eine Erhöhung ist ja wahrscheinlich, es wäre aber doch möglich, daß die Neuregelung noch anderen Grundätzen als jetzt geschieht und dann möchte es Anstoß erregen, wenn hier oder da eine Ermäßigung der Bezüge eintreten müßte.

**Stadtr. Rosenow** tritt für Annahme der Resolution ein.

**Stadtr. Dr. Ritter:** Der Oberbürgermeister scheint nur zu wünschen, daß ihm keine Marschrouten vorgeschrieben wird. Im übrigen hat er sich im Sinne meines Antrages ausgesprochen, den ich hiermit zurückziehe.

Die Resolution des Ausschusses wird nach Probe und Gegenprobe angenommen.

**Stadtr. Willein (Soz.-fortschritt.)** bedauert, daß die Maßregel der Zulassung der Frauen zu den Armenkommissionen bisher so wenig wirksam geworden ist. Es seien seit 1900 nur 40 Armenpflegerinnen bestellt worden.

**Stadtr. Münsterberg:** Wir sind feid der Ueberzeugung gewesen, daß in der Frauenstätigkeit geradezu ein ungehobener Schatz liegt. Den Widerstand der Kommission hatten wir in dieser Stärke nicht erwartet. Wo die Frauen mitarbeiten, hat die Kommissionen des Landes voll; diese Ueberzeugungen haben aber auch nicht vermocht, und vom Fleck zu bringen. Hier geht die Schuld von und auf die Bürgerchaft und die Vertretung der Bürgerchaft über (Zustimmung); wir sehen uns einer direkten Rücksichtslosigkeit gegenüber. (Keilweise Zustimmung.) Mit dieser Vorstellung, daß die Frau ins Haus gehöre, muß gebrochen werden; ins Haus des Armen gehört die Frau allerdings. Jemand etwas Entschuldigendes muß gesehen; vielleicht sollte man einmal eine Anstaltsprobe machen.

**Stadtr. Borgmann:** Wenn in 5—6 Jahren nur 40 Frauen Mitglieder von Armenkommissionen geworden sind, so ist das wohl mit auf den Widerstand der betreffenden Kommissionen zurückzuführen. Ich habe in den Kommissionen, in denen ich zu recherchieren habe, Frauen vorgeschlagen. Der Ausführung des Stadtrats, daß ein Teil der Schuld mit an der Gemeindevorstellung liegt, stimme ich bei; ein Teil der Hauptschuld trifft den Ausschuss für Unbefolgte, der seine Aufgabe ganz falsch auffaßt. Die zu wählenden Personen hat der recherchierende Stadtvorordnete in Vorschlag zu bringen. Mit der Reihfolge des Ausschusses, sich die Kandidaten von den betreffenden Kommissionen vorschlagen zu lassen, muß gebrochen werden; dann werden wir auch erreichen, daß das weibliche Element in stärkerem Maße in die Kommissionen hineinkommt. Die Frau sieht in vielen Fällen viel weiter und viel besser als der Mann; je mehr sie in die Armenkommissionen eindringt, desto besser für die städtische Verwaltung.

**Stadtr. Hoffmann:** Ich kann nur meine Freude ausdrücken, daß der Stadtrat Münsterberg endlich einmal mit dem Appell an die Deffenlichkeit energisch vorgeht. In den Kommissionen hat er bisher kein Möglichstes getan, den früheren Beschluß durchzuführen; da aber dieses alles nichts nützt, geht es jetzt nicht anders. In den Bezirken der Marienburger, Christburger und Greifswalder Straße, wo ich recherchiere, erklärte die Kommission in ihrer Gesamtheit, als ich eine Frau, und zwar eine Bürgerliche, die Frau eines Magistratsbeamten, keine Sozialistin (Jurist), ja, sie erklären sehr oft, sie wollen mit solchen nicht zusammenarbeiten — vorschlag, sie würden insgesamt ihre Ämter niederlegen. Einige sind dringeblicher, andere ausgeschieden. Im Bezirk Sie war eine Stelle dabei. Ich hatte den Vorschlag zu machen, schlage eine Frau vor und bekomme sehr bald das Schriftstück mit dem Vermerkten zurück, die Stelle zu besetzen sei unnötig, da Mitglieder genügend vorhanden seien. Ein paar Wochen später verlangte man hier auf einmal 3 neue Mitglieder! (Heiterkeit.) Ich schlug nun 2 Frauen vor (Heiterkeit), die mußten bestätigt werden, und die Folge war, daß die gesamte Kommission bis auf zwei ihr Amt niederlegte. Da habe ich andere vorgeschlagen, und es wird auch ohne diese Herren gehen. Dem Unfug muß ein Ende gemacht werden; die Steuerkommission sollte sich die Herren einmal genauer ansehen.

**Stadtr. Veride (Dr. Dr.):** Richt der Ausschuss für Unbefolgte, sondern Sie, die ganze Versammlung, sind daran schuld, daß nicht mehr Frauen gewählt werden. Schlagen Sie doch Frauen vor, dann werden sie auch gewählt. Der Ausschuss hat mit der Wahl nichts zu tun, sondern nur Einwendungen gegen die Vorgesetzten zu prüfen. Allerdings hält er solche Prüfungen auch für nötig, wenn bisherige Inhaber von Posten, die gern weiter arbeiten möchten, nicht wieder vorgeschlagen werden. Noch niemals hat der Ausschuss eine vorgeschlagene Frau abgelehnt. (Beifall.)

**Stadtr. Dr. Langerhand (A. L.):** Ich freue mich, daß diese Sache, in der ich seit 10 Jahren unermüdet tätig war, endlich in breiter Deffenlichkeit verhandelt wird. Gewiß, wir sind mit daran schuld, daß keine genügende Energie darin vorhanden ist. Auch Hoffmann hat damit ganz recht gehabt. Wenn wir vergnügt und fröhlich und ruhig leben wollen, müssen wir vor allem an unsere Armen denken, die haben das nicht so wie wir. Ich bitte Sie dringend: schlagen Sie Frauen vor, wo Sie können. Die Frauen werden uns auch wertvolle Rathschläge geben bei dem Wohnungsgesetz oder einer Wohnungsordnung.

**Stadtr. Hammerstein (A. L.)** erinnert an die beschämenden Szenen, die sich im Bürgeraal des Rathauses bei der Versammlung der Armenkommissionsvorsitzer abgespielt haben, und sucht nachzuweisen, daß die Vorsteher sich offen gegen die Sitzungen ausnehmen und über die Stadt die Herren spielen wollen.

**Stadtr. Borgmann:** Der Ausschuss für Unbefolgte hat noch vor kurzem drei Herren, die ich vorgeschlagen hatte, nicht gewählt, obgleich sie vom Magistrat als einmündig erklärt worden waren, weil von dem Armenkommissionsvorsitzer auch Vorschläge gemacht worden waren. (Hört! hört!) Bei dieser Gelegenheit hat mir ein Ausschuhmitglied gesagt: Wir wählen doch den Besten! Der Ausschuss hat gar kein Wahlrecht, sondern nur die Aufgabe, festzustellen, ob gegen die Qualitäten eines Vorgesetzten etwas vorliegt.

Damit schließt die Diskussion, der Armenetat wird angenommen, womit für heute die Etatberatung ihr Ende erreicht.

**Stadtr. Liebenow** berichtet, daß der Fünferausschuss den Antrag Michaelis wegen Bewilligung von 10 000 M. für die Ueberschwemmten einstimmig angenommen hat.

Die Versammlung nimmt den Antrag ebenfalls einstimmig an. Die Vorlage wegen Neufestsetzung bezw. Erhöhung des Schulgeldes für die Schüler und Schülerinnen der Pflichtfortbildungsschulen hat der am 26. November v. J. eingesezte Ausschuss mit einigen Veränderungen zur Annahme empfohlen. Referent ist der **Stadtr. Södeland (A. L.)**.

Die Ausschuhentwürfe werden ohne Debatte angenommen. Vom 1. April 1909 ab soll die Schulspeisung bedürftiger Gemeindeschulkinder wie folgt geregelt werden:

1. Mit dem Verein für Kindervolksküchen wird auf ein Jahr ein Vertrag abgeschlossen, wonach dieser den ihm zugewiesenen Kindern an den Schultagen eine Mittagmahlgeld in seinem Küchen gegen eine Subvention von 11 Pf. a Portion verabreicht;

2. Zum Zwecke des Verhuts der Speisung in Schulen sollen im Winter etwa 180, im Sommer etwa 80—100 Kinder in der 163/162. Gemeindeschule, Diefenbachstraße, zur Speisung gesammelt werden;

3. Die Kindervolksküche und die Schulspeisestelle sollen regelmäßig vom Magistrat kontrolliert werden.

Im Etat sind für diese Zweck 100 000 M. eingestellt.

**Stadtr. Schulze** beantragt Ausschuhberatung.

**Stadtr. Borgmann:** Wir schließen und diesem Wunsche an. Es hat sich herausgestellt, daß es nicht so leicht möglich ist, die Schulspeisung in Verbindung mit dem bekannten Verein in eigenen Schulräumen durchzuführen. Ich habe früher schon gesagt, daß das nicht so leicht sei; es mangelt eben an Schulräumen. Soll die Stadt die Sache vollständig in eigene Regie nehmen, so muß sie gründlich vorbereitet werden. Der Magistrat sollte die Verhufe nicht auf einen Teil der Stadt beschränken, sondern sie in verschiedenen Bezirken vornehmen. Ich wöchte mich noch besonders gegen den in der Vorlage ausgedrückten Gedanken, daß die Speisung nur an Schultagen erfolgen soll, nicht aber auch während der Ferien, das wäre ganz verkehrt. Die Ersparnis ist keine hohe, und wenn die betreffenden Kinder während der Schultage hungern müssen, so werden sie auch während der Ferien nichts zu essen haben.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Schluß 10 Uhr.

**Antlicher Marktbericht** der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthalen. **Wartlage:** Fleisch: Zufuhr karl, Geschäft mäßig, Preise für Kalbfleisch anziehend, sonst unverändert. **Ei:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. **Geflügel:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise teilweise höher. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Säfte:** Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise fast unverändert.

**Witterungsübericht vom 4. März 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometernorm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometernorm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Stettin	747	SO	3 mäßig	-6	Daprun	762	—	—	4 befeht
Camburg	747	SO	2 befeht	-6	Berchthard	756	SO	—	1 befeht
Berlin	748	SO	3 befeht	-8	Stoll	740	DRD	1	1 halb befeht
Frankf. a. M.	748	SO	3 befeht	-9	Aberdem	759	W	2	2 befeht
München	758	SO	2 befeht	-9	Paris	746	SO	3	3 befeht
Wien	753	SO	2 befeht	-5					

**Wetterprognose für Freitag, den 5. März 1909.** Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederlagen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



12. Generalversammlung des Verbandes der Maler.

Am zweiten Verhandlungstage

geht der Vorsitzende in seinem Schlussworte auf die Beschlüsse über die verweigerte Maßregelungsunterstützung ein. An einzelnen Stellen zeigt er, daß oft Maßregelungen an den Vorstand gelangen, die gar nicht als solche zu betrachten sind. Er erörtert die Differenzen, die zwischen dem Vorstand und der Berliner Filiale in einigen Unterstützungsfällen eingetreten sind. Man sollte nicht leichtfertig Vorwürfe gegen den Vorstand erheben. Zur Einlasserfrage wird der Vorstand einen Antrag vorlegen; da aber große Schwierigkeiten sich ergeben würden, sei es zweifelhaft, ob er die Zustimmung der Delegierten finden werde.

Es beginnt hierauf die Beratung des dritten Punktes, die zum Statut gestellten Anträge.

Der Vorstand legt der Generalversammlung folgende Resolution vor:

Die Generalversammlung zu Köln erachtet alle von den Mitgliedern eingebrachten Anträge, die auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung hinstellen, für berechtigt und lehnt sie als eine im Interesse der Organisation sich notwendig ergebende Unterstützungseinrichtung ab und bedauert, daß die vom Vorstande und Ausschusse ausgearbeiteten Vorschläge vom Jahre 1903 und 1905 durch die Mitglieder in der Urabstimmung abgelehnt wurden, um so mehr, als gerade diese geeignet waren, der wirklichen und praktischen Durchführung die Wege zu bahnen. Wenn die Vorschläge nicht allen finanziellen Anforderungen und Wünschen der Mitglieder in der Urabstimmung entsprechen, so ist die Erwartung verbunden, mit der Zeit diese Unterstützung dahingehend ausgestalten zu können. Bei dem außerordentlich hohen Prozentsatz der Arbeitslosigkeit, wie er sich bei allen Erhebungen innerhalb des Verbandes ergibt, konnten ohne größere finanzielle Leistungen der Mitglieder und der Verbandskasse höhere Sätze für die Auszahlung der Unterstützung nicht geboten werden. Dieses war aber zu der gegebenen Zeit nicht möglich, weil alle im Verbandsverbanden Kräfte in finanzieller Hinsicht durch die vielen und umfangreichen Lohnkämpfe vollkommen in Anspruch genommen waren, so daß die Möglichkeit, aus Verbandsmitteln diese so sehr schätzte Unterstützung einzuführen, durchaus nicht gegeben war. Die Tatsache der letzten Jahre, insbesondere das Jahr 1908 hat gezeigt, wie sehr die bei den Vorschlägen beobachtete Zurückhaltung, indem man Einnahmen und Ausgaben als die Grundlage für die Berechnung heranzog, berechtigt war. Bei der Durchberatung fehlte es an praktischen Erfahrungen, ohne die alle Kalkulationen nur mit der größten Vorsicht aufgenommen werden können.

Nachdem nun die Organisation in den letzten Jahren sich gegenüber den Arbeitgebern die Anerkennung verschafft hat, mitbestimmend bei Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses wirken zu können, sowie durch Steigerung der Mitgliederbeiträge die finanzielle Lage des Verbandes wesentlich gehoben ist, so beauftragt die Generalversammlung den Vorstand und Ausschuss mit der nochmaligen Ausarbeitung einer Vorlage zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Vorlage ist drei Monate vor der nächsten Generalversammlung im Vereinsanzeiger den Mitgliedern bekannt zu geben und haben dann die Delegierten auf der Generalversammlung über die endgültige Einführung zu beschließen.

Zur Erlangung einer auf praktischer Erfahrung beruhenden Grundlage über Verwaltung und Kontrolle, sowie der den Mitgliedern aufzuerlegenden Beitragsverhöhung und deren Wirkung auf den Stand der Mitglieder, beauftragt die Generalversammlung den Vorstand mit der provisorischen Durchführung einer fakultativen Arbeitslosenunterstützung.

Als Grundlage sind folgende Grundsätze maßgebend:

1. Mitglieder, die 52 Wochenbeiträge und Extramarke in der Höhe von 7 M. entrichtet haben, kann bei eintretender Arbeitslosigkeit eine Unterstützung pro Tag 1 M. bis zu 18 W. gezahlt werden.
2. Bei Mitgliedern, die 104 Wochenbeiträge nebst den jährlich zu zahlenden Extramarke entrichtet und die Unterstützung nicht beanspruchen, steigt der zu beanspruchende Unterstützungssatz auf 24 M.
3. Die Mitgliedschaft für diese Arbeitslosenunterstützung kommt nur vom 1. Januar ab in Anrechnung.
4. Mitglieder, die die Extramarke in der vom Vorstand bestimmten Zeit nicht voll entrichtet haben, verlieren jegliches Anrecht an diese Unterstützung.
5. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung beginnt mit dem 1. Januar 1910 in den Wintermonaten Januar, Februar, November und Dezember und endet mit dem 1. März 1911.
6. Den Mitgliedern, die sich durch Entnahme der Extramarke verschulden, aber in der genannten Zeit keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, wird bei der durch die Generalversammlung beschlossenen Erwerbslosenunterstützung der Wert der Marke nicht erhöhter Anspruch auf Unterstützung oder wenn diese nicht eingeführt wird, auf die Beitragsmarke in Anrechnung gebracht.
6. Das Auszahlen von Reise-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zugleich ist nicht zulässig.

Der Betrag der erhaltenen Arbeitslosenunterstützung wird beim Bezuge von Reiseunterstützung in Anrechnung gebracht. Mitglieder, die das Anrecht auf die Arbeitslosenunterstützung erworben haben, jedoch die Reiseunterstützung beziehen, erhalten den Betrag der geleisteten Extramarke auf den Höchstbetrag der Reiseunterstützung zugerechnet.

Der Vorstand.

Tobler begründet die Resolution. Es kommen bei 52 Wochenbeiträgen 27000 Kollegen in Betracht. In den Generalversammlungen von 1903 und 1905 ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt worden. Es müsse nun geprüft werden, soweit die Kollegen gewillt sind, an den Unterstützungen teilzunehmen, wenn sie dafür einen Extrabeitrag zahlen müssen. Die Kontrolle darüber können die Filialleiter selbstständig übernehmen. Der Vorstand betrachte die Arbeitslosenunterstützung als Vollendung des gesamten Unterstützungswesens im Verband. Bei der Uebernahme der Einlasserfrage auf die Hauptliste müsse man sich vergegenwärtigen, daß schon durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Verwaltung vergrößert werden müsse. Bei der Uebernahme der Einlasserfrage müßten pro Kopf ungefähr 250 M. an die Hauptkasse abgeführt werden. Zum Schlusse bespricht der Redner die Verschärfung der Verbände des Bauberufs zu einem Industriearbeiterverbande. Er stehe der Frage sympathisch gegenüber, sie sei aber noch nicht spruchreif.

In der sehr lebhaften Diskussion, die den ganzen Verhandlungstag ausfüllt, stehen die meisten Redner der Vorlage des Vorstandes sympathisch gegenüber. Weringer-Köln begründet einen Antrag auf Erhöhung der Reiseunterstützung, ferner einen zweiten Antrag, der den Vorstand beauftragt, im 3. Quartal eine Erhebung über die Lage der Lokierer zu veranstalten. Wenzler wendet sich gegen die Erhöhung der Reiseunterstützung, weil dadurch die berechtigten Kollegen benachteiligt würden. Reich-Berlin glaubt, daß die Aufstellung des Vorstandes über die Wirkung der Arbeitslosenunterstützung nur auf Vermutungen beruhe. Schleicher-Meerane wendet sich lebhaft gegen die schlechte Behandlung, die oft den Lehrlingen durch die Kollegen zuteil werde. Göring-Ulm befreit, daß bei der Erhöhung der Reiseunterstützung die berechtigten Kollegen in Nachteil gerieten. Es müsse viel mehr für die

Gewinnung der jüngeren Kollegen getan werden. Als traurig bezeichnet er es, daß die Hamburger Einlasser an die Generalversammlung um Regultierung ihrer Gehälter herantreten müßten. Das sei eine Frucht der Hitze gegen die Beamten. Koch-Berlin begründet einen Antrag, daß bei der Arbeitslosigkeit die Zahlung der Beiträge erlassen werden solle. Rint-Hamburg wendet sich gegen die Arbeitslosenunterstützung, man solle die Organisation so stärken, daß sie den Unternehmern energisch entgegenzutreten könnte.

Nachdem die Debatte geschlossen ist, erhält noch der Vertreter der Generalkommission Sabbath das Wort: Er hat Bedenken gegen die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung, wie sie der Vorstand vorschlägt. Es würde bedauerlich sein, wenn bei einem Mißgelingen dieses Versuches die Feinde der Arbeitslosenunterstützung dadurch neuen Agitationsstoff bekommen würden. Der Zeitpunkt würde allerdings kommen, wo alle Organisationen die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Es sei betäubend, daß auch hier wieder Beamtenfeindschaft zutage getreten sei. Man solle sich nicht zum Mundstück derer machen, die die Aufgaben der Organisation nicht begriffen hätten. Wenn man Mißtrauen gegen die Beamten hege und gegen sie agitiere, wie das in Hamburg vorgekommen sei, dann soll man sich nicht wundern, wenn die Unternehmern zu den Beamten sagen: „Ihr besitzt ja gar nicht das Vertrauen der Arbeiter.“ Auf einem guten Beamtenstabe beruhe die ganze Organisation. Zwischen Leitung und Mitgliedern müsse das größte Vertrauen herrschen. Im Interesse der Organisation dürfe man den Beamten das Stimmrecht auf der Generalversammlung nicht entziehen. Wenn die tüchtigsten Kollegen an der Leitung teilnehmen sollen, dann müsse auch Vertrauen herrschen.

Tobler meint in seinem Schlussworte, daß die Vorlage günstig wirken werde, wenn man die nötige Aufklärung über sie unter den Kollegen verbreite. Wenn diese Vorlage Fiasco macht, dann wird bei der Ablehnung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung die wahre Meinung der Kollegen zum Ausdruck kommen. Die Ausgaben könne die Organisation ertragen, ohne an ihrer Stofkraft in finanzieller Beziehung Schaden zu leiden. Der Redner wendet sich gegen den Erlaß der Beitragszahlung bei Arbeitslosigkeit. Das Stimmrecht dürfe den Beamten nicht genommen werden. Die Kritik dürfe nicht nur bei Personen einsehen, sondern müsse sachlich geführt werden.

In persönlichen Bemerkungen wenden sich die Hamburger Delegierten gegen die Ausführungen von Sabbath, der die Sache aufgekauft habe. Sabbath erwidert, daß er als Unbeteiligter nur seiner Stimmung habe Ausdruck geben wollen.

Sämtliche zum Statut gestellten Anträge werden hierauf einer besonderen Kommission überwiesen. Am Freitag wird in geschlossener Sitzung über die Tariffrage verhandelt.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle verhandelt am Donnerstag über die

Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen

in der Gewerbeordnung. Unsere Genossen beantragen, daß Kinder unter 14 Jahren nicht in Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern beschäftigt werden dürfen. Die Arbeiterschutzvorschriften für jugendliche Arbeiter sollen noch einem Antrag unserer Genossen ferner nicht wie bisher nur für Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren Anwendung finden, sondern für Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Die Arbeitszeit soll im Maximum von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Die Regierung erklärt sich gegen die Anträge, desgleichen die Vertreter aller bürgerlichen Parteien. Von den Genossen Schmidt, Stadhagen und Kollenbuh wird darauf hingewiesen, daß in der Schweiz und Oesterreich seit langem ein Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren besteht und daß in England der Schutz für junge Leute seit 70 Jahren die Arbeiter bis zum 18. Jahre umfasse, ohne daß die Industrie darunter leidet.

Die Anträge unserer Genossen werden abgelehnt.

Zu § 139b beantragen unsere Genossen, die

Gewerbeinspektion

dem Reich zu übertragen, nicht den Einzelstaaten, wie es bisher gesetzliche Vorschrift ist. Die Befugnisse der Gewerbeinspektoren sollen dahin ausgedehnt werden, daß die Beamten das Recht haben, Unternehmer, Betriebsbeamte und Arbeiter der ihrer Aufsicht unterstellten Betriebe zu vernehmen und zur Durchführung der erwähnten Gesetzesbestimmungen in dringenden Fällen polizeiliche Verfügungen zu erlassen.

Die Genossen Kollenbuh und Stadhagen weisen darauf hin, daß die Autorität der Gewerbebeamten gesteigert wird, wenn ihnen das Recht gegeben wird, polizeiliche Strafverfügungen zu erlassen. Vor allem ist der Weg sehr umständlich, daß Uebertretungen erst der Polizei gemeldet werden und diese die Strafverfügung erläßt.

Abg. Merkel (nall.) ist der Meinung, daß die Inspektionsbeamten jetzt schon sehr entschieden vorgehen und die Fabrikanten drangsalieren. Wird den Beamten noch die Strafverfügung zugestanden, so wird der Zustand unerträglich. Die Zentrumsvertreter stehen der Ausdehnung der Befugnisse der Gewerbebeamten sympathisch gegenüber, wenden sich aber gegen den Antrag unserer Genossen, da eine Regelung des Reichsgesetzes nicht erwünscht sei. Die Aenderung vielmehr durch die Landesbehörde erreicht werden solle. In diesem Sinne beantragt das Zentrum eine Resolution. Bei der Abstimmung werden die Anträge unserer Genossen gegen die Stimmen unserer Genossen und der Polen abgelehnt, die Zentrumsresolution wird angenommen.

Unsere Genossen beantragen in einem § 139b die Wahl von

Arbeiterkontrollleuten

durch die Arbeiter. Diese Hilfsbeamten sind verpflichtet, auf die Beobachtung der Schutzvorschriften zu achten und sich über die im Betriebe vorgekommenen Unfälle zu unterrichten.

Gegen den Antrag wendet sich Dr. Pieper (Z.): Die Wahl könne nicht durch die Arbeiter erfolgen. Eventuell könne man den Weg wählen, den die preussische Regierung in der Bergeschnovelle einschlägt. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Antrag unserer Genossen für die Regierung unannehmbar ist. Abg. Wahn (nall.) ist gegen jede Einführung der Arbeiterkontrollleuten. Der Antrag unserer Genossen wird abgelehnt.

Nächste Sitzung am Dienstag.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(28. Sitzung vom 4. März.)

Die Beratung über den Militäretat wurde fortgesetzt. Beim Kapitel „Militärintendanturen“ wurde eine von Erzberger beantragte Resolution, welche von der Regierung verlangt, in Erwägung einzutreten, ob die Zahl der höheren Intendanturbeamten nicht zu erniedrigen sei und die Arbeiten nicht von mittleren Beamten gemacht werden können, abgelehnt, obgleich der ehemalige bayerische Artillerieoffizier und jetzige Zentrumsabgeordneter Häufler die höheren Intendanturbeamten als überflüssige Dekorationsstücke bezeichnet hatte. Dagegen wurde eine nichtsagende Resolution des Grafen Oriola angenommen, die Erhöhungen von der Regierung verlangt, ob und eventuell wie eine Vereinfachung und Verbilligung der Intendanturgeschäfte erreicht werden könne. Auch die Art und Weise, wie die durch Länder- und sonstige Uebungen verursachten Flurschäden abgeklärt zu werden pflegen, erfuhr von Seiten eines Zentrums- und eines freisinnigen Vertreters entsprechende Beurteilung. Vieles verstanden die oberen Militärs nicht viel von diesen Dingen; so sei es vorzuziehen, daß sie Gerber

von Roggen nicht hätten unterscheiden können! Abg. Gothein teilt mit, daß ihm ein höherer, gutinformierter, heute nicht mehr aktiver Militär berichtet habe, daß die Abschlagskommissionen sich mit ihrer Arbeit der Diäten wegen nicht beeilen!

Beim Titel „Militärjustizverwaltung“ weist Abg. Erzberger darauf hin, daß die Militärrichter in viel geringerem Maße beschäftigt seien als die Zivilrichter: Auf erstere entfielen 23, auf letztere 67 Anklagen. Die Militärverwaltung versucht, diese Zahlen zu entkräften. Die Kommission beschließt jedoch, von den für Kosten in militärgerichtlichen Untersuchungssachen in den Etat eingestellten 547 000 M. 18500 M. abzugeben.

Beim Titel „höhere Truppenbefehlshaber“ beschwert sich Genosse Koske über den sanften Druck, den die Militärbehörde auf die Stadtverwaltung Chemnitz ausgeübt habe. Damit sie den Divisionär nicht verliere, zahle sie einen erheblichen Zuschuß zu seiner Dienstwohnung. Abg. Erzberger beanstandet den Titel „Generalinspektor der Kavallerie“ und bemerkt, daß die Ausbildung der Jäger und Schützen heute die gleiche sei wie die der Infanterie, so daß sich ein besonderer Inspektor hier ebenso erübrige wie bei der Feldartillerie, wo der Posten seit einiger Zeit auch eingegangen sei. Der Posten wird jedoch bewilligt.

Nächste Sitzung: Freitag. Fortsetzung der Beratung über den Militäretat.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung eines Gesetzes über den unzulässigen Wettbewerbs hielt am Donnerstag ihre 9. Sitzung ab. Zur Beratung stand der § 14:

„Mit Geldstrafe bis zu 5000 M. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebs Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst zugänglich gemacht worden sind, während der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses unbefugt an andere zu Zwecken des Wettbewerbs oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebs Schaden zuzufügen, mitteilt.“

Die Genossen Brühne, Dr. Frank und Horn beantragen, diesen Paragraphen zu streichen. Ein Antrag Sir (Z) will die Bestrafung auch noch ein Jahr nach dem Dienstverhältnis.

Genosse Brühne ersucht um Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Daß man Arbeiter und sogar Lehrlinge wegen Betrags von Betriebsgeheimnissen mit so schweren Strafen belegen wolle, das gehe zu weit. Ein Regierungsvertreter wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, denn es gäbe ausländische Firmen, welche Angestellte in deutschen Betrieben hätten, die nur zu dem Zwecke in den Betrieben seien, um Geschäftsgeheimnisse kennen zu lernen. — Sir (Z) begründet seinen Antrag, gegen den sich Carstens (fr. Sp.) und Jund (nall.) wenden. Genosse Brühne führt aus, man solle sich doch einmal die Folgen überlegen, die durch die Annahme dieses Antrages entstanden: man würde Hunderte von Angestellten ins bitterste Elend stoßen. Nachdem sich noch der Regierungsvertreter gegen den Antrag ausgesprochen hat, wird der Antrag Sir abgelehnt. Der Antrag Brühne-Dr. Frank-Horn wird mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Die §§ 15 und 16 werden nach der Regierungsvorlage angenommen, in § 17 werden die Worte hinzugefügt: „oder mit einer dieser Strafen“. Die §§ 18—28 werden unverändert angenommen.

Eine lange Debatte entspinnt sich noch über den zurückgestellten § 9, der vom

Ausverkaufswesen

handelt. Hierzu liegt ein Antrag Sir (Z) vor: dem § 9 hinzuzufügen:

„Inventur- und Saisonausverkäufe dürfen nur zweimal im Jahr und jedesmal nicht länger als vier Wochen stattfinden.“

v. Rodhausen beantragt: „Die höhere Verwaltungsbehörde regelt nach Anhörung der Gewerbebetreibenden und der Gemeindebehörden das Ausverkaufswesen.“

Ein weiterer Antrag Sir will den Absatz 1 streichen und durch folgende Bestimmung ersetzen:

„Die Ankündigung eines Ausverkaufs ist nur bei vollständiger Aufgabe des Geschäfts oder einzelner darin geführter Waren gestattet.“

Nach Begründung der Anträge erklärt sich der Regierungsvertreter gegen die Anträge Sir. — Nachdem noch Gerstenberger, Jund, Findel, Am Jönhoff und Carstens gesprochen haben, wird der Antrag Sir angenommen. In der nächsten Sitzung hofft die Kommission mit der ersten Lesung zu Ende zu kommen.

Aus der Weingesehskommission.

Eine nasse Sitzung hielt die Kommission am Mittwoch nach Schluß ihrer Beratungen ab. Einige der Herren Mitglieder, die zu Hause die edelsten Weine subterweise in ihren Kellern liegen haben, hatten es sich — gewissermaßen zur Krönung des schwierigen Werkes — nicht nehmen lassen, Proben ihrer besten Marke dem Urteil der Sachkenner zu unterbreiten. Während der etwa 1½ stündigen Dauer der Schlusssitzung schwoll die normalerweise 28 Mitglieder betragende Kommission auf etwa 100 Besucher an, und es entwickelte sich im Zimmer 21 ein Leben und Treiben, welches dem bekannten Dürkheimer Wurstmarktes in der Rheinpfalz nicht viel nachstand. Nach 1½ stündiger Dauer der „Sitzung“ waren die 124 Flaschen geleert und die diversen Konversationsbeiträge bezogen. Um die allgemeine Verbrüderung auch äußerlich zu kennzeichnen und auf die Nachwelt zu bringen, haben sich die Mitglieder der Kommission — photographieren lassen. . . .

Aus Industrie und Handel.

Konzentration in der Seeschifffahrt.

Eine interessante Uebersicht über die Besitzverhältnisse an der hanseatischen Dampferflotte gibt in seiner Schrift „Ein Jahrzehnt in Schifffahrt, Reederei und Seeschifffahrt“ E. Pilger-Bremen. Insgesamt berechnet er für die hanseatischen Dampfer 2878 566 Bruttotonnen. Hiervon entfallen fünf Sechstel auf zehn Gesellschaften, unter denen wieder zwei weit über die Hälfte beherrschen. Die folgende Zusammenstellung zeigt den Anteil der zehn Gesellschaften:

Gesellschaft	Anzahl Schiffe	Brutto-Tonnen
Hamburg-Amerika-Linie	171	824 009
Norddeutscher Lloyd	139	653 462
Hansa	52	229 143
Hamburg-Südamerika	44	191 643
Kosmos	35	167 326
Deutsch-Australische D. G.	32	109 261
Deutsche Ostafrika-Linie	23	80 002
Deutsche Levante-Linie	28	66 133
Dreger	35	54 815
Neptun	60	47 058

Insgesamt verfügen demnach die 10 Gesellschaften mit ihren 625 Schiffen über 2 428 942 Bruttotonnen. Im Jahre 1897 hat die Reichsregierung, in Verbindung mit den sechsstädtischen Handelskammern, den Wert der gesamten deutschen Handelsflotte einschließlich der unvollendeten Neubauten auf 800 Millionen Mark geschätzt. Den Anschaffungswert taxiert man um ein Drittel höher. Zur Zeit haben die neun größten Gesellschaften — das sind die vorstehenden ohne die Levante-Linie — ein Aktienkapital von 342 Millionen Mark investiert, dazu Anleihen in Höhe von 178 Millionen Mark. Der Nettotonnengehalt der Nordseeflotte — Sealer

Seeleichter und Dampfer — hat sich seit 1884 um das Dreifache, von 835 100 Tonnen auf 2 498 000 Tonnen gehoben. Dabei ist der Rauminhalt der Segelschiffe um circa 25 Proz. zurückgegangen, so daß mehr als die Gesamtzunahme auf die Dampfer entfällt. Auch in der Reederei tritt die Ueberlegenheit des Großbetriebes, der Vierzug des Kapitalismus markant in Erscheinung.

### Bankgeschäfte.

Die Dresdner Bank erzielte im letzten Geschäftsjahre bei 180 Millionen Aktienkapital rund 81 Millionen Mark Bruttoertrag. Der Reingewinn wird mit 19 287 978 M. ausgewiesen. Die Dividende kommt mit 7 1/2 Proz. zur Verteilung. Der vorjährige Abschluß hat ausgewiesen: 81 1/2 Millionen Mark Bruttoertrag und 19 1/2 Millionen Mark Reingewinn.

Der Schaaffhauserische Bankverein erzielte bei 145 Millionen Mark Aktienkapital 18 1/2 Millionen Mark Bruttoertrag und 13 803 037 M. Reingewinn, gegen 18 133 304 M., respektive 14 566 749 M. im Vorjahre. Die diesjährige Dividende beträgt 7 Proz.

Die Deutsche Bank schüttet für das letzte Jahr 12 Proz. Dividende aus. Die Gesamtsumme belaufen sich auf 94,47 Milliarden Mark gegen 91,61 Milliarden Mark im Vorjahre. Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Gewinn von 33 056 004 M. (gegen 33 506 389 M. im Vorjahre). Es wird vorgeschlagen, 2 070 030 M. auf Bankgebäude (1907 2 255 632 M.) und 916 112 M. auf Immobilien (1907 931 639 M.) abzuführen, 1 867 085 M. (1907 1 831 918 M.) der ordentlichen Reserve B zu überweisen, 2 000 000 M. zu Gratifikationen an die Beamten, 750 000 M. für den Pensionsfonds zu verwenden, ferner 12 Proz. Dividende zu verteilen und 1 150 542 M. (1907 1 134 033 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

### Die landwirtschaftliche Betriebszählung in Preußen.

Die Hauptergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung in Preußen lassen eine Verschiebung zugunsten der mittelbäuerlichen Betriebe erkennen. Auch die Zwergebetriebe bis zur Größe eines halben Hektar Landes sind angewachsen und zwar um 9,26 Proz., von 1 238 190 im Jahre 1895 auf 1 352 845 im Jahre 1907. Es wurden Betriebe überhaupt (Haupt- und Nebenbetriebe) gezählt: 3 400 144 gegen 3 308 126 im Jahre 1895, das ist eine Zunahme von 2,78 Proz. Die gesamte Betriebsfläche vergrößerte sich in dieser Zeit um 0,12 Proz., von 28 479 739 Hektar auf 28 512 875 Hektar. Die Anbaufläche (das ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche) verkleinerte sich um 1,82 Proz., von 21 373 025 auf 20 984 029 Hektar. Die Zahl der Hauptbetriebe macht noch nicht die Hälfte der Gesamtbetriebe aus.

Zahl und Größenverhältnis ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

	1895:	1907:	
1/2 bis unter 8 Hektar	375 857 Betriebe	310 874	- 18,22 Proz.
8 " " " 20 "	698 357 "	760 815	+ 7,18 "
20 " " " 100 "	181 691 "	171 491	- 5,09 "
100 " " " 200 "	8 132 "	8 024	- 1,33 "
200 " " " 500 "	7 588 "	7 773	+ 2,44 "
500 " " " 1000 "	2 070 "	2 640	+ 11,11 "
1000 und mehr Hektar	509 "	336	- 33,99 "

Die starke Zunahme der Zwergebetriebe ist zum Teil formalistisch zu erklären, insofern diese Betriebe genauer erhoben sind als 1895. Sie ist insofern eine beachtenswerte Erscheinung als sehr viele zum Gebiete der Großstädte gehörenden Gemeinde- und Pflanzlandereien neuerdings nachweislich an Landbesitzerfamilien vererbt sind. So gelangt man zu zahlreichen sehr kleinen Betrieben, die wirtschaftlich nicht viel bedeuten. Das Verhältnis der übrigen Größenklassen zueinander zeigt ein sehr charakteristisches Gepräge. Bei den Betrieben überhaupt hat der Anteil der mittelbäuerlichen Haupt- und Nebenbetriebe zusammen (abgesehen von den Zwergebetrieben) allein zugenommen, ebenso auch ihre gesamte Betriebsfläche und ähnlich die Anbaufläche. Auch bei den kleinbäuerlichen Betrieben haben diese Flächen stark zugenommen, was bei der übrigens geringen Abnahme der Betriebe dieser Klasse einer Steigerung ihrer Bedeutung gleichkommt. Die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen ist schon in erster Linie auf eine wesentliche Zunahme des Gewichtes der mittelbäuerlichen Betriebe gerichtet; sie ist aber auch den Kleinbetrieben zugute gekommen. Die Hauptbetriebe zeigen diese Entwicklungsrichtung im wesentlichen ebenfalls. Bei den Großbetrieben ist die Abnahme des Anteils der Flächen weniger bedeutend als in der Uebersicht über die Betriebe überhaupt. Nicht zum kleinsten Teile beruht diese Erscheinung auf der Kolonisation im Osten des Staates und auf der Bildung von Rentengütern.

### Neue Staatsaufträge.

Der Regierung gerade jetzt mit den Aufträgen zurückhalte und so die Preise noch weiter drücken helfe. Die Regierung, die ja gewöhnt ist, daß mit den in ihren vertraglichen Bestimmungen festgelegten Hochkonjunkturpreisen — es sei nur an den jüngsten Vertrag mit dem Stahlwerksverband erinnert — das normale Sinken der Marktpreise behindert wird, scheint sich die Lage zu Herzen genommen zu haben. Jetzt wird bekannt, daß das Zentralamt der preussischen Eisenbahnverwaltung beauftragt ist, mit dem Bundesamt (1) der Lokomotivbauanstalten wegen der Lieferung von 650 Lokomotiven schweren Kalibers im Gesamtbetrage von 50 Millionen Mark zu verhandeln. Die Anlieferung soll in der Zeit vom 1. Oktober dieses Jahres bis zum April 1910 erfolgen.

Besondere Beachtung verdient die konstatierte Selbstverständlichkeit, daß eine hohe Regierungsstelle mit einer wirtschaftlichen Interessensvertretung verhandelt.

## Soziales.

### Zum § 25 des Unfallgesetzes.

Der Arbeiter-Tischaukel, der eine Unfallrente bezieht, war auf Kosten des Ortskrankenkassenverbandes Breslau wegen eines Hamntöhlens längere Zeit im Krankenhaus behandelt worden. Obwohl die Folgen des früheren Unfalls mit dieser Krankheit in keinem ursächlichen Zusammenhang standen, beantragte der Ortskrankenkassenverband doch, bei der zuständigen Berufsgenossenschaft gemäß der §§ 25 und 26 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes Kostenersatzung an Rentenbeiträgen. Die Berufsgenossenschaft lehnte das ab, weil Tischaukel keine Zustimmung verweigerte und auch weil der Leistungsgrund für die Armenunterstützung und für die Unfallrente kein einseitiger sei, da der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Krankheit fehle. Der Ortskrankenkassenverband klagte nun gegen Tischaukel mit dem Antrage, in die Ueberweisung von 123 M. Unfallrente zu willigen. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Der in § 25 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1900 und in dem mit ihm gleichlautenden § 30 des Unfallversicherungsgesetzes für Forst- und Landwirtschaft den Unterhalt gewährten Renten, Gemeinden oder Armenverbänden einzurechnen ist, wenn der Voraussetzungen abhängig, daß die von Renten, Gemeinden oder Armenverbänden den Unfallverletzten geleisteten Unterstützungen im ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall standen, für den die Unfallrente gewährt werde. Zwar sei der Ersatzanspruch nicht ausdrücklich an diese Einheit des Leistungsgrundes geknüpft. Dennoch bilde die Einheit des Leistungsgrundes die unerlässliche Voraussetzung dafür. Das folge zunächst schon aus der Vorgeschichte des § 25 bzw. des § 30 der genannten Gesetze, die an Stelle des § 8 des alten Gewerbeunfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft getreten seien. Ein Vergleich der jetzigen mit den früheren Bestimmungen ergebe nicht, daß auch die Voraussetzungen für das Entstehen des Ersatzanspruches hätten umgekehrt werden sollen. Das hätte gesagt werden müssen, wenn die Absicht dahin gegangen wäre, durch Erfolg des neuen Gesetzes den Ersatzanspruch von der Einheit des Leistungsgrundes unabhängig zu machen, denn die §§ 8 und 11 der älteren Gesetze hätten den Uebertrag des Ersatzanspruches auf die Einheit des Leistungsgrundes geknüpft. Aber auch eine Prüfung des Gesetzeswortes, die ohne Vergleich mit dem früheren Rechtszustand vorgenommen werde, führe zu dem Ergebnis, daß das Entstehen des Ersatzanspruches die Einheit des Leistungsgrundes zur Voraussetzung habe. — Im übrigen sei überhaupt als der leitende Gedanke der in der sozialpolitischen Gesetzgebung vorgehenden Erstattungen nicht sowohl die Absicht, das Nebenandergehen mehrfacher Unterstützung mechanisch zu verhindern, als vielmehr der Grundgedanke zu erkennen, daß Armenverbände und Unterstützungsstellen dann Erstattung verlangen können, wenn sie kraft subsidiärer gesetzlicher Verpflichtung solche Leistungen bewirken hätten, welche endgültig und ohne Ersatzberechtigung anderen Klassen usw. obliegen. — Wegen Fehlens der Einheit des Leistungsgrundes sei die Klage abzuweisen.

### Der Kölner Kerkzestreit.

Mit dem Kölner Kampfe zwischen Kerkzestreit und Kranken-Kassenverband befaßte sich am 2. März in einer außerordentlichen Sitzung die Kerkzestammer für die Rheinprovinz. Nach dem veröffentlichten offiziellen Bericht haben die einzelnen Kerkzer das Möglichste geleistet, um die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. In einer einstimmig beschlossenen Resolution wird behauptet, daß die jetzt in Köln vorgekommenen „Mißstände, wie sie von der Presse und anderweitig gerügt worden sind, allein vom Kranken-Kassenverband herbeigeführt“ seien, und zwar dadurch, daß dieser Verband „den Kerkzern das bisherige Vertragsverhältnis zum 1. Februar 1909 gekündigt und allen Bemühungen der Kerkze und der Verwaltungsbehörde auf gütliche Einigung unweigerlichen Widerstand entgegengekehrt hat“.

Sobald Behauptungen, soweit Unwahrheiten! Erstens haben die Kranken-Kassen gar keinen Vertrag gekündigt, sondern der den Kerkzern im Jahre 1904 infolge des damaligen Kerkzestreits mit seinem künstlich herbeigeführten Rückstand von der Aufsichtsbekanntmachung Vertrag mit dem Kerkzesterein ist mit dem 1. Februar von selbst abgelaufen. Nicht die Kerkzestereiter haben die Einigung unmöglich gemacht, sondern die Vertreter des Kerkzestereins haben in der harten Weise an dem Prinzip der sogenannten freien Arztwahl festgehalten, obwohl gar nicht sie, sondern allein die Verächter das Recht haben, die freie Arztwahl zu fordern. Die Kerkzestereiter sind den Kerkzern weit über ihre finanziellen Kräfte hinaus entgegengekommen, ohne die Kerkzestereiter von ihrem Starrsinn abbringen zu können, da diese eben auf strikte Anweisung des Leipziger Vorstandes des Kerkzestereins handelten.

Weiter bestritt die Resolution, daß in Köln „plötzlich schwer Erkrankten oder Kranken überhaupt die ärztliche Hilfe verweigert“ wurde oder daß Kerkze „in Fällen dringender Not nicht einzutreten gewillt waren“. Tatsache ist, daß der Kranken-Kassenverband eine ganze Reihe von Fällen unter genauer Angabe der Personen und Umstände veröffentlicht hat und daß der Kerkzesterein hierauf vollständig die Antwort schuldig geblieben ist. Es bezieht also der Wohltätiger und Sterbender.

### Fortbildungsschule und Religionsunterricht.

Die Notwendigkeit der Pflichtfortbildungsschulen, schreibt die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“, gelangt immer mehr zur Anerkennung, auch bei den Geistlichen. Aber immer wieder stellen diese die Forderung, den Religionsunterricht unter die obligatorischen Unterrichtsgegenstände der Fortbildungsschule aufzunehmen. Ganze Synoden haben schon dahingehende Beschlüsse gefaßt, und wer weiß, was bei der Stellung unserer Regierungen kirchlichen Ansprüchen gegenüber noch geschieht, obwohl sich eigentlich jeder sagen muß, daß bei dem Mißverhältnis zwischen Arbeitszeit und Arbeitspensum in der Fortbildungsschule schlechterdings keine Zeit für besondere Religionsstunden vorhanden ist. Rechtswürdig erscheint auch, daß die den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule fordernden Geistlichen nicht empfinden, wie sie sich damit in Widerspruch zu der Auffassung der Kirche von der Konfirmation setzen. Durch den vom Geistlichen erteilten Konfirmationsunterricht soll die religiöse Unterweisung ihren Abschluß finden, denn der junge Mensch soll durch ihn befähigt werden, ein lebendiges Glied der kirchlichen Gemeinde zu werden. Er bedarf zu seiner Erhaltung in der christlichen Gemeinschaft dann keiner anderen als der allen mündigen Gemeindeglieder zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und Einrichtungen. Voraussetzung ist freilich, daß der Konfirmationsunterricht seine Aufgabe erfüllt. Nichterfüllung würde indes nur eine Umgestaltung des Konfirmationsunterrichts bedingen, nicht aber zur Forderung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule berechtigen. Uebrigens gibt es auch nicht wenige Geistliche, welche nicht von diesem Unterricht wissen wollen, sondern anerkennen, daß die religiöse Unterweisung dieser Altersstufe Aufgabe der Kirche allein sei, eine der schwierigsten Aufgaben, die sie jedoch zu lösen versuchen müsse.

## Aus der Frauenbewegung.

### Dienstboten und Arbeiterbewegung.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat mit der Erlangung großer Einkommen die Zunahme der in häuslichen Diensten unproduktiven Schichten befördert. Mit dem Zerfall der Markgenossenschaften war das Auskommen großer ländlicher Bevölkerung gegeben; der Dienstbote wurde Bedürfnis. An den Höfen der Fürsten und Grafen wie auf den Rittergütern gab es bald viel „hohe“ und „niedere“ Bediente. Letztere zur Bedienung des ersteren. Durch die Abgaben der Hofsleute waren Lebensmittel für die Hofhaltung und Veranstaltung von Festen genug vorhanden. Die Kopfzahl des Bedienten stellte deshalb für den Haushalt keinen schweren Ballast dar. Die Dienstboten, männliche wie weibliche, rekrutierten sich aus den um ihren Besitz gekommenen Bauernfamilien oder aus den nicht ererbenden Bauernknechten und Söhnen, da nach dem Erbrecht den Erstgeborenen der Hof zufiel. Die anderen Ackerbauern mußten ihren Unterhalt an den Höfen der Adligen und großen Bauern suchen. Später erlernten die Söhne vielfach ein Handwerk. Für die Mädchen aber blieb der Dienst die einzig mögliche Zukunftspforte. Immer waren es natürlich die besser situierten Familien, die ein oder mehrere Dienstmädchen hielten. Mit dem Aufblühen des Handwerks konnte sich auch die Jungmeisterin den Luxus leisten, ein Dienstmädchen zu beschäftigen. Hier zählte das Mädchen jedoch mit zur Familie; Hausfrau und Mädchen verrichteten gemeinsam die häuslichen Arbeiten. Ueberzahlung gab es dabei nicht. Die Verlohnung war reichlich und gut. Der nominelle Lohn war allerdings gering und doch haben die Mädchen zu jener Zeit gepart. Wenn sie heirateten, hatten sie den Koffer voll Feinzeug und dazu Geld auf der Sparkasse. Das sind die guten alten Zeiten, von der jetzt so viel salbachtet wird. Man schimpft über die Euzucht der Dienstmädchen von heute. Man vergißt dabei, daß die Verhältnisse durchweg sich gewaltig geändert haben. Hausfrauen und Dienstmädchen trugen damals ihre Kleider wegen der größeren Haltbarkeit und dem selteneren Wechsel der Mode weit länger als heute. Die Umgebung wirkt natürlich auch auf die Dienstmädchen ein. Das Luxusbedürfnis der Damen übertrug sich in gewissem Sinne auch auf jene. Der Unterschied in der Verlohnung ist nur, daß die Dienstmädchen mit billigerem Lohn zufrieden sein müssen, so daß in dieser Beziehung der Abstand zwischen Dienstmädchen und Herrschaft viel größer ist, als er ehemals war.

In einem modernen Haushalt bleibt — mit wenigen Ausnahmen — die Arbeit fast allein dem Dienstmädchen überlassen. Gewiß, die moderne Industrie hat revolutionierend im Hauswesen gewirkt; manche Arbeit, die früher einen Teil des Tages in Anspruch nahm, fällt heute weg. Dafür ist aber auf der anderen Seite der Luxus in der Hauswirtschaft gestiegen, die großen Wohnungen haben zugenommen. Das gesellschaftliche Leben der Herrschaften übertrug den Mädchen große Summen von Arbeit auf. Nur teilweise kommt

der Komfort in den modernen Großstadtmwohnungen den Dienstboten zugute; ihre soziale Lage hat sich zweifellos verschlechtert.

Die Abhängigkeit der Dienenden von ihren Dienstgebern macht aus den Dienstboten Menschen, die für die Empfindungen und Bestrebungen des industriellen Proletariats kein Verständnis haben. Die Dienenden sind vom öffentlichen Leben völlig ausgeschlossen, sie bekommen oft nicht einmal eine Tageszeitung zu Gesicht. Der enge Gesichtskreis, in dem sie leben, läßt sie nicht zur Erkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge kommen. Wohl empfinden die Dienenden die Qual der Unfreiheit; sie beneiden die in den Fabriken arbeitenden Mitbewerbern um ihre freie Zeit. Der Reiz und die Verständnislosigkeit läßt sie aber falsch urteilen. Ein Dienstmädchen betrachtet ein Fabrikmädchen als schlecht, die Fabrikarbeit erachtet es als minderwertig. Es fühlt sich schon erhoben in dem Bewußtsein der späteren Würde als Hausfrau. Den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter stehen sie mit Gleichgültigkeit gegenüber. Nicht aus dem richtigen Erkennen der Tatsachen, sondern beunruhigt von der Stimmung der Herrschaften, hoffen die Dienstboten teilweise sogar die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Als Dienende können sie der Partei allerdings wenig schaden, nur soweit, als sie selbst ihr fernbleiben. Anders ist es aber, wenn sie aus der dienenden Stellung herauskommen, durch Heirat oder Selbständigwerden in die Kleinbürgerliche Existenz hineinkommen. Viele der kleinen Geschäftstoleuten waren früher Diener, Kutsher oder sonstige Angestellte im Privathaushalt. Sie stehen in ihrem neuen Erwerbseben der Sozialdemokratie noch ebenso feindlich gegenüber wie früher. Noch wichtiger für uns ist die Haltung des ehemaligen Dienstmädchens als Frau und Mutter. Ungefährlich stehen viele Dienstmädchen die Ehe mit Arbeitern, oft mit überzeugten Parteigenossen. Da gibt es denn nicht selten häusliche Zwistigkeiten wegen der Tätigkeit des Mannes in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Ein guter Parteigenosse wird natürlich versuchen, seine Frau aufzuklären. Da legt sich ihm dann ein mächtiger Widerstand entgegen, der oft zu einem unharmonischen Zusammenleben, zu ständigen Konflikten führt, den Unfrieden, das Schicksal vererbend in die Familie hineinträgt. So kommen verschiedene Unstände zusammen, die es als dringend notwendig erscheinen lassen, nach dieser Richtung mehr agitatorisch und auflösend zu wirken.

Erstlichertweise hat nun eine rege Agitation unter den Dienstboten eingesetzt, die in verschiedenen Städten auch bereits hübsche Erfolge erzielte. Im allgemeinen sind aber die Früchte aus dieser Arbeit noch gering. Die Abgeschlossenen der Mädchen ist auch hier ein Hemmschuh. Doch wird es den unermüdeten Bemühungen gelingen, Licht in die Köpfe der Hausflaven zu bringen und sie zu überzeugen von der Notwendigkeit ihrer Teilnahme am Befreiungskampfe des Proletariats.

### Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Nächste Versammlung: Montag, den 15. März.

## Veranstaltungen.

### Mag. Grünwalds Vorträge.

Die am 15. Februar begonnenen Vorträge über das Erfurter Programm, die Genosse Grünwald vor der 7. und 8. Abteilung des Wahlvereins des 6. Kreises hält, nahmen am Montag in den „Fruchtlingen Nordwest“ ihren Fortgang. Der Redner gab zuerst die Grundgedanken seines einleitenden Vortrages wieder, erinnerte daran, wie das Erfurter Programm uns ein Abbild der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie in ihrer Entwicklung aus einfachen Formen die jetzige Höhe erreicht haben, zeigt. Neben wie noch stehen die grobhartige Weltwirtschaft mit ihrem eisenhaft angewachsenen Versteht und ihrer hochentwickelten gesellschaftlichen Produktion, so erkennen wir, den Blick nach den inneren Vorgängen gerichtet, zugleich, wie sich zwei Elemente im wirtschaftlichen Leben geschehen haben. Wir sehen auf der einen Seite die Bestenben (im Besitz der Rohstoffe und der Werkzeuge) und auf der anderen Seite die Bestenben, die nur ihre Arbeitskraft haben. Es kommt nun für uns darauf an, zu untersuchen, ob in den gegenwärtigen Verhältnissen gewisse geschwähliche Erscheinungen vorhanden sind, die uns Richtlinien für den Gang der zukünftigen Entwicklung geben. Solche Richtlinien für die Zukunft bietet uns das Erfurter Programm. Wir wollen nicht nur erkennen, wie die Dinge sind, sondern wir forschen, ob nicht Ansätze vorhanden sind, die uns Schlüsse gestatten auf die Fortentwicklung der Dinge. Es ist oft unendlich schwer, die einzelnen dazu zu bringen, daß sie über ihren eigenen kleinsten wirtschaftlichen Kreis hinaus ein Verständnis für den Zusammenhang der Dinge gewinnen. Die einzelnen leben immer nur ganz winzige Teilchen der großen Vorgänge im wirtschaftlichen Leben, und wenn sie diese Vorgänge in ihrem Zusammenhang verstehen wollen, so müssen sie sich dazu aufzwingen, das wirtschaftliche Leben als Ganzes zu betrachten, über den einzelnen Fall hinaus in die Masse der Erscheinungen zu blicken. Man muß vom Einzelfall abstrahieren, in den Massenerscheinungen nach gewissen gleichen Erscheinungen suchen, und dadurch gelangt man zu Gesetzen in der Weltwirtschaft. Der Redner wählte manches interessante Beispiel anzuführen, um seine Darlegungen recht klar zu machen. Er machte dann auf charakteristische Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft aufmerksam. Die zunehmende Kapitalisierung der Industrie bringt die Konzentration der Bevölkerung nach den Großstädten zustande. Die Statistik des Deutschen Reiches weist ganz überraschende Zahlen nach dieser Richtung hin auf. Die Großbetriebe wachsen ins Riesenhafte, und mit dieser Entwicklung geht eine Verdrängung im Erwerbseben vor sich. Agrarstaaten werden zu Industriestaaten und sind nicht mehr instande, ihre Bevölkerung zu ernähren. Sie müssen vom Auslande Nahrungsmittel für die Bevölkerung wie auch für die Industrie (nämlich Rohstoffe) herbeischaffen. Dafür geben sie fertige Fabrikate an das Ausland ab. Und nun zeigt sich bei den modernen Industriestaaten eine passive Handelsbilanz, das heißt, es kommen vom Auslande mehr an Werten herein als an das Ausland abgegeben werden. Neugierlich betrachtet, scheint die passive Handelsbilanz auf einen schlechten Stand der Volkswirtschaft zu deuten, aber man muß diese Erscheinung im Zusammenhang mit der gesamten Weltwirtschaft erfassen. Das reiche England hat eine passive Handelsbilanz und ebenso Deutschland seit seiner großartigen industriellen Entwicklung, gerade mit der Zunahme und dem Aufschwung seiner Industrie. Die Erklärung liegt darin, daß die eingeführten Werte zum großen Teil die Zinsen darstellen, die das Ausland an deutsches Kapital zu zahlen hat. — Mit dieser Entwicklung stehen zahlreiche andere Erscheinungen im engen Zusammenhang. Das Kapital mit seiner Tendenz, möglichst hohe Profitraten zu erzielen, zieht zuerst die Industrie vor, ist aber zugleich bestrebt, die Landwirtschaft immer mehr zu industrialisieren durch angewandte Technik und verbesserte Anbaumethoden. So gab es zum Beispiel im Jahre 1882 in der deutschen Landwirtschaft 800 000 Betriebe mit Pflügen, so gab es deren 900 000 im Jahre 1895. Gab es 1882 nur 64 000 Sämaschinen und 74 000 Dampftraktoren, so gab es 1895 schon 169 000 Sämaschinen und 260 000 Dampftraktoren. — Immer mächtiger tollt die Entwicklung vorwärts. Die Konzentration der Betriebe zeigt sich gerade in den großen maßgebenden Industrien, wie im Bergbau und Hüttenwesen, in Kohle und Eisen, in Steine und Erden und im Textilwesen, am stärksten. Wo der Kleinbetrieb sich erhalten oder noch ausbreitet hat, da ist er in Abhängigkeit vom Großbetriebe.

Der Redner verließ viele Stellen aus dem grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms und erläuterte sie an der Hand seiner bisherigen Ausführungen. Im nächsten Vortrage will er dann seinen Hörern zeigen, wohin die Reise in die Zukunft geht. (Lebhafter Beifall.) Der nächste Vortrage findet wieder erst über 14 Tage statt, nämlich am 14. März.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 5. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot. Deutsches. Die Räuber. Kammerstücke. Der Graf von Gleichen. (Anfang 8 Uhr.) Anfang 8 Uhr.

Königl. Opernhaus. Elektra. Neues Schauspielhaus. Mt. Heibelberg.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

Reising. Der König. Berliner. Einer von unsere Leut. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Die Land. Neues. Die fremde Frau.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.

8 Uhr: Unbestimmt. Hörsaal 8 Uhr: Konstr.-Ingenieur Kohnor: Eisen- und Stahlgießerei.

## Gastspiel-Theater.

8. Köpenickerstr. 68. 8. Zum 522. Male:

## Sherlock Holmes

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Minna von Barnhelm.  
Lustspiel in 5 Akten von Lessing.  
Wochentagspreise.

## Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.  
Sonntag, den 7. März 1909:  
Gastspiel des Herrn Hans Schröder vom Hoftheater in Wiesbaden:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

## Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:  
Donnerwetter - tadellos!  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie  
Direktor Schultz.  
Nassary - Perry  
Holden - Bender  
Giampietro - Kettner  
Pfann - Thielscher.

## Apollo Theater

Der junge Papa.  
Operette in 1 Akt. Musik von Chm.  
Cobler. In Szene gesetzt von  
Heinz Gordon.  
10 Uhr: Alice Norton.  
Dazu: Die hervorragenden März-Attraktionen.

## WINTERGARTEN

Robert Steidl  
Liane de Vriès

## Passage-Theater.

Berlin beherbergt die sechs schönsten Mädchen der Erde!  
**The 6 Sisters Lorrison**  
die englischen Schönheiten.  
Das großartige März-Programm:  
**Piloty von Kaulbach**  
Taciano  
Franz Amon  
10 erstklassige Variété-Attraktionen.

## Passage-Panoptikum.

Jam Prinzeß Fassie  
Wale in Berlin!  
die Amazonen-Königin mit ihrer wilden Leibgarde  
**Das blaue Weib,**  
das Opfer unbarbarischer Tötung.  
Alles ohne Extra-Entree.

## Wahalla Variété-Theater.

Weinbergweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 Uhr: Die großen März-Spezialitäten.  
Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regimentskap. Theaterbes. hab. fr. Umtr.

## Berliner Eis-Palast

Bis 12 Uhr nachts geöffnet. - Von 1 1/2 bis 4 Uhr geschlossen.  
Heute von 8-3 Uhr geschlossen.  
Abends 8 Uhr: Zweiter Abend der Sportwoche.

## Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Rechts herum.  
Schwank in 3 Akten v. Hans Gaud.

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Das Erbe.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Ein Volksfeind.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Rechts herum.

## Zirkus Schumann

Freitag, 3. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Abend.  
Debüt! Debüt!  
Nur kurze Gastspiel, da für Amerika auf gr. Tournee verpflichtet.  
**Obrenovitch Christitch  
Georges Milan**



## Königs Milan v. Serbien.

Neu! Neu!  
!! Amerikanische Lynchjustiz !!  
M. Fred. Rithlows gefesselt dem Pferde a. Erdboden geschleift.  
Nur noch einige Tage:  
**Tiberio, Elefanten!**  
Paet als Radfahrer sowie das Reitenprogramm. Um 9 1/2 Uhr:  
**Golo, der Seeräuber**

Sonntag: In beiden Vorstellungen angeführt Golo, Paet, Tiberio. - Obrenovitch Christitch, Sohn d. Königs Milan. Nachm. auf allen Stühlen ein Kind unter 10 Jahren frei.

## Bürgerliches Schauspielhaus

Rastanien-Allee 7-9.  
Zum 1. Male:  
**Der Schwabenstreich.**  
Lustspiel in 4 Akten von Schöndhan.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Karsth.  
Abends 8 Uhr: Die Räuber.

## Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börje.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
**Das großartige Märzprogramm.**  
Etelke Stoll  
Georg Galler  
Marguerite u. Adriel  
12 Attraktionen 12  
**Seine Geliebte.**  
Schwank in 1 Akt.  
Familienkarten, wochent. halbe Preise, überall gratis zu haben.

## 46 eigene Dampfer.

Essen Sie Seefische!  
  
20 000 Pfund frische Seefische

bringen wir  
Donnerstag, Freitag und Sonnabend  
zu folgenden billigen Preisen zum Verkauf:  
ff. gr. Kabeljau im Anschnitt 25 Pf.  
ff. gr. Seelachs im Anschnitt 25 Pf.  
ff. kl. Schellfisch im Anschnitt 25 Pf.  
ff. Goldbarsch (Seezander) p. Pfund 25 Pf.  
ff. Rotzungen zum Braten p. Pfund 25 Pf.

Alle anderen Seefische billigst.  
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft  
„Nordsee“  
Größte Hochseefischerei Deutschlands.  
Hauptgeschäft: BERLIN C., Bahnhof Börse.  
Verkaufsstellen:  
S. Prinzenstraße 94. W. Potsdamer Straße 112a.  
O. Schles. Bahnhof, Bog. 8/9. Wilmersdorfer Straße 111.  
N. Invalidenstr. 131. NW. Wilsnacker Straße 57.  
O. Große Frankfurter Str. 85. Spandau, Brelisstraße 54.

Seefisch-Kochbücher gratis.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum erstmalig:  
**Die Karolinger.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Wildenbruch.

Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
Wilhelm Tell.

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Rechts herum.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Julius Caesar.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Karolinger.

## XIV. Saison! Zirkus Busch.

Freitag, 5. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung.  
II. ca. 9 1/2, II. b. weilder, Schimp.  
**Konsul Peter!**  
Nur ganz kurze Zeit!

## Herr Otto Schumann, Auswanderer!

Schulleiter als Gast. Ferner: Gelehrter Truzzi, Heilfänger. Die Briatore, Jongleur zu Pferde. - Um ca. 9 1/2 Uhr:

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16.  
Zum letztenmal:  
**Verrat und Liebe**  
oder: Die Giftmischerin.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Sonnabend große Extravorstellung: Der Vampyr von London.

## Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Spielplan  
Allabendlich:  
**Die beiden Bindelbands.  
Die Original-Klabrias-Partie.**  
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

## Stadt-Theater Moabit.

Größtes und vornehmstes Theater-saal Moabits.  
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)  
Freitag, den 5. März 1909:  
**Börsenfieber.**  
Lustp. in 4 Akten v. Dr. S. v. Schmelzer.  
Auf. d. Borst. 7. Rosenöffnung 6 Uhr.  
Konzert 8 1/2 Uhr.  
Vorderlauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Montag, den 8. März: Soiree der Lustigen Sänger.

## Casino-Theater

Lotharinger Str. 27. Täglich 8 Uhr.  
Das neue März-Programm!  
Moto Boy - Reita oder Maschine?  
Das urkomische Lied Duett.  
Neu! Walsernacht. Neu!  
**Rußland.**  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

## Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.  
Freitag, den 5. März 1909:  
Große Benefiz-Vorstellung für  
**Franz Kähle.**

## Genoveva, die schöne Pfalzgräfin von Trier.

Schauspiel in 8 Bildern v. E. Raubach.  
Rosenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## Blüthner-Orchester.

Sonntag, 7. März, 7 1/2 Uhr:  
**Populäres Konzert.**  
Dirigent: Ferdinand Neisser.  
Solist.: A. v. Pilgrim (Gesang)  
A. d. Progr.: Massenet: Ouv. z. „Phédra“. Delibes: Suite a. „Coppelia“. Mozart: Arie a. „Figaros Hochzeit“. Verdi: Arie a. „Ernani“.  
Karten a 1.50, 1.-, 0.75 b. Bote & Bock, Wertheim usw., Orchesterbureau Lützowstr. 76, Tages- und Abendkasse am Konzerttage. 288/7  
Donnerstag, 12. März, 8 Uhr:  
**XX. Sinfonie-Konzert.**

## Theater Variété Brillant

(City-Passage)  
Grosener Str. 52/3 Ament. 42/3  
Täglich: Auftreten von nur erprobten Spezialitäten bei günstigem Entree, auch Sonntag. Sonnabend und Sonntag nach der Borst.: Gr. Freitag-Kinematograph.

## Königstadt-Kasino.

Dolzmarktstr. 72.  
Gänzlich neues Programm mit Franz Sobanski, Riffy Jetta, Ernst Grad, Dr. Roster, Ella Höfgen, Bernhard März, Lola Gros, The Johnstons, Camille, Carl, Reulen, Jongleur-Alt.  
Siegel siegelt alles.  
Schwank mit Gesang von D. Richter.

## Folies Caprice

Zum 85. Male:  
**Ein lediger Ehemann.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.

## Sanssouci, Elite-Soiree

Kritikloser StraÙe 6.  
Direktion Wilhelm Keimer.  
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Tanzkränzchen von  
**Hoffmanns Norddeutsch. Sänger**  
Stets neues Soiree-Prgr.  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
**Der Kompanieball.**  
Witzvolle Humoreske von Meyssol.  
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonnt. 7 U.

## Sozialdemokratisch. Wahlverein

des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

## Todes-Anzeige.

Am 2. März verstarb unser Mitglied, der Klavierarbeiter  
**Paul Miersch**  
Kastanien-Allee 57.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Leichenhalle des Stions-Kirchhofes, Nieder-Schönhauser-Nordend, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.  
225/7 Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

## Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher  
**Andreas Konopek**  
am 2. März an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Leichenhalle des neuen Hildorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erbetet.  
112/17 Die Ortsverwaltung.

## Fritz Peter.

Um Milles Beileid bittet  
**Frau Anna Peter**  
nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 1/3 Uhr, von der Halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Hauke Hölle), aus statt. 3442

## Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.  
Der geprellte Rechtsanwält.  
Schwank in 1 Akt.  
**Das Schwalbennest.**  
Operette  
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

## Neue Welt

Hasenheide 108-114.  
Im Riesen-Festanal:  
„Das“ Bockbierfest  
Original! Einzig! Original!  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

## 35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik von  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

## in 1 Minute erreichen Sie durch Clio

ges. gesch. 26792  
Chemisches Lederpräparat  
Doppelte Haltbarkeit Ihrer Schuhsohlen und Absätze.  
Bester Schutz gegen Nässe.  
Preis pro Flasche **10 Pf.** Ueberall käuflich.  
Alleinige Fabrikanten A. M. Riedel & Co., Chemische Werke, Charlottenburg 5, Oranienstraße 11. Fernspr. Charl. 2061. 2341.\*

## Kredit. Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rückzahl bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter**  
Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

**Achtung! Bauarbeiter. Achtung!**

Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):

**Mitglieder-Versammlung**

für alle diejenigen Kollegen, welche als Hilfsarbeiter bei den Zementierern beschäftigt sind.  
Tages-Ordnung: 1. Die Konferenz der Betonbranche und unsere Stellungnahme dazu. 2. Wahl eines Delegierten. Um rege Beteiligung ersucht **Der Zweigvereinsvorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 7. März 1909, vormittags 10 Uhr:

**Versammlung**

aller in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen beschäftigten Eisen-, Metall- u. Revolverdreher im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Die gelangen wir in unserem Beruf zu geregelten Verhältnissen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist jeder Kollege in diesem Beruf verpflichtet, für ein vollständiges Erscheinen zu agieren.

**Metallarbeiter-Notizkalender 1909**

Stück 60 Pf. sind im Bureau zu haben. 112/16 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Lederarbeiter.**

Filiale I Berlin. Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Brünnengasse 33:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung vom 4. Quartals 1908. 2. Die obbligatorische Einführung des Lokalförderbeitrages. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

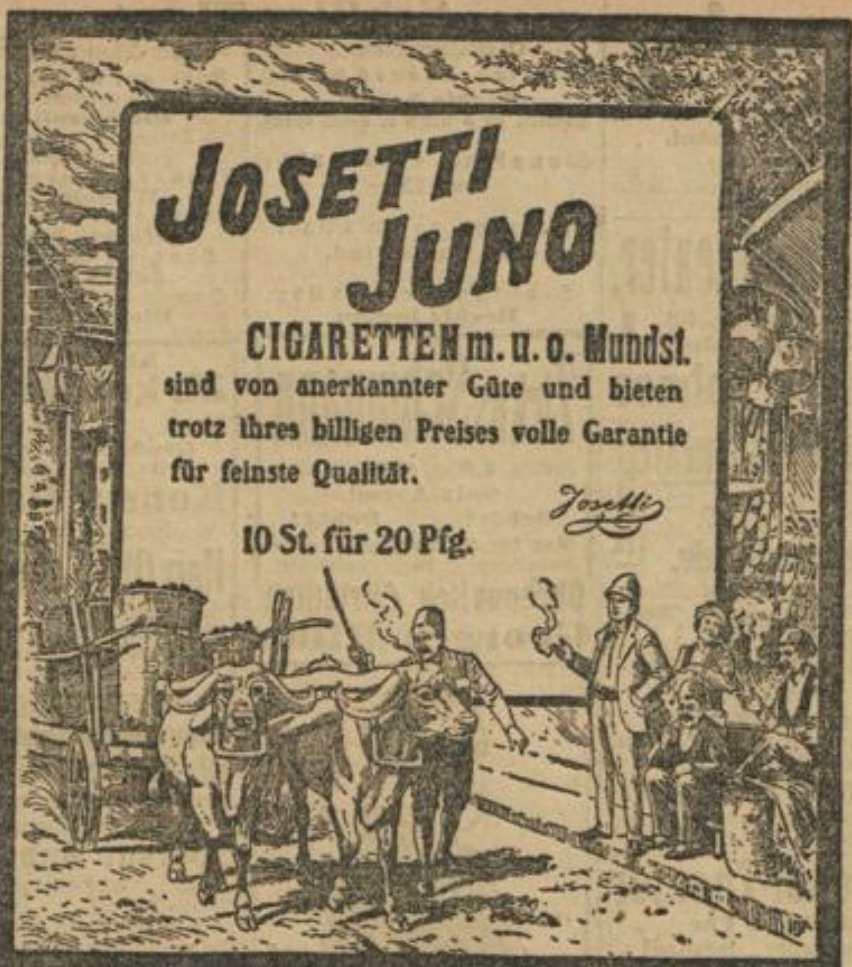
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist jedes Kollegen Pflicht, pünktlich zu erscheinen und für zahlreiches Besuch zu agieren. 144/4 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Zur Beachtung! Morgen Sonnabend kassieren die Beitragssammler von 7-9 Uhr auf den Bahnhöfen.



**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN m. u. o. Mundst.**  
sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität.

10 St. für 20 Pfg.

Josetti

**Ohne jede Anzahlung**

verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart., von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.  
**Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1**  
Eck. Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410  
Auch Sonntags geöffnet.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Harzkäse**  
ganz delikates im Geschmack.  
100 Stück Käse M. 3.25 franko nach jeder Poststation.  
**Versand-Gesellschaft**  
Magdeburg 90 Postfach 164.

**Ab 1. April a. c. befindet sich mein Geschäft**

**Neue Königstr. 70,** im Hause des Postamt 43.

**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, Alexanderplatz. ::: nicht am ::: Telephone: Amt VII, 4730.

**Billigste Sinkskaufquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken.**

**Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.**

(Eingef. Hilfskaffe Nr. 29, Hamburg.) Filiale I Berlin. Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7: **Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Generalversammlung. 2. Auffstellung der Delegierten. 3. Verschiedenes. 1287/6 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verwandter Gewerbe zu Berlin.**

**Außerordl. Generalversammlung** der Delegierten am Freitag, den 12. März, abends 9 Uhr Brunnenstraße 41 bei **Selle.**  
Tages-Ordnung: 1. Rückmalige Beschlußfassung über die 16. Abänderung, auf Antrag der Verwaltungsbehörde. 2. Ersatzwahl eines Mitglieds zur Prüfung der Jahresrechnung. 3. Verschiedenes. Berlin, den 6. März 1909. [271/4 H. Hinz, Berl., Prinzenallee 83.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Touren**

- zum Sonntag, den 7. März.
- 1. Abt. 2 Uhr: Wilmerdorf (Luisenpark). Start: Bülowstr. 58.
- 2. Abt. 1 Uhr: Kaulsdorf (Wees). Start: Mariannenplatz.
- 3. Abt. 2 Uhr: Saathwinkel (Zägerhau). 10/4
- 4. Abt. 2 Uhr: Baumhuldenweg. Start: Elshum.
- 5. Abt. 2 Uhr: Wird am Start Oberberger Str. 29 bekannt gegeben.
- 6. Abt. u. 8 Uhr: 1 Uhr: Schönerlinde (Speikings). Start: 7. Abt.: Köppler Straße 8. 8. Abt.: Guttenstraße 10.
- 9. Abt. 2 Uhr: Franz-Schulz (Köhne). Start: Schillingstr. 15.

**Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel**  
Drogerie Zaremba, Berlin N., Weinbergsweg 1. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

**wäscht**  
5. promptester Lieferung u. Honender Behandlung der Wäsche  
**Dampf-Wäscherei Schneewittchen**  
Weihensee, Friedrichstr. 39/40. Telephone: Weihensee 203.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Vorwärtsleiter** erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz. 17648\*

**Teppiche.** Inventurpreise bis 33 1/2 Prozent herabgesetzt. 17658\*

**Wardinen.** Einzelstücke, sowie unlaubere Exemplare für halben Wert.

**Blüschgardinen.** 500 Fenster. Inventurpreise 25 Prozent ermäßigt.

**Bormärkte.** beachtet vorstehende 4 Anzeigen. 17658\*

**Glossen** zu Yves Guyots und Sigismund Karovitz. Die wahre Welt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69, Boden.

**Federbetten.** Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Bälge, Federn, Kleiderstücke, Uhren, Schmuckstücke, Spielzeug, Spielzeughaus Krebber, Köpplerplatz 7. 15778\*

**Teppiche!** (Hellerstoffe) in allen Größen für die Halle des Beries im Teppichlager Brünn, Köpplerplatz 4, Bahnhöfliche Böde. 264/11\*

**Eingebundene** kaufen Sie am besten bei Herrmann Schöninger, P. O. Lurmbach 58 und Reinholdenborferstraße 48. 17658\*

**Damenbüsten** 1,20, Arbeitsplatten, Rollstühle, Weinbergsweg 7 12605\*

**Herrnenanzüge.** Herrenpaletots, zurückgelegt, aus feinsten Rohstoffen 18 bis 35,00 täglich. Sonntagserlauf. Deutsches Verbandhaus Jägerstr. 63, 1. Treppe. 13758\*

**Teppiche** (Hardensteiner), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Sofa- und Bettdecken, Ledergardinen, Sofa- und Kofferteppiche, Spielzeug, Spielzeughaus Krebber, Köpplerplatz 7, 17648\*

**Wardinenanzüge** und Winterpaletots, Zoppen von 5 Mark sowie Seiten von 1,50, Bedrucktanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für fordulente Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen, kaufst man am billigsten bei Rah, Wuladstraße 14.

**Wäsche** und Wringmaschinen billige Preise, prima Qualität. Bei Abzahlung größtes Entgegenkommen. Beckmann, Holtenauerstraße 25.

**Vorjährige** hochlegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Rohstoffen, früherer Preis 60-80, jetzt 20-40, werden täglich im Kapazier-Kauf, unter den Linden 61 verkauft.

**Seidene** Feins-Jasenterränkel 2,15, Beil 4,00. Inventur-Extraverges. Teppichhaus Lehnre, Dranienstr. 168.

**Die Grundbegriffe** der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Vorwärts. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Damenhemden** mit gestrichelter Besse 1,20, Herrenhemden 1,15, Ausstattungen sowie Normalwäsche und Arbeiterhemden billig. Wäsche-fabrik Salomonst. Dranienstraße 21, Wexanderplatz. Sonntags geöffnet.

**5,00** prachtvolle Seiten, 9,00 Bournardetten, Aussteuer, Damastbrügg, Handtücher, Tischlächer, Steppdecken. Nur Handliche Andras-straße achtunddreißig. 17658\*

**Handbett,** zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißschwarz 18,00, große Laten 1,00. 17908\*

**Garnierdeckbett,** Unterbett, zwei Kissen 21,00, Federkissen, Regulatore 9,00, Handliche Andras-straße achtunddreißig. Annoncen-vorzeiger vergütete Jahrgeld. 17918\*

**Möbel.**  
**Möbel!** alt, neu, einjährige, eleganteste, verkauft billigste Möbel-geheude; auch Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 209/4\*

**Verkaufe** schnellstens Geschäfte aller Branchen. Bedingungen für jedermann annehmbar. Fritz Deinhardt, Elisabethstraße 7, III. 2399.

**Varicellolal.** Süde, Gärten, Regelmäßig, Vereinszimmer, viel Bezeime. Eberlein unter „K. M. 400“, Postamt Eberswalde. 12560\*

**Varicellolal.** 9 Jahre in einer Hand, wegen hohen Alters zu verkaufen Prinzenallee 83. 193/4\*

**Gebrauchte** Möbel aus Versteigerungen, Aufstellungen in größter Auswahl, Wischelschränke, Verticos 26, Tischensofas 35, Herrenschreibtische 33, Büfette, Garnituren 65, Küchenschränke, Wäscheschränke, Sofas 20, Teppiche, Bilder, Kronen, hunderte komplette Wirtshäuser, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger als überall, bunte Rüchen 65, Vennerts Wäscheschränke, Lohringstraße 53, Rosenhölzer Tor Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 17658\*

**Möbelausverkauf!** Kleiderschränke, Wischelschränke 25,00, einjährige Matrassenbetten 12,00, Kommoden, Nachbetten 22,00, Spiegel, englische Schlafzimmer, komplette Rüchen 40,00, Warmwasserhähne 22,00, Admiralstraße 25.

**Dringend** Ansteheskrant 75 Mark, geschmiedetes Ruhbambüffel 120, Herrenschreibtisch 28, Ausziehtisch 15, Beistelle mit Matrass 18, Wischelschreibtisch, Wischelschreibtisch 26, Kommode, Waschtisch 20, Wischelschreibtisch, englische Beistellen mit Feder-matrassen 39, höchste Tischensofas 45, englische Schlafzimmer, Wohn-zimmer, Herrenzimmer, bunte Rüchen 55, auch Teilzahlung. Etargard, Lohringstraße 69.

**Plüschsofa** 18,00, Beistelle, Matrass 10,00, 20,00, Ausziehtisch 8,00, Kommode 6,00, Puffsofa 23, Zapejeter. 45/20

**Möbel,** wenig gebraucht, Vertico, Wischelschreibtisch, Kleiderschrank, Truhen, Stühle, alle Halbestraße 134, III rechts. 12895

**Chasselongue,** nagelneu, mit Decke 20,00, 25,00, Alexanderstraße 79.

**Wichtig!** Wegen Inventur-Aufnahme verkaufe ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eigene Speisezimmer, eigene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Verticos, Kleiderschränke 34, Wischelschreibtische mit Matrass 25, Ausziehtisch 13, Herrenschreibtische, Armeeaus, Wäscheschränke, Sofas, Kommoden, Chasse-longues, Waschtische 20, Tischensofas 45, Kohlröhre 1,50, Küchen laufend billig. Etargard's Möbelhaus, Dresdenerstr. 107/108. Sonntags geöffnet. Lagerung, Transport frei. 201/17

**Wärmungs** gebalder bin gezwungen, große Vollen Möbel laufend billig zu verkaufen. Einrichtungen 150,00, 250,00, 325,00 bis 2000,00. Anstehes-schränke, Büfette, Schreibtische, Schenktische, Ausziehtische 15,00, Plüsch-sofas 45,00, Verticos, Kleiderschränke, Chasse-longues 18,00, hübschste Küchen. Die wiederkehrende Gelegenheit. Möbelhaus Rosenhölzerstraße 29 (Rosenfelder Brücke). Sonntags geöffnet. 201/8

**Fahrräder.**  
**Herrenfahrrad.** Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz Blumenstraße 36b. 1693\*

**Verschiedenes.**  
**Patentanwalt** Bessel, Gütlicherstraße 91a. 25538\*

**Verst** die Rittersprache bederrischen Erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde möglichst genügt. Günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

**Kunstfärberei** von Frau Kofsky, Schlahtenjee, Kurze 8, III.

**Teilnehmer** an einem englischen Hotel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 10038\*

**„Reihens“** Reiter, Große Franz-Junkerstraße 110, kauft, beleiht Herren-Garderobe, Goldwaren, Silberwaren, Uhren, Bälge, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 16798\*

**Wer Stoff hat?** Fertige Herren-Anzüge 15,00, Wagner, Schneidemeister, Lohringstraße 9. 45/19\*

**Wäsche** Karl Behrig, Köpenick, Glendenerstraße 29, liefert tadellose Wäsche ohne Anwendung scharfer Mittel. Bett-, Leibwäsche, drei Handtücher 0,10, Abholung Sonnabends. 17888\*

**Wäsche.** Heinrich Robert, Köpenick, Glendenerstraße 21, liefert chlorfrei Leibwäsche 0,10, vier Hand-tücher 0,10, vier Taschentücher 0,10, Lieferung und Abholung Montag.

**Damen** werden gratis frisiert und anhafter. Boden, Kurze 14.

**Parteilosen!** Habe mein Restaurant von Fildichstraße 34 nach 8 verlegt. Sattler. 112/2

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
Zehr billig! 2 und 1 Etage und Küche sofort oder später. Köppler-Platz, Wexanderplatz 10. 17928\*

**Schlafstellen.**  
**Schlafstelle,** möbliert, eventuell für zwei Herren, vermietet Beckstr. 69, Köpplerplatz 54 III. 12916

**Möblierte** Schlafstelle, 2 Herren, Flureingang, vermietet Köppler, Wexanderstraße 142, Quergebäude I.

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Selbstredend sucht Stellung oder Beteiligung. Offerten „Vorwärts“ Expedition, Köpplerstraße 36. 143

**Stellenangebote.**  
**Zeitungsfrauen** finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Köpplerstraße 56/57. 45/18\*

**Botenfrauen** finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Potsdamerstraße 83, Ecke Köpplerstraße. \*

**Zeitungsfrauen,** die Nebenberuflich suchen, wollen sich melden. Kolonnen-Verlag G. u. d. V., Bülowstraße 66. 45/16\*

**Parteisekretär**  
Parteisekretär für den Reichstagswahlkreis **Niederbarnim** gesucht. Anfangsgehalt 2400 M., steigend bis 3000 M. Eintritt spätestens am 1. Juli ex. Bewerbungs-scheine sind bis zum 25. März ex. unter V. 2 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“ einzureichen. Der Bewerber ist eine Arbeit über „Aufgaben des Parteisekretärs“ beizufügen.  
**Die beauftragte Kommission.**

**Tüchtige Rockschneider**  
für Offiziersuniformen und Zivilkleidung werden gesucht. 12908\* Erfurt, Anger 42.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den Anseratenteilverantw.: Th. Glade, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co. Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Bierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 14. März, findet in Kellers Gesellschaft, Köpenicker Str. 20, ein Kammermusikabend, verbunden mit Rezitationen, statt. Das Arrangement verspricht einen genussreichen Abend. Billets à 50 Pf., einschließlich Garderobe, sind zu haben bei den Bezirksführern sowie im Bureau des Wahlvereins Straßener Platz 1/2.

Schöneberg. Der Diskussionsabend über das Kommunistische Manifest findet heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr bei J. Wieloch in der Brunnenstraße 110 statt.

Erkner. Sonnabend, den 6. März Volksversammlung in Degebrot's Gesellschaftshaus. Thema: Deutschland nach außen hin, nach innen —? Referent ist Reichstagsabgeordneter Genosse Artur Stadthagen. Zu dieser Versammlung Freitagabend Handzettelverbreitung.

Zerudorf. Am Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr findet im Saale von Storr eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Fritz Zubeil referieren wird. Hierzu wollen sich die Genossen am Sonnabendabend 8 Uhr in demselben Lokal zu einer Flugblattverbreitung einfinden.

Dranienburg. Am Sonntag, den 7. März, früh 8 Uhr, findet von den Bezirkslokale aus eine Handzettelverteilung statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher mitzubringen. — Am Mittwoch, den 10. März, findet im Lokal „Waldhaus“ Sandhousen eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über „Pfarrerbesoldung und preussischer Landtag“ sprechen wird.

Berliner Nachrichten.

Der Stadthaushaushalt für 1909

Beschäftigte gestern die Stadtverordnetenversammlung. Diejenigen Kapitel des Etats, die aus dem Ausschuss zurückgekommen waren, wurden vom Plenum in zweiter Lesung beraten und dann festgesetzt. Es waren das besonders das Gesundheitswesen, das Schulwesen, das Armenwesen. An dem Etatentwurf, den der Magistrat vorgelegt hatte, ist durch den Ausschuss wenig oder nichts geändert worden. Wegnehmen ließ sich da in der Tat nichts mehr — dazu war er zu mager — und andererseits hätte die freisinnige Mehrheit des Ausschusses selbstverständlich keine große Neigung, etwas hinzuzufügen.

Beim Etat der Krankenhäuser forderte die sozialdemokratische Fraktion, die Versammlung solle sich gegen die vom Magistrat kurzer Hand verfügte Erhöhung des Pflegegeldes für auswärtig wohnende Mitglieder der Krankenkassen Berlins erklären. Die Engherzigkeit dieser Verfügung, durch die den jetzt ohnedies schwer genug belasteten Krankenkassen eine neue Last aufgedrückt wird, wurde von unserem Genossen Koblenzer gebührend geäußert und in all ihrer Bedenksamkeit dargelegt. Der Magistrat verteidigte sich durch zwei Vertreter, den Stadtrat Weigert und den Kammerer Steiniger, und die freisinnige Mehrheit stellte sich auf seine Seite, indem sie den Antrag unserer Genossen einstimmig niederstimmte. Beachtung verdient die Ankündigung des Herrn Weigert, daß der Magistrat möglicherweise sogar mit einer allgemeinen Erhöhung des Pflegegeldes der Krankenhäuser kommen werde. Eine schöne Aussicht für alle, die auf Krankenhäuser angewiesen sind! Der einzige Trost hierbei ist der, daß der Berliner Stadtfreisinn es sich nicht nehmen lassen will, die Seelsorge in den Krankenhäusern durch seine liberalen Pastoren zu betreiben. Der Stadtv. Modler, eine Leuchte des Kirchenliberalismus, brachte zur Sprache, daß beim Konfistorium sich das Begehren gezeigt habe, in das Virchow-Krankenhaus einen Pastor von der anderen Couleur hinzuzuziehen. Die gesamte freisinnige Mehrheit war mit den Rednern des Magistrats darin einig, daß es dazu nicht kommen dürfe. Ebenso einig war man darin, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Pastor ganz wegzustreichen, unannehmbar sei. Genosse Borgmann bezeichnete diese Forderung als im Interesse der Kranken liegend, aber der Freisinn von heute stellt nun mal das leibliche Wohl der Kranken hinter ihr Seelenheil — und so wurde der Antrag abgelehnt.

Dem Schulwesen ist nach der Ansicht des Stadtverordneten Cassel eine Neuerung not, die Einführung des Unterrichts in „Bürgerkunde“. Er forderte sie für höhere Lehranstalten und auch für Fortbildungsschulen (wo man diesen Unterrichtsgegenstand zum Teil schon hat). Stadtschulrat Michaelis versprach, die Anregung zu beachten. Genosse Hoffmann benutzte diese Gelegenheit, einmal zu zeigen, wie in Fortbildungsschulen Parteipolitik getrieben wird. Aus der Fortbildungsschule in der Friedenstraße teilte er mit, daß dort ein Lehrer Holz sich als Sozialistenstörer versuche. Solange Hoffmann nur diese Seite des höchsten Wirkens schilderte, schämungellen die Freisinnigen. Mit Behagen hörten sie, daß der Jugendbildner die „Vorwärts“-Redakteure „grüne Jungen“ genannt habe, die „noch nicht trocken hinter den Ohren“ seien. Die von Herrn Holz betriebene Gründung eines „Deutschen Jugendbundes“ wurde durch Jura als „sehr nett“ bezeichnet, doch verlangten sich sofort die Geschäfter der Freisinnigen, als unser Redner hinzufügte: „Juden werden nicht aufgenommen.“

Aber es kam noch viel schöner. Hoffmann verlas aus dem Auffahst eines Schülers des Herrn Holz ein paar Sätze über das Thema „Die Verwaltung der Stadt Berlin“. Diese wurde in dem Aufsatz „die denkbar schlechteste“ genannt; der Grund sei darin zu suchen, daß in der Stadtverordnetenversammlung „meist Vaterlandsverräter“ sitzen und Antisemiten dort nichts zu sagen haben. Sicherlich sind diese Blüten nicht auf dem eigenen Beet des Schülers gewachsen, sondern entstammen dem Dunge, den der Herr Lehrer ihm gelieferte hat. Das Kammerbild, das die freisinnige Mehrheit darbot, als Genosse Hoffmann diese Proben des mit „Fast gut“ zensurierten Aufsatzes zum Besten gab, war für das Tribünenpublikum ein Hochgenuß. Stadtschulrat Michaelis versprach Untersuchung. Er hat sich das Heft aus; hoffentlich überweist er es dem Märkischen Museum.

Beim Etat des Armenwesens erklärte die Versammlung sich für bessere Bezahlung der Armenärzte. Von schlecht bezahlten Ärzten könnten die Armen, so meinte Stadtv. Rosenow, vielleicht als

Durhwandere behandelt werden. Auch Genosse Borgmann unterstützte den Antrag, dem man im Interesse der Armen zustimmen müsse. Zu einer sehr lebhaften Debatte kam es über die Frage der Hinzuziehung von mehr Frauen, die vom Stadtv. Ulfstein angeknüpft über „Rückständigkeit“ der Armenkommissionen. Wenn nur die Herren, die darin sitzen, ihm das nicht übernehmen werden; sie sind bekanntermaßen sehr empfindlich gegen jede Kritik. Die sozialdemokratische Fraktion, deren Standpunkt durch die Genossen Borgmann und Hoffmann dargelegt wurde, konnte diesmal dem Herrn Stadtrat Münsterberg rückhaltlos zustimmen.

Ein Denkmal für Bülow.

Da steht er, wie er lebt und leidet, Bülow, unser großer Staatsmann, im Hofe des Gewerkschaftshauses. Die Arbeiter haben ihm ein Denkmal errichtet von mehr als zwei Metern Höhe und so wohl gelungen, daß es eine gerechte Verwunderung auslöst bei der Menge, die es dichtgedrängt umsieht, aber zugleich eine unbändige Heiterkeit, denn so wichtig ist Bülow nicht oft im „Simplicissimus“ oder in den „Lustigen“ gezeichnet worden. Hier waren Künstlerhände am Werke. Wie aus weißem Marmor gemeißelt ist er dargestellt, zugleich aber ist die Figur modern abgetönt. Ein leichtes Blond zeigt das wohlstrichte Haar, die fetten glänzenden Backen sind etwas gerötet und wie in selbiger Erwartung legt er die Hand an die bunte Weste. Eine knallrote Demokratentravatte hat er angelegt und im Knopfloch seines Rockes steckt eine große rote Blume. Natürlich ist er auch mit einem schönen Orden versehen. Das kleine, dunkle Schnurrbartchen ist fest emporgezwirbelt, hinter dem Ohr steckt eine dicke, schwarze Pfeife. Lustig sehen die kurzen Beine mit den großen Füßen aus. An der linken Hand hält er am bunten Bande einen ebenfalls sehr nett geraienen Pudel, der vergnügt den Schwanz hebt.

Vier arbeitslose Bildhauer haben sich den hübschen Scherz gemacht und zum großen Gaudium aller Besucher des Gewerkschaftshauses und der Nachbarschaft von 1 Uhr mittags bis 5 Uhr abends mit großer Emsigkeit an diesem — Säuremann gearbeitet. Bülows Traum ist erfüllt, er hat ein Denkmal; leider aber kann es über Nacht schon zu Wasser werden.

Eine Erhöhung der Kanalisationsgebühren

verlangt eine Resolution, die in der letzten Sitzung des städtischen Etatsausschusses von sozialdemokratischer Seite vorgelegt wurde und die auch mit 8 gegen 5 Stimmen zur Annahme gelangte. Der Kanalisationsetat erfordert einen jährlichen Zuschuß von 2 900 000 M. Würde die Kanalisationsgebühr, die heute 1 1/2 Proz. beträgt, auf 2 Proz. erhöht werden, würden dadurch 2 300 000 M. Mehreinnahmen entstehen. Der Antrag führte zu einer längeren Debatte, in der die Interessen der Hausbesitzer in den Vordergrund gerückt wurden. Durch die Erhöhung würden die Hausbesitzer belastet, die heute schon große Lasten zu tragen hätten, mehr Miete wolle niemand zahlen, und so müßten die armen Hausbesitzer in ihre Tasche greifen. Bis in der Stadtverordnetenversammlung dieser Antrag zur Verhandlung kommt, werden die interessierten Hausbesitzer noch Sturm laufen gegen das „Attentat auf ihr Portemonnaie“. Gelingt es, dem obigen Antrag auch in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit zu verschaffen, dürfte niemand begründeter sein als der Stadtkammerer, der notwendig Geld verausgaben kann.

Unter dem Verdacht, an den Messerstechereien beteiligt zu sein, wurde, wie wir mitteilen, der Versicherungsagent Friedrich Schröder in Sieglitz, Schützenstr. 38 wohnhaft, verhaftet; derselbe bittet uns mitzuteilen, daß er kurz nach seiner Inhaftierung wieder entlassen worden ist.

Noch mehr Trinkgelber für die Kriminalpolizei. Wie wir mit der gebührenden Hochachtung bekannt gemacht haben, sind kürzlich an 22 Beamte der Berliner Kriminalpolizei, unter ihnen die bekannten Pseudo-Sozialdemokraten Rastbe und Draber, russische und österreichische Ordensauszeichnungen verliehen worden. Kommen ganz harmlose Gemüter bisher noch der Meinung sein, daß diese Auszeichnungen lediglich erfolgt seien für die jahrzehntelange Erfüllung verdammter Pflicht und Sündigkeit oder aber für die Befähigung des losbaren Lebens russischer Großfürsten und österreichischer Erzherzöge, so ist man durch die Scharmacherebe des Ministers von Wolke im Abgeordnetenhaus eines anderen belehrt worden. Der preussische Polizeiminister hat die Stirn befestigt, daß selbst von bürgerlicher Seite als manständig und ehelos gezeichnete gemohnheits- und gewerksmäßige Polizeispigel zum verteidigen und sogar noch zu räumen. Es muß also fortan jeder Zweifel schwinden, wofür die Ordensverleihungen erfolgt sind, nämlich für die Dienste des Spigelums und aller derjenigen Kreise, die damit hinter den Polizeifächern hervorragend in Verachtung kommen. Das ist die logische Folgerung aus Ihrer Spigelrede, Herr Minister! Kurz darauf wurden mehr als ein Duzend preussische Ordensauszeichnungen veröffentlicht für Berliner Polizeibeamte, die bei der Ermittlung der Brandstifter tätig waren, aber bekanntlich nicht einen einzigen der Täter gefaßt haben. Und in den neuesten amtlichen Nachrichten finden wir die Mitteilung, daß der Chef der Berliner Kriminalpolizei Oberregierungsrat Hoppe, ferner der Regierungsrat Dr. Lindenau bei derselben Behörde, die Kriminalkommissare Geßler und Vorberg sowie sieben Kriminalschußmänner mit preussischen Orden dekoriert worden sind. Das kann doch nur für die anstrengenden Leistungen bei der Richtermittelung der Messerstecher gewesen sein, ein neuer Beweis, wie schnell und sicher unser Staatsapparat arbeiten kann, wenn er will! Ungefähr ein halbes Duzend Berliner Polizeibeamte erhält alljährlich die Rettungsmedaille, zum Teil für Rettungstaten, die in gleichem Maße bei Zivilpersonen anders bewertet werden. Wenn das also bloß noch ein paar Jahre so weiter geht mit dem Ordensregen, wird demjenigen Polizeibeamten, der noch keinen Orden besitzt, ein Denkmal errichtet werden müssen.

Die Verkehrszustände haben sich im Laufe des gestrigen Vormittags gebessert. So konnte der Omnibusbetrieb wieder aufgenommen werden. Auch im Straßenbahnverkehr haben die Störungen nachgelassen. Dagegen sah es für den übrigen Fußverkehr noch recht trübe aus. Wohl sind in den meisten Straßen die Fahrbahnen in den mittleren Teilen von den Schneemassen gereinigt, doch an den Seiten sind nun förmliche Schneewälle entstanden. Ueber einen Meter hoch liegen die zusammengefügten Schneemengen und nur ein schmaler Streifen bleibt den Fahrwerken zum Befahren. Infolgedessen sind die Fußsicher vielfach gezwungen, die Straßenbahngleise zu benutzen. Auf den Chaussees in der Umgebung Berlins sieht es mit den Verkehrsverhältnissen noch traurig aus. In den Vororten verläßt man sich

zum großen Teil auf das zu erwartende Tauwetter und man mocht infolgedessen keine Anstalten zur Beseitigung der Schneemassen.

Um Schnee zu beseitigen, wurde gestern mittag mit einem vierzähligen Lastautomobil ein Versuch gemacht. Zu diesem Zwecke hatte die Neue Automobilgesellschaft der städtischen Straßencleaning ein Lastautomobil zur Verfügung gestellt, das aus Nieder-Schöneweide nach dem Schloßplatz beordert wurde. Das Auto war vorn mit einem hölzernen Schneepflug ausgerüstet, auf dem etwa sechs Zentner schwere Eisenstücke als Ballast ruhten. Im Weisem des Stadtrats Voß und des Direktors der Berliner Straßencleaning Bauart Szalla begannen dann die Versuche an der Schloßbrücke. Das neue, allermächtig aufsehenerregende Fahrzeug, fuhr den Schnee nach beiden Seiten schiebend über die Schloßbrücke, den Opernplatz und dann in der Mittelpromenade die Linden entlang. Da es an genügenden Führerverlen mangelt, sind gestern 170 Geispanne der Hieselgüter zur Beseitigung des Schnees in Berlin eingetroffen.

Große Opferfreudigkeit.

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“ vom Mittwoch, den 3. März: „Die Opferfreudigkeit, die das deutsche Volk gezeigt hat, als Italien durch die elementare Katastrophe von Messina in tiefe Krater verlegt wurde, hat jetzt einen Widerhall gefunden. König Viktor Emanuel von Italien hat aus Anlaß der Hochwasserkatastrophe in Deutschland an Kaiser Wilhelm ein Telegramm mit dem Ausdruck seiner warmen Teilnahme gerichtet. Der Kaiser hat seinen Dank für diese Kundgebung, ebenfalls auf telegraphischem Wege ausgedrückt.“

Daß ein Telegrammwechsel schon eine besondere Opferfreudigkeit sein soll, können wir beim besten Willen nicht einsehen.

Arbeitslose als Schneeschipper! Ein Arbeitsloser schreibt uns: Am Mittwoch, den 3. 3. 09, mittags 12 Uhr, kam auf dem Zentral-Arbeitsnadelwerk (Gormannstraße) folgendes Stellenangebot heraus: Hundert Arbeiter als Schneeschipper nach Stettiner Bahnhof und Gesundbrunnen verlangt. Tag 8 Mark. Nachmittags 1/2 Uhr anfangen.

Auch ich meldete mich und ging zum Stettiner Bahnhof. Dort angekommen, wurden die ersten sechzig Mann nach Rantow-Schönhausen beordert. Hier wurde uns gesagt, daß wir einen Tagelohn von 3,20 Mark erhielten. Wir wurden nun verteilt; verschiedene auf der Strecke, um diese vom Schnee reinzuhalten, andere, um Fahrwege herzustellen. Um 4 Uhr war Bepfer, wo uns, die wir nicht darauf eingerichtet waren, eine Wechtaffe mit Kaffee und eine Stulle spendiert wurde. Endlich war Feierabend, allerdings erst um 1/2 Uhr, damit die Viertelstunde Bepfer wieder herauskam. Es wurde uns mitgeteilt, daß die Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 6 Uhr dauere, was bei diesem Schneefall gewiß recht aufreibend ist. Natürlich war es für mich ein Ding der Unmöglichkeit, um diese Zeit von Berlin aus an Ort und Stelle zu sein, wenn ich nicht die halbe Nacht sperrn wollte, da Fahrgelegenheit nicht vorhanden war. Bei der Lohnzahlung wurden uns von den 1,00 M., die wir verdient hatten, 23 Pf. für die Invalidenmarke abgezogen. Ich habe darum, mir dieselbe gleich einzulösen, da ich die Ablicht habe, am andern Tage nicht wieder zu erscheinen, wegen der Unmöglichkeit, rechtzeitig da sein zu können. Es wurde mir darauf gesagt, daß ich dieselbe zugesandt erhalte. Ich verlangte darauf meinen Arbeitschein zurück, der wurde mir aber verweigert. Das tollste kam aber noch. Die arbeitslosen Schneeschipper waren der Meinung, daß sie doch wieder zurückbeordert werden müßten; aber da kamten sie die königl. Staatsbahn schlecht. Ich hielt mit dem Gütervorsteher eine Rüdprache, da es doch Pflicht wäre, uns an unseren Bestimmungsort zurückzubringen, aber alles Reden war nutzlos. So mühten wir Arbeitslosen noch unser „schwer verdienten Draht“ für Zurückbeförderung verwenden. Und diese Leute werden nun sagen: „Ach, die Arbeitslosigkeit ist ja gar nicht so groß, sonst hätten wir Schneeschipper!“

Der Umsatz im Februar betrug in der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung 247 239,84 M. gegen 196 911,68 M. im Vorjahre, das sind 20 328,16 M. mehr. Der Gesamtumsatz in den acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres war 1 635 612,17 M. Wäre März kommen zu den 40 Verkaufsstellen noch zwei weitere, und zwar wird die 41. an der Köpenicker- und Krummstraße-Öde und die 42. in der Torfstr. 28a eröffnet. Von den Hausanteilen zur Errichtung einer Wädderei usw. sind bereits für etwas über 35 000 M. abgelegt.

Schutz gegen gemeingefährliche Geistesranke. Die zur Unterbringung gemeingefährlicher Kranker dienenden Organe gehen endlich etwas energischer gegen die Plage der sogenannten „geisteskranken Verbrecher“ vor. Wie der kürzlich erschienenen Jahresbericht der Deputation für das Berliner städtische Irrenwesen ausführt, wird diesen Verhältnissen die regste Aufmerksamkeit gewidmet. Von dem Vorschlage, für solche gemeingefährliche Kranken besondere Anstalten, etwa in Angliederung an Gefängnisse, zu errichten, hat man absehen zu sollen geglaubt. Dem sogenannten gemischten System, das heißt der Verteilung der Kranken nach Maßgabe des schwankenden Zustandes wie auch insbesondere des Vorlebens auf verschiedenen gesicherten Häuser der einzelnen Anstalten wird auch fernerhin der Vorkzug gegeben. Da aber die Zahl der gemeingefährlichen Geisteskranken ständig zunimmt, haben sich für die Berliner Verhältnisse selbst die neuesten Schaubauten der dritten städtischen Irrenanstalt in Duss nicht als ausreichend erwiesen. Die genannte Deputation hat deshalb beim Magistrat die sofortige Errichtung eines zweiten ganz besonders festen Hauses für 75 gemeingefährliche Geistesranke auf der Gemarkung Duss beantragt. Aus der bisherigen dortigen Ueberwachungsstation für Gemeingefährliche, der abgeleitet von der Hauptstation auf freiem Felde belegenen sogenannten „Durg“, sind noch keine Zusätze ausgebrochen. Die feste Conart allein mocht's freilich auch nicht. Bei dem herrschenden Innenhystem soll es sehr wohl möglich sein, mit Hilfe guter Freunde, die ja meist ungehindert Zutritt erhalten, auch von hier zu entweichen. Dem jetzt ins Quathaus gestellten „Eindreherkönig“ Franz Kirck, der wiederholt aus Herzberge ausbrach und jahrelang die städtischen Irrenärzte an der Nase herumführte, hätte wohl auch die „Durg“ nicht sonderliche Schwierigkeiten gemacht.

Als beste Illustration der herrschenden Mißstände kommt die Nachricht, daß seit Sonntag aus der städtischen Irrenanstalt Herzberge nicht weniger als neun gemeingefährliche Kranke, darunter sieben schwere Verbrecher, ausgebrochen sind. Solche Massenflucht ist nur da möglich, wo das Ueberwachungsstystem außerordentliche Mängel aufweist. In dieser Beziehung hält gerade die Anstalt Herzberge schon seit Jahren den Rekord.

Eine schwere Arbeit ist dieser Tage durch den großen Schneefall den Hausverwaltern, Hausreinigern und Portiers erwachsen, die die Aufgabe hatten, die Bürgersteige vor den Häusern von Schnee freizuhalten. Da es fortgesetzt schneite, hatte die Arbeit nur einen bescheidenen Wert, immer wieder mußte von vorn angefangen werden. Obwohl in erster Linie für die Säuberung der Bürgersteige die Hausbesitzer von der Polizei verantwortlich gemacht werden, so halten sich diese wieder schadlos an den Verwaltern oder Hausreinigern.

Ein Silberschatz im Treppenhinkel. Reiche Leute machten Einbrecher in einem Hause am Alexanderufer, indem sie in eine Wohnung drangen, während Herrschaft und Dienerschaft in tiefem Schlaf lagen. Sie durchsuchten im Speisezimmer sämtliche Behälter, rafften losbares Silberzeug zusammen und trugen es in einer Tischdecke davon. Am nächsten Morgen wurde der über 1000 M. betragende Verlust bemerkt. Während die Polizei nach dem Silberzeug suchte, wurde gestern in der Feingasse unter einer Treppe versteckt ein

schweres Paket gefunden und an die Behörde abgeliefert. Es enthält die gestohlenen Geräte, die aber zum Teil zwecks unaufrichtiger Fortschaffung zusammengedrückt waren. Wahrscheinlich sind die Einbrecher, als sie mit der Beute unterwegs waren, in die Nähe einer Schutzmanspatrouille geraten und haben die Behälter schlammig in das Versteck gebracht, um sie später wieder abzuholen.

Aus der Unfallchronik meldet der Polizeibericht: Gestern nachmittag waren der 18 Jahre alte Malergehülfe Bruno Reich und der 16jährige Malerlehrling Heinrich Biesel damit beschäftigt, auf dem Balkon des ersten Stockwerks des Hauses Behrenstr. 30/32 (Gebäude des Passagier-Vanotiums) ein kleines Leitergerüst aufzustellen. Als Reich ein etwa vier Meter langes Brett umdrehen wollte, entfiel es ihm und stürzte auf die Straße. Es traf die den Bürgersteig passierenden acht- und sechsjährigen Söhne Hans und Walter des Geschäftsführers vom Schultheiß-Ausschuss in der Behrenstraße Walter Bunge. In einer Drochse krochte man beide Kinder nach der Unfallstation in der Kronenstraße, wo bei Walter Verletzungen an der rechten Kopfseite, bei Hans am rechten Ellenbogen und Oberarmteil festgestellt wurden. Nach Anlegung von Verbänden konnten beide nach der erstenlichen Wohnung gebracht werden. — Trag des Verbois (?) seines Lehrers, des Schlossermeisters Wegner, betrat morgens der 16jährige Schlosserlehrling Fritz Seidel, Eißelbacher 4 bei den Eltern wohnhaft, das Oberlichtdach des linken Seitenflügels des Grundstücks Mattheiser 14, um es vom Schnee zu befreien. Nüchlich brach er durch das Glasdach hindurch und fiel 6 Meter tief in die Werkstatt hinab, wo er mit Rippenbrüchen, einem Bruch der Wirbelsäule und schweren anderen Verletzungen aufgefunden wurde.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftet wurde vorgestern abend um 6 Uhr das erst 19 Jahre alte Dienstmädchen Anna Kalweit, das vor acht Tagen aus Königsberg i. N. M. nach Berlin kam und bei den Gastwirt Blagelchen Ostelken in der Potsdamer Straße 60 Stellung nahm. Frau G. kam die Sache bald nicht gedener vor. Vorgestern zeigte das junge Mädchen ein verführtes Wesen. Bei näherem Nachsehen fand Frau G. in dem Reiseforb des Mädchens die in ein braunes Tuch gewickelte Leiche eines Knaben. Die Kalweit gab jetzt an, daß sie ihn tot zur Welt gebracht habe, sich aber gesümmelt habe, die Leiche einzuräumen. Sie wurde als Polizeigefangene nach der Charité gebracht, während die Leiche, die keine Bürgermerkmale aufwies, zur Bestimmung der Todesursache nach dem Schauhaufe gebracht wurde.

Verloren wurde am 21. Februar in der Urania, Taubenstr. 48, ein Armband. Der Finder wird gebeten, dasselbe im Bureau des Wohlfahrtsvereins, Straßauerplatz 1/2 abzugeben.

Die Kaufhäuser Holz u. Fischer, Schönhauser Allee 127, wie die Firma Heyn u. Goldmann, Danziger Straße 98 ersuchen, infolge verschiedener an sie gerichteter Anfragen mitzuteilen, daß in ihren Geschäften keine Kassetten geführt wird. Wir bekräftigen, daß die genannten Firmen mit unserer Kotiz nicht gemeint sind.

Das Winterfest der akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter findet am Sonnabend, den 6. März, im großen Saale der Hayspoldischen Brauerei, Hohenstraße 32-33, abends 7 Uhr, statt. Dem Tanz geht ein reichhaltiger künstlerischer Teil voraus, bei dem unter anderem die Damen Fr. Karin Koon (Regitation), Fr. Bischof (Gesang), die Herren Leo Kestner (Klavier-Solo) und Max Lorenz vom Trianon-Theater (Regitation) mitwirken. Eintrittskarten a 0,00 M. inkl. Garderobe sind bei Herrn Schmidt, Langestraße 60, und am Saaleingang zu haben. Gäste herzlich willkommen.

Wer ist der Teufel? Am 28. Februar cr. wurde aus der Spree die Leiche eines unbekanntem, etwa 30-40 Jahre alten Mannes gefunden. Der Verstorbene, der ungefähr 3-4 Monate im Wasser gelegen hatte, ist 1,65 Meter groß, hat blondes Haar und blonden Schnurbart und war bekleidet mit schwarzem Jacketanzug, schwarzem Winterüberzieher. Er trug ein weißes Hemdlein, eine rot- und weißgestreifte Krawatte, Krawattennadel und Chemisettknöpfe mit blauen Steinen, sowie einen Krangenschoner aus türkischem Stoff. In der Tasche fanden sich vier Loise der Berliner Arbeitsstätten-Lotterie. Die Leiche befindet sich im Schauhaufe. Nachrichten werden zu 725 IV/59 09 an das Polizeipräsidium erbeten.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Große Empörung herrschte am Donnerstag unter den Standinhabern des Wochenmarkts am Mahldachufer. Diese kleinen Geschäftskente mußten, um ihre Wägen zum Geländeten der Waren aufbauen zu können, selbst für die Befestigung der Schneemassen Sorge tragen. Zwar befreiten am Mittwoch nachmittag etwa ein Duzend Arbeiter den Bürgersteig auf der Kanalleite vom Schnee, das war aber auch alles was getan wurde. Die Standinhaber sind der Meinung, daß es dem Rixdorfer Magistrat bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ein leichtes sein müßte, genügend Arbeitskräfte zu bekommen, um für die Freimachung des Marktes sorgen zu können. Auch von den Kirchenbezirken gehen und Klagen zu. In einer Anzahl Straßen lag der Schnee gestern noch wie er gefallen war; noch kein Schneepflug hatte die Straßen passiert. Zwar können solche Schneemassen nicht sofort beseitigt werden, nichts desto weniger sollte alles geschehen, um die angeführten Uebelstände zu vermeiden.

Die Standinhaber haben, da sie für den Ploß bezahlen müssen, ein Recht, zu verlangen, daß der Magistrat für die Befestigung der Schneemassen sorgt.

### Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, in der der Vorsitzende Professor Leidig zunächst mitteilte, daß die Aufsichtsbekörde das Sparkassenkassett unter der besonderen Einschränkung genehmigt habe, daß der Rinsfuß ohne ihre Einwilligung nicht unter 3 Proz. pro Jahr herabgesetzt werden dürfe. Die Versammlung erklärte sich mit dieser für die Praxis wohl kaum in Betracht kommenden Einschränkung einverstanden.

Dann kam ein für Wilmersdorf ziemlich seltenes Ereignis, eine Interpellation an den Magistrat. Auf dem Brandenburgischen Städtetage hatte bei den Erörterungen über das neue Lehrerbefolgungsrecht die Vorgehensweise der Lehrer eine verächtliche Rolle gespielt. Der Stadtverordnete Pulver richtete daher im Interesse der Lehrer an den Magistrat die Anfrage, welche Stellung er auf dem Städtetage zu diesen Angelegenheiten eingenommen habe. Vom Beigeordneten Peters kam die Antwort, daß er die Haltung, die von der Mehrheit der Delegierten in dieser Angelegenheit befolgt worden sei, bedauere. Eine besondere Verwahrung gegen die Angriffe habe er nicht für erforderlich gehalten, nachdem Oberbürgermeister Schuster in Charlottenburg ganz in seinem Sinne die Lehrerhaft in Schutz genommen habe. Nachdem sodann die Abschlüsse der Stadthauptkassette und der städtischen Sparkasse gutgeheißen waren, stimmte die Versammlung einem Antrag des Rechnungsausschusses zu, wonach ein außerhalb der städtischen Verwaltung stehender Sachverständiger hinfür die Jahresrechnungen einer besonderen Prüfung unterliegen soll. Bemerkte sich noch, daß der Abschluß der Stadthauptkasse einen Ueberschuß von 521 102 M. ergeben hat.

Weiter beschloß man, das öffentliche Anschlagwesen der Stadt gegen ein Entgelt von 15 000 M. jährlich an die Firma Strauß u. Co. Wilhelmshagen 1a, Charlottenburg, zu verpachten. Eine Magistratsvorlage über die Aenderung der Grundsteuerordnung a. o. ein. ein. Interessier machen in der Besetzung der eigentlichen unbekanntem Flächen und des Gartengeländes, das die Gärten umgibt. Nach kurzer Erörterung überwiegt man die Angelegenheit dem Staatsauschuß. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

### Schöneberg.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Autodroschken und eines Straßenbahnwagens fand in der verflochtenen Nacht gegen 12 1/2 Uhr in der Hauptstraße statt. Die Kraftdroschke Nr. 9892 fuhr, von Friedenau kommend, die Hauptstraße entlang und überholte an der Tempelhofer Straße eine andere Autodroschke. Beim Umbiegen derselben wurde der Kraftwagen gegen die zweite Drochse geschleudert, prallte dann zur Seite und fuhr gegen die Vorderplattform des aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagens Nr. 2001 der Linie 74. Hierbei drehte sich die Steuerung des Autos selbstständig, das nunmehr gegen die Vorachse des Bürgersteigs sauste. Durch die Gewalt des Anpralls wurden die drei in der Drochse sitzenden Fahrgäste sowie der Chauffeur auf den Fahrdamm geschleudert. Dabei erlitten die Kaufleute David Sähling, Alte Leipziger Str. 20, eine schwere Kopfverletzung und Verrenkung des linken Oberarmes, Louis Bloch, Schmidstr. 37, ebenfalls eine Kopfverletzung und Quetschung der Hüfte. Die beiden Verunglückten erhielten auf der Unfallstation in der Herberstraße die erste Hilfe. Das ansahrende Automobil war total zertrümmert, von dem Straßenbahnwagen das Trittbrett abgerissen worden, während das zweite Automobil nur geringe Beschädigungen erlitten hatte.

### Weißensee.

Der Trianonpark soll nach einem bereits gefaßten Beschluß dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Die Anlegung von Fußwegen usw. sollte schon in diesem Winter ausgeführt werden, was infolge des dauernden Frostes bisher unterblieben ist. Wie verlautet, ist man an möglicher Stelle geneigt, gerade diesen Teil des Schlosses zu verlaufen, um die Belastung des Schlossgrundstückes zu verringern. Unsere Genossen in der Gemeindevertretung und den Kommissionen haben die Pflicht, diesem Vorhaben ihre Zustimmung zu verweigern, denn lange genug steht sich die Weißenseer Bevölkerung nach Erholungsplätzen; letztere sollen zwar geschaffen werden, jedoch erst nach Jahrzehnten wird ein solcher Raumbedarf vorhanden sein, wie ihn der Trianonpark schon jetzt bietet. Auch soll man darauf drängen, daß die Eröffnung des Trianonparks baldigst geschieht.

Die sozialdemokratische Fraktion hat an den Gemeindevorstand einen dringlichen Antrag eingereicht, wonach um schnelle Befestigung der Schneemassen gesorgt werden soll. Bei plötzlichem Tauwetter dürfte die Wassergefahr bedeutenden Schaden anrichten. Die Zugänge von und nach Berlin werden in der Weißenseer Straße wieder tagelang gesperrt sein, wenn nicht von beiden Gemeinden die nötige Vorkehrung getroffen wird.

### Eichwalde.

Entgegen der Darstellung des stellvertretenden Gemeindevorstandes Herrn Lehmann, der Gemeindevorstand Herr Beschorner sei nicht seines Amtes enthoben worden, sondern freiwillig zurückgetreten, erhalten wir zu unserer ersten Kotiz noch folgende Mitteilung: Die Mitteilung des Herrn Lehmann besagt, es trübe nicht zu, daß Herr Beschorner zweimal seines Amtes enthoben sei. Hierzu sei folgendes bemerkt:

Herr Beschorner, ein wegen Krankheit pensionierter Beamter, kam vor etlichen Jahren nach Eichwalde als Gemeindevorstand. Bald darauf wurde diesem Herrn auch das Amt eines Amtsvorstehers und ferner das Amt eines Standobmannes übertragen. In seiner Eigenschaft als Amtsvorstand wurde er dann von einem ehemaligen Amtsvorstand der Urkundenfälschung bezichtigt. Das Gerichtsurteil in dieser Sache sah die Eintragung eines Geburtsdatums auf einen falschen Datum nicht als Urkundenfälschung an. Bald darauf begann eine förmliche Kera von Verleumdungsprozessen zwischen H. Beschorner und verschiedenen diesigen Bürgern. Inzwischen wurde Beschorner seines Amtes als Amtsvorstand durch den Landrat entbunden, aber nicht nur die Amtsvorsteherschaft wurde ihm entzogen, auch das Standobmann wurde nach Justiz verlegt. Bald darauf wählte die Eichwalder Gemeindevertretung trotz aller dieser Umstände Herrn Beschorner als Gemeindevorstand wieder. Auch soll nun Herr Beschorner freiwillig zurückgetreten und nicht, wie die belagte Kotiz lautet, entbunden worden sein. Das mag formell zutreffen. Jezt steht aber auch, daß sich Vertreter des Gemeindevorstandes jezt nochmals auf dem Landratsamt für Herrn Beschorner verwendet haben, allerdings mit negativem Erfolge. Somit kann an dem Sinn unserer Kotiz nichts geändert werden. Voraus ist ankommt, ist, daß die Eichwalder Gemeindevertretung entgegen dem Landratsamt mit allen Mitteln ihren Herrn Beschorner zu halten versuchte, und zwar auch dann noch, als ihr Bestreben gänzlich aussichtslos war.

Als Gemeindevorstand wurde in der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung Herr Referendar Raehrig, bisher juristischer Beirat in Rixd., gewählt.

### Zegel.

Die Genossen am Orte veranstalten morgen Sonnabend einen Abend für ernste und heitere Kunst. Unter den Mitwirkenden nennen wir das Berliner Quartett für Kammermusik, die Herren Heilmann, Guttsche, Loedel und Henze. Fräulein Marianne Geyer wird Volkslieder vortragen. Als Regitator und Dialektkomorist hat Herr Lukas seine Mitwirkung zugesagt. Das Programm ist gut und reichhaltig und bietet den Besuchern einen genussreichen Abend. Wir wollen noch darauf aufmerksam machen, daß der Kaufmann in W. Krapp's Feinstes, Bahnhofsstr. 1, stattfindet und pünktlich 8 1/2 Uhr beginnt. Einladungen sind bei den Bezirksführern sowie im Lokale zu haben.

### Spandau.

Die Spandauer Radrennbahn wird ihre Pforten nicht wieder eröffnen. Das Terrain, auf welchem dieselbe vor etwa 2 1/2 Jahren erbaut ist, wurde kürzlich an einen Berliner Unternehmer verkauft. Dieser will das ganze Terrain in nicht allzu langer Zeit der Bebauung erschließen. Er hat der Stadt bereits einen entsprechenden Platz für ein zu erbauendes Schulhaus unentgeltlich angeboten. Wenn das Terrain der Bebauung erschlossen wird, dann wird dort ein ganz neues Stadtbild entstehen.

### Bernau.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Mittwochabend hier selbst im Duergebäude des Hauses Bräberstr. 82. Der Arbeiter Herrmann Kitzke von hier hatte in dem Hause seinen dort wohnenden Verwandten einen Besuch abgestattet; beim Nachhausegehen begriffen, stürzte derselbe infolge Fehlens eines Teils des Geländers an der Treppe sowie infolge ungenügender Beleuchtung die Treppe herunter und blieb demütlos auf dem mit Steinen gepflasterten Fluß liegen. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte eine schwere Gehirnerschütterung sowie einen Bruch des Rückenbeines fest. Schon Jahre lang sollen die Treppen in diesem Hause in einem nicht einwandfreien Zustande sein. Es dürfte daher Sache der Baukommission sein, sich diese und andere alte Häuser einmal näher zu betrachten.

## Vermischtes.

Ein schwerer Hannyfisch. Aus Paris wird gemeldet: In Goutelle bei Clermont-Ferrand half ein Duzend Landleute beim Niederreißen eines alten Hauses, als plötzlich ein Erker einstürzte und sieben Landleute unter sich begrub. Drei Männer wurden getötet, vier schwer verletzt.

Alles verfehlt! Aus Moskau wird uns vom gestrigen Tage gemeldet: Drei Tage und Nächte schneit es nun ununterbrochen. Die Straßen sind kaum fahrbar, da der Schnee meterhoch liegt. Heute morgen hatten die Eisenbahnzüge drei bis vier Stunden Verspätung. Jahrelang hat es hier nicht so viel Schnee gegeben. — Eine amtliche Meldung aus Kolberg besagt: Infolge Schneeverwehung ist die Kleinbahn Ragnard-Daber voraussichtlich bis heute abend 6 Uhr nicht fahrbar.

Verband der deutschen Buchdrucker. (Vorsitzende Rixdorf) Sonnabend, den 6. März, abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Goppe, Gernmannstr. 42.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin. Die heutige Versammlung fällt aus. Sonnabend 6 1/2 Uhr Diskussionsabend Straßauer Str. 13/14, vom 8 U.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die landwirtschaftliche Woche. — Die Sozialdemokratie und das Kolonialproblem. (Die belgischen Sozialisten und die Kongofrage) Von Emil Vanderveide (Schlag). — Die Ergebnisse der amerikanischen Wahlen. Von Algemon Lee. — Die Industrie Dänemarks. Von Gustav Bang. — Literarische Rundschau: Pamjati Karla Marxa (Carl Marx zum Gedächtnis). Von R. Kjaanoff. Graham Wallas, Human Nature in Politics. Von R. G. Kollen. Karl Hess, Dipl.-Ing. Dr. phil. König, Gewerkschaften, Die deutsche Schuhindustrie. Von ad. br. — Notizen: Der langsame, aber sichere Aufstieg des Professions. Von K. Giesinger. Bericht in der Landwirthezeitung. Von Jahnmann. — Zeitschriftenhaus.

Das Ergänzungsheft Nr. 5, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa. Kritische Untersuchungen von R. Kjaanoff.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsstellen und Korrespondenzen zum Preise von 0,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben der 11. des 19. Jahrgangs ausgegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Die Schrecken der Arbeitslosigkeit in Berlin. Von Julie Berg. — Frauen, erwacht! Von M. W. — Was zum Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse in den Krankenhäusern. Von Jh. — Eine aufsehende Ausstellung. Von M. Ks. — Die Prometenbewegung. Von G. G. (Salig). — Die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie. Von E. D. — Aufzeichnungen eines Dienstmädchens. Von einem Hamburger Dienstmädchen. — Aus der Bewegung: Von der Regitation. — Jahresbericht über die Tätigkeit der politisch organisierten Frauen in Stuttgart. — Schützt die Kinder vor Ausbeutung! — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem nieder-rheinischen Zeitungsblatt. — Aus dem Verband der Buch- und Stein-druckereibeschäftigten. — Notizen: Dienstoffenergie. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Standesbücher. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Glanz. Von Karl Weibrecht. — Reizvolle Kulturzeitschrift aus der historischen Zeit. H. Von Hannand Doris Lemm. — Alkohol und Kind. Von Dr. med. Helmina Steininger. — Die Mutter als Erzieherin. — Familienrat. Von Frau! Von Emma Höll, Heimarbeiterin. — Ein Landjunker. Von Nikolaid Fogel.

Für unsere Kinder in der: Kasperle. Von Adam Admolf. (Gebicht). — Kasperlegeschichten. Von Hans Friedemann. — Im Krieg. Von Maria Kononowa (Gebicht). — Das Schloß mit den drei Feuertürnen. Ein Märchen von C. Almslöb. — Wägen- und Sonnenfächer. Von Karl Gerold. (Gebicht). — Die Korallen. Von Karl Gmahl. — Kinderpredigt. (Gebicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag abends 7 Uhr, am Dienstag abends 7 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Einzahlung und eine Zahl aus Verzeichnissen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage betragen. Gütige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.

Einwanderer von Manuskripten werden ersucht, sich ihre Adresse anzugeben, wenn sie auf Rücksendung verzichten. Gutachten über literarische Einwendungen werden im Briefkasten nicht erteilt. — G. A. 44. Nach Wahl bei einem Truppenteil. Persönliche oder schriftliche Meldung. — G. 1000. 1. Derzeitige Stellen sind nie zu empfangen. 2. Zentralkommission der Krankenkassen Deutschlands, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. — Kasperle 80. Zentralkommission der Krankenkassen Deutschlands, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. — Bild 5. Vielleicht ist das Verzeichnis, Berlin W. 30, Viktoria-Luisen-Platz 6. Sprechstunden sind Mittwoch und Sonnabends zwischen 12 und 1 Uhr mittags. — G. G. 8. Im Berliner Adreßbuch. Teil 2, finden Sie die Nachweisungen verzeichnet. — R. 100. Rein; Ihr Bruder würde lieblich von seinen Geschwistern beachtet werden. Bei der Teilung des Nachlasses Ihrer Schwägerin kommen deren Verwandte neben Ihrem Mann in Betracht. — J. G. 41. In Auswanderungsangelegenheiten erhalten Sie zuverlässige Auskunft von der amtlichen Auswanderungsstelle für Auswanderungsangelegenheiten, Schellingstraße 4. — R. 52. Leider ist der Frau nicht zu helfen. Nach dem Gesetz gilt das Kind so lange als ehelich, bis ihm auf die Klage des Vaters hin die Ehelichkeit abgeprochen ist. — G. R. 13. Sehen Sie der Armenverwaltung die Schläge auseinander und beantragen Sie die Aufhebung der Beschlagnahme. — R. L. 9. Ihre Auffassung ist richtig. — Inkumulator 1000. Beide Fragen wollen Sie gest. einer Nachschicht vorlegen. — J. 30. 1. Teilmit in Wirtschaft und Praxis. 2. Technische Zeitung. Am Abenden sind Ihre Fragen Haarballerieren. — Bild 84. 1. Währlich. 2. Am prangenden Landtage sind die Dänen nicht Kammerherren. Doch aber der Angehörige Dänen erheben würde, halten wir nicht für möglich. — J. G. 32. 1. Vielleicht lesen Sie die Abhandlung in der Unterhaltungsbefragung noch einmal nach. Im Briefkasten können wir uns unmöglich mit Ihnen darüber auseinandersetzen. 2. Die Frage ist so allgemein gehalten, daß wir nur auf die Notwendigkeit eines Auswanderungspasses hinweisen können. — R. S. 100. Eine solche Schule ist in unserer Wissens im Berliner Polizeipräsidium eingerichtet. Aber auch im Annoncenblatt des „Vorwärts“ finden Sie Anknüpfungen.

G. 10. Unterbreiten „Vorwärts“, Strauß, Tunnelstraße. — G. 30. Unterbreiten „Vorwärts“ in der Johannisstraße. — Wilson. Ja. — Waisenkind. Frau Wilhe Kollmann, Fenster Str. 48, Waisenkind. — Emma Fischer. Wenn Sie Ihren Mann nicht in einem Privatbenede erreichen, dann im Reichshaus, Berlin W. 30, Viktoria-Luisenplatz 6. Sprechstunden: Mittwoch und Sonnabends von 11-1 Uhr. — Rabe. Im Kopf des Berliner Verkehrsvereins, Schellingstraße. — C. A. G. 13. Spielregeln entscheiden wir nicht. — R. M. 300. Das erfahren Sie auf dem Polizeipräsidium, Abteilung für Personalangelegenheiten. — G. 30 und G. 20. Das Wächterinnenheim, S. 69, Lindenstraße 38. Uebert: Berta Granzof. — R. K. 77. 1. Leipziger Platz 14. 2. Leipziger Str. 9. — W. 30. 120. Quadratkilometer = 14,19 Quadratkilometer. — R. K. Nr. 0,001. Vielleicht können Sie die Adresse aus unserem Verzeichnis, Dresden-Hohlsch., Dresden, erfahren.

— Valle 30. Ihre Absicht werden Sie erreichen durch das Kuratorium der städtischen Heimstätten für Genußende, Neus-Bredischstraße 9/10, zwei Treppen, mittags von 1-2 Uhr. Dem Kuratorium unterbreiten eine Liste von Stellungen, aus denen Ihnen eine Stelle auf Ihr Verlangen gewählt werden könnte. — R. 28. Jede Filiale des genannten Geschäftes wird Ihnen die Adresse des Hauptgeschäftes nennen. — R. G. 88. 1-2 Die Karten sind am Tage vor dem Eintritte im Bureau des Reichsanstalts zu bestellen. 3. Eine Buchreihe besteht nicht. — Grünshandel 18. Die Wohnungen mit dem Barometer. — Räte 1888. „Vorwärts“, „Vorwärts“, Strauß, Tunnelstraße. — G. 20. 30. Einen Ratstag können wir nicht erteilen. Auskunft aber können Sie erhalten in der Zentrale für Auswanderer, Berlin, Schellingstraße 4. — Wilhelm 1909. Rein. — Hilde, Schandwirt. Offener Kaffee. — R. Harnburg. Die Adresse der Hebervermittlung ist: Julius Reier, Gastwirt, Cramenstr. 103. — R. H. R. Das Richtige aus dem Bericht ist bereits in Nr. 103 des „Vorwärts“ mitgeteilt worden.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	3. 3.	2. 3.	2. 3.	1. 3.		3. 3.	2. 3.	2. 3.	1. 3.
Remel, Tüft	178	0	178	+1	Saale, Großh.	63	0	63	-3
Bregel, Unterburg	79	0	79	0	Havel, Spandau	—	—	—	—
Beigels, Thocu	64	0	64	0	Havel, Rathenow	114	-5	114	-5
Oder, Kottbus	158	+77	158	+77	Spree, Spremberg	—	—	—	—
Krossen	182	+1	182	+1	Beelitz	82	-16	82	-16
Hannfurt	182	-19	182	-19	Sefer, Rindon	-75	-3	-75	-3
Saiche, Schrimm	55	+5	55	+5	Rindon	9	-3	9	-3
Saiche, Landsberg	67	+2	67	+2	Nein, Spangsdamm	280	+2	280	+2
Rege, Jordanau	10	-3	10	-3	Sand	84	0	84	0
Eibe, Peimert	-69	-6	-69	-6	Alm	67	-2	67	-2
Treben	-170	-1	-170	-1	Redar, Heilbronn	42	-8	42	-8
Berch	70	-1	70	-1	Wair, Weichow	121	+2	121	+2
Wagdeburg	74	0	74	0	Rojel, Zric	31	0	31	0

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ) Unterpegel. — ) Hochland. ) Schmalen Treibeis.